



Politische Berichte

Nummer 13 / 14. Jahrgang

17. Juni 1993

G 7756 D Preis 2,00 DM

Kohl und Waigel wollen erneut Personen mit geringen Einkommen bluten lassen.

In Bonn haben die „Ministeriengespräche“ für die Vorbereitung des Bundeshaushalts 1994 begonnen. Spätestens Anfang Juli, zu Beginn der „parlamentarischen Sommerpause“, soll ein erstes Ergebnis vorliegen und das Bundeskabinett die „Eckwerte“ für den Haushalt 1994 beschließen. Wenn der Bundestag dann im September wieder zusammentritt, sollen dann die Haushaltsgesetze für 1994 fertig sein.

Bereits im Vorfeld hatte Finanzminister Waigel erneut Kürzungen bei den Sozialleistungen angekündigt. Um mindestens 20 Mrd. DM müßten wegen der konjunktuell rückläufigen Steuereinnahmen im kommenden Jahr die Ausgaben gekürzt werden. Arbeitslosengeld, Umschulungsgeld, Sozialhilfe, Wohn- und andere Sozialzahlungen müssen erneut verringert werden.

Bundesbank und Kapitalisten drängen zu noch härteren Eingriffen. Bundesbank-Präsident Schlesinger warnte vor dem Verbandstag der Volks- und Raiffeisenbanken: „Die Rede von der tiefsten deutschen Rezession kann noch zutreffend werden, wenn wir weiter größere Fehler machen.“ Es gehe kein Weg daran vorbei, schon „vor der Zeit“ die Sozialausgaben weiter zu senken. DIHT-Präsident Stihl forderte, im öffentlichen Dienst müsse es 1994 eine „Nullrunde“ geben. Bei einer faktischen Teuerung von knapp 4 Prozent und der schon als *unausweichlich angekündigten Anhebung der Rentenbeiträge* wäre dies eine Reallohnsenkung im öffentlichen Dienst von ca. 6 Prozent. BDI-Präsident Necker ergänzte, bei der Sozialhilfe sollten „zweistellige Milliardenbeträge“ gekürzt werden. Pro Sozialhilfebezieher wäre das eine Kürzung von umgerechnet 200 bis 300 DM im Monat. Außerdem sollten Städte und Gemeinden ihre Privatisierungen beschleunigen. Dadurch ließen sich angeblich, so der BDI-Chef, 40 bis 50 Mrd. DM Verkaufserlöse und „Rationalisierungserlöse“ erzielen. Tatsächlich ist der Druck auf die Städte und Gemeinden enorm. Nachdem das sogenannte „Föderale Konsolidierungsprogramm“ vorletzte Woche im Bundesrat abschließend genehmigt wurde, wird allein die sogenannte „Gewerbesteueraumlage“, mit der die Gemeinden zur Finanzierung des „Fond Deutsche Einheit“ herangezogen werden, von derzeit 9,5% des Gewerbesteueraufkommens auf 23,4% im Jahr 1995 steigen. Insgesamt müssen die Gemeinden allein dieses Jahr 5,5 Mrd. DM

Bundshaushalt 1994: Die Konzerne sollen zahlen!

mehr an den Fonds abführen — bei rückläufigem Gewerbesteueraufkommen eine fast unmögliche Aufgabe. Das „Rationalisierungspotential“, das der BDI-Chef dabei ausgemacht hat, besteht vor allem in Lohnkürzungen und noch stärkerer Leistungsauspressung in den „zu privatisierenden“ Bereichen. Zahlen sollen also Putzfrauen, Hausmeister, Postboten, Müllabfuhr-, Straßenreinigungskräfte, Sparkassenangestellte ...

In der SPD ist schon vor Beginn der ersten Haushaltsberatungen im Bundestag gleich wieder Streit ausgebrochen. Ihr Parlamentarischer Geschäftsführer Peter Struck und der brandenburgische Ministerpräsident Stolpe forderten, auch die SPD müsse sich am „Sparen“ beteiligen: „Zum Sparen gehören nun Kürzungen im Sozialbereich“, erklärte Struck der *Bild am Sonntag*. So sollte der steuerliche Kinderfreibetrag ganz abgeschafft werden und das Kindergeld bei Ledigen ab 4000 DM Monatseinkommen, bei Verheiraten ab 8000 DM gestrichen werden. Wenn ein Ehepartner mehr als 8000 DM verdiente, soße „der andere“ nicht länger Arbeitslosengeld, Hilfe zur Umschulung oder gar Arbeitslosenhilfe bekommen.

Der SPD-Sozialexperte Dressler hat solche Äußerungen zwar kritisiert und erklärt, die SPD werde einen weiteren „Sozialabbau“ nicht mittragen. Die finanzielle Sprecherin der Fraktion,

Matthäus-Meier, legte stattdessen ein „Konsolidierungsprogramm“ für 1994 vor. Dieses enthält sogar Ansätze, um zu einer höheren Vermögensbesteuerung der Kapitalisten zu kommen sowie die Forderung, die im Standortsicherungsgesetz der Bundesregierung vorgesehene Senkung von Einkommens-, Vermögens-, Erbschafts- und Körperschaftsteuern für die Kapitalisten nicht in Kraft zu setzen. Aber gleichzeitig propagiert die SPD eine einkommensunabhängige „Arbeitsmarktabgabe“ für Beamte und Selbständige, die 7 Mrd. DM Mehreinnahmen erbringen würde. Damit werden auch die unteren Beamtengehälter — etwa bei der Post und Bahn — real gesenkt, die SPD-Äußerung, dadurch könne auf die „Nullrunde“ für Beamte im nächsten Jahr „verzichtet“ werden, ist dann nur noch zynisch. Kein Wunder, daß Waigel als Resümé bereits befriedigt feststellte, auch bei der SPD mehrten sich die Stimmen, die Sozialkürzungen mitzutragen bereit seien.

Dabei gäbe es wahrlich gute Argumente, um statt solcher Kürzungen endlich die Erträge und enormen Reserven der großen Konzerne sowie die Einkommen der Großverdiener stärker zu besteuern. Wie extrem die Liquiditätsreserven der großen Konzerne trotz anhaltender Krise noch immer sind, hat erst Ende letzten Jahres die Bundesbank in ihrer letzten Übersicht über die „Er-

tragslage und Finanzierungsverhältnisse der westdeutschen Unternehmen“ (Stand: 1991) dokumentiert. Danach sind allein die Unternehmenserträge nach Steuern von 1982 bis 1991 von knapp 45 Mrd. DM im Jahr auf über 90 Mrd. DM gestiegen, d.h. auf mehr als das Doppelte. Die gesamten Rückstellungen aller Unternehmen (ohne Pensionsrückstellungen!) betrugen danach 1991 306 Mrd. DM. Zum Vergleich: Die gesamten Sachanlagen aller Unternehmen (ohne Grundstücke und Gebäude, also im wesentlichen der Maschinenpark) hatte nach dieser Übersicht 1991 einen Bilanzwert von zusammen 439 Mrd. DM. Selbst wenn man rechnet, daß die gesamten Sachanlagen alle vier Jahre erneuert würden, bedeutet das, daß die Finanzanlagen der westdeutschen Unternehmen derzeit ausreichen, um auf drei Jahre im voraus sämtliche Ersatzinvestitionen für neue Maschinen bezahlen zu können.

Anders herum: Die Finanzanlagen der BRD-Unternehmen übertreffen ihren jährlichen Investitionsbedarf um ca. 200 Mrd. DM. Würde Waigel auch nur ein Zehntel dieser Geldmittel wegsteuern, wäre sein „Einsparbedarf“ für den Haushalt 1994, den das Finanzministerium auf 20 Mrd. DM beziffert, erfüllt.

Quellen: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht 12/92*; *Handelsblatt*, *Die Welt*, 7. bis 14. 6. — (rül)

FDP-Parteitag: BRD soll in den UN-Sicherheitsrat

Mit einer Entschließung zur Außen- und Sicherheitspolitik hat der FDP-Parteitag am vergangenen Wochenende dem neuen Vorsitzenden Kinkel für seine aggressive Außenpolitik Rückendeckung gegeben. Die FDP will eine Verfassungsänderung, um Bundeswehreinsätze im Ausland zu erleichtern, und fordert für die BRD einen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Wörtlich heißt es in der Entschließung: „Das Hauptaugenmerk deutscher Außenpolitik liegt nicht mehr auf dem Ausgleich zwischen Ost und West, sondern muß eine viel breitere Palette weltweiter Probleme angehen ... Deutschland muß bereit sein, die Friedensaufgaben uneingeschränkt wahrzunehmen, die die Völkergemeinschaft von uns als führende Industrienation erwartet ... Hierzu müssen die rechtlichen Voraussetzungen in Form einer Grundgesetzänderung geschaffen werden.“ In der gleichen Entschließung fordert die FDP, damit die Expansion nach Osten klar ist, eine „Freihandelszone zwischen der EG und Rußland, den anderen Nachbarstaaten der Sowjetunion und den baltischen Staaten, um sie enger an das internationale Wirtschaftssystem heranzuführen“. Wirtschaftsminister Rexrodt erneuerte auf dem Parteitag seine Forderung nach Ausweitung von Nacht- und Sonntagsarbeit, weiterer Deregulierung und Privatisierung. Schroffer Einsatz für das Weltmarktstreben der BRD-Konzerne nach außen und brutale Wirtschaftspolitik im Innern: Mit diesen Schwerpunkten will die Partei die kommenden Wahlkämpfe bestreiten. — (rül)

Deutschherrenorden auf Ost-Expansionskurs

Der „Hochmeister des deutschen Ordens“, ein gewisser Arnold Othmar Wieland, hat die „Marienburg“ an der Nogat in Polen besucht. Das sei das erste Mal seit 500 Jahren, daß ein Großmeister „den früheren Ordenssitz“ wieder habe betreten dürfen, meldet *Die Welt* am 14. 6. Die Marienburg liegt nahe bei Gdansk und war bis 1457 Sitz des „Deutschen Ordens“, der im Mittelalter dem deutschen Kaufmannskapital mit Feuer und Schwert den Weg nach Osten bahnte und unter dem Vorwand der „Christianisierung“ für furchterliche Blutbäder an den Slawen verantwortlich zeichnet. Weiter nordöstlich will der „Orden“ ebenfalls sein Wirken wieder aufnehmen. In Berlin wurde jetzt ein „Königsberger Dom-Bauverein“ der Öffentlichkeit vorgestellt, der in Kaliningrad den Dom des „Deutschen Ritterordens“ wiederherstellen will. Sprecher ist der frühere Berliner evangelische Superintendent George. George ist stellvertretender Vorsitzender der „Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen“. So wirken Orden und revanchistische Vertriebenenverbände bei der neuerlichen Untertreibung und „Germanisierung“ des Ostens Hand in Hand. — (rül)

Estland: Regierung sucht „deutsche Partner“

Die Regierung der „unabhängigen“ Baltenrepublik Estland sucht angeblich „deutsche Partner“. Das jedenfalls meldet *Die Welt*. 52 Betriebe der Textil-, Lebensmittel- und holzverarbeitenden Branche stünden zur „Privatisierung“ an. Bis 8. Juli sollten Gebote eingeholt werden, bis November sollten die Betriebe dann „vergeben“ werden. Derzeit sondierten in Estland insbesondere die Mannheimer ABB (Kraftwerke, Elektroanlagen), die Vereins- und Westbank aus Hamburg und die Dresdner Bank. Offenbar zur Vorbereitung der „Privatisierung“ treffen am 28. Juni der estnische Ministerpräsident Mart Laar und Wirtschaftsminister Silidmäri in Bonn ein. Zum 1. April waren in Estland bereits 4012 ausländische Unternehmen registriert. Die neue estnische Währung ist gesetzlich im Kurs 8 Kronen = 1 DM an den Kurs der D-Mark gebunden, so daß die Bundesbank in Frankfurt mit ihrer Zins- und Geldpolitik die estnische Wirtschaftspolitik massiv beeinflussen kann. — (rül)



Somalia: 20 Tote durch UN-Militär

Ca. 20 somalische Demonstranten wurden am 13. 6. in Mogadishu von UN-Soldaten erschossen, als sie gegen Luftangriffe von US-Militärmaschinen auf angebliche Stellungen General Aidiids protestierten, über 50 wurden verwundet. Wieviele Menschen bei den US-Nachtangriffen ums Leben kamen, ist nicht bekannt. Verteidigungsminister Rühe zu den mörderischen UN-Repressalien: Die deutschen Soldaten handelten in „vorbildlicher Pflichterfüllung“. — (rül)

Kampf um Arbeitssicherheit

US-Gewerkschaften fordern bessere Gesetze

Die Reform des Gesetzes zur Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz (OSHA = Occupational Safety and Health Act) von 1970 ist jetzt erneut im US-Repräsentantenhaus eingebrochen. Im ersten Anlauf war der Gesetzentwurf im Herbst letzten Jahres zuerst verwässert worden und dann im Senat gestorben.

Nahezu 10 000 Arbeiter verlieren in den USA jedes Jahr ihr Leben am Arbeitsplatz. Die Gesamtzahl von Todesfällen, Verletzungen und Krankheit am Arbeitsplatz ist 6 Millionen pro Jahr. Die Strafgesetze zur Verfolgung von vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Verletzungen der Sicherheitsbestimmungen durch die Kapitalisten sind so schwach, daß während der zwölf Jahre Reagan/Bush-Regierungen nicht ein einziger Kapitalist oder deren Vertreter im oberen Management eine Gefängnisstrafe antreten mußte für solche haarschäubenden Anordnungen wie z.B. Verriegelung der Notausgänge.

Der vom Vorsitzenden des Ausschusses für Erziehung und Arbeit (im Repräsentantenhaus), William Ford, vorgelegte Entwurf hat folgende Schwerpunkte:

- Pflichtprogramme für Sicherheit und Gesundheit;
- gemeinsame (Beschäftigte und Firmenleitung) Komitees für Sicherheit und Gesundheit für Betriebe mit mehr als 10 Beschäftigten;
- Pflichttraining in Sicherheit und Gesundheit vor jeder neuen Arbeitszuteilung mit jährlicher Auffrischung;
- Einbeziehung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Bundesstaaten und Gemeinden (in den 27 Bundesstaaten, wo das OSHAGesetz z.Zt. für sie nicht gilt);
- das Recht, unsichere Arbeit zu verweigern und Schutz gegen Diskriminierung wegen Meldens von Verletzungen, Krankheiten und unsicheren Arbeitsbedingungen;
- strikte Zeittafel für den Erlaß von Bestimmungen;
- sofortige Beseitigung von Gefahren, verschärfte Strafen und Beteiligung für die Beschäftigten und ihre Vertreter in

der Beilegung von Anzeigen ...

Arbeitsminister Reich hat das Problem mangelnder Sicherheit am Arbeitsplatz — zum großen Teil ein Problem mangelnder Überwachung und Durchsetzung existierender Bestimmungen — geschwind in ein Hindernis für die internationale Konkurrenzfähigkeit der US-Kapitalisten umgelegt. Die Kosten von Arbeitsunfällen betragen, laut einer Studie, 83 Milliarden Dollar pro Jahr, 52 Mrd. an verlorener Produktion und 31 Mrd. an Krankenkosten. Statistiken der ILO zeigen, daß die Rate von tödlichen Arbeitsunfällen in Japan und Schweden nur etwa halb so hoch seien wie in den USA. Im Gespräch ist, die Bezahlung der Krankenkosten für Arbeitsunfälle in die geplante allgemeine Krankenversicherung einzubeziehen — unter schamloser Ausnutzung der breiten Unterstützung für die Beseitigung des Notstandes in der Krankenversorgung. Bisher zahlen die Kapitalisten allein in die Kasse für Berufskrankheiten und Arbeitsunfälle. — (her, ger)

Postvertriebsstück G 7756 D

Gebühr bezahlt

Aktuell in Bonn**Nacharbeitszuschläge? Mißbrauch!**

Unter der Überschrift „Jetzt knöpft sich Bonn die Schummel vor“ berichtet die Welt am 7. Juni über eine Vorlage des Finanzministeriums für die Kabinettsitzung am 9. Juni: „Steuerfreiheit der Sonn-, Feiertags- und Nacharbeitszuschläge: Die seit 1990 vorgesehene Einschränkung der Befreiung wird durch die Anhebung tariflicher Zuschlagsätze unterlaufen.“ Auf deutsch: Wenn die Gewerkschaften die Kapitalisten zur Zahlung höherer Zuschläge zwingen, weil die Regierung die Steuerfreiheit für diese Zuschläge beseitigt hat, ist das für Waigel „Mißbrauch“ — von was eigentlich? Offenbar will die Bundesregierung Zuschläge für Nacharbeit, Sonntagsarbeit und andere besonders belastende Arbeiten direkt bekämpfen.

Bitburg 1985

George P. Shultz, ehemaliger US-Außenminister, hat soeben seine Memoiren und darin ein Kapitel mit der Überschrift „Bitburg“ veröffentlicht. Er beschreibt die Ereignisse, die sich 1985 vor dem Besuch Reagans in der BRD abspielten. Danach kam es wegen des Wunsches der Bonner Regierung, der US-Präsident solle „als Geste der Versöhnung“ auch einen „Soldatenfriedhof“ in Bitburg (auf dem u. a. Waffen-SS-Leute begraben sind) besuchen, zu einer heftigen Kontroverse zwischen Bonn und Washington. Kohl habe dabei eine „gewalttätige Gefühlosigkeit und einen „eisernen Willen“ an den Tag gelegt. Als die US-Regierung u.a. wegen heftiger Proteste den Besuch absagen wollte, ließ Kohl laut Schulz mitteilen: „Wenn der Besuch in Bitburg abgesagt wird, dann sei es unwahrscheinlich, daß er noch Kanzler bleiben könnte.“

Bonner Streichliste

Rudolf Dreßler von der SPD-Bundestagsfraktion veröffentlichte Auszüge aus einem Kürzungskatalog, wie er derzeit in der Bonner Regierung debattiert werde. Vorgesehen sei darin die Beseitigung der Dynamisierung des Arbeitslosengeldes, die entsprechende Senkung des Unterhaltsgeldes, ein Verzicht auf Anhebung der Bemessungsgrundlage für die Rentenversicherungsbeiträge, die für Arbeitslose bezahlt werden, eine generelle Streichung der Sozialversicherungsbeiträge für Kurzarbeiter, die zeitliche Begrenzung der Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre, die Begrenzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld im Regelfall auf ein Jahr, eine Verlängerung der Vorversicherungszeit bei Anspruch auf Arbeitslosengeld auf 1,5 Jahre.

Bahnreform: 30-Mrd.-Rechenfehler

Dürr und Verkehrsminister Krause hatten als eine „schlagende“ Begründung für die Privatisierung von Bundes- und Reichsbahn angeführt, dadurch spare der Bund bis zum Jahr 2003 105 Milliarden Mark. Der Bundesrechnungshof stellte nun fest, daß zwei Positionen

„übersehen“ wurden und es mindestens 35 Milliarden Mark weniger „Einsparungen“ sind. Interessant ist, daß ein überehener Posten darin besteht, daß die neue Bahn AG — die zunächst völlig entschuldet wäre — allein im ersten Jahrzehnt netto 20 Milliarden Mark neue Schulden machen will. Womit diese betriebswirtschaftlich gesehen dann bereits wieder pleite wäre.

AZO für Sonntagsarbeit

Bundeswirtschaftsminister Rexrodt will im neuen AZO-Gesetz (die Vorlage für die Gesetzesnovelle liegt derzeit noch bei Bundesarbeitsminister Blüm) Sonntagsarbeit auch aus wirtschaftlichen Gründen erlauben. Bisher ist Sonntagsarbeit nur dort erlaubt, wo sie aus gesellschaftlichen (Krankenhäuser) oder sogenannten „technischen“ Gründen (Stahlherstellung, chemische Produktionen) als „unumgänglich eingestuft ist. Hinzu kommen x-erlei weitere Ausnahmen. Rexrodt möchte künftig generell Sonntagsarbeit bei „gravierenden wirtschaftlichen Gründen“ erlaubt haben. Auf eine solche Klausel drängen z.B. die Textilkonzern schon seit Jahren. Ähnliches sei, so Rexrodt, auch bei Automobilzulieferern künftig nötig.

Mineralölsteuer wird angehoben

Eine weitere Anhebung der Mineralölsteuer scheint im Bundeskabinett beschlossene Sache. Bereits in den nächsten acht Tagen wollen die Regierungsparteien entscheiden. In der Diskussion ist eine Anhebung um 13 bis 20 Pfennig je Liter, die zum 1.1.94 in Kraft treten soll. Der Hinweis der Regierung auf „ökologische“ Gründe ist verlogen: Zum gleichen Zeitpunkt sind neue massive Gebührenerhöhungen im öffentlichen Nahverkehr und bei der Bundesbahn zu erwarten.

Klose: Unternehmersteuern runter!

Auch der SPD-Fraktionsvorsitzende Klose will die Steuern der Kapitalisten weiter senken. Im Deutschlandfunk erklärte der Vorsitzende der Bundestagsfraktion der Partei, es gelte, „Wege zu finden, die auf intelligente Weise die Gewinnsituation der Unternehmen beförderten.“ Nach Stolpe und Struck ist Klose damit der dritte prominente Sozialdemokrat, der binnen weniger Tage den Haushaltsskurs Kohls und Waigels stützte. Die Zeiten, wo sich die SPD bemühte, „auf intelligente Weise“ die soziale Situation einfacher Leute zu verbessern, sind lange vorbei . . .

Was kommt demnächst?

Am 21./22. Juni ist EG-Gipfel in Kopenhagen. Am 25. Juni ist SPD-Sonderparteitag mit der Neuwahl des Parteivorsitzenden. Am 25./26. Juni führt die CDU einen Sonderkongress zur Programmdiskussion durch. Am 29./30. Juni will das Bundesverfassungsgericht über die Klagen gegen den Maastrichter Vertrag beraten und entscheiden. Am 2. Juli beginnt die Sommerpause des Bundestags. Vom 7. bis 9. Juli ist Weltwirtschaftsgipfel in Tokio. Im September ist CDU-Parteitag in Berlin. Themen: Bildungsreform, Innere Sicherheit.

Bundesregierung will die Karenztag DGB-Aktionen zur 1. Lesung am 24.6.

1956/57 erstreikten die Metallarbeiter in Schleswig-Holstein nach 16 wöchigem Streik die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auch für Arbeiter in einem Tarifvertrag. Seit 1969 besteht das Lohnfortzahlungsgesetz, womit die Arbeiter den Angestellten gleichgestellt wurden und die bis dahin geltenden Karenztag wegfielen. Die Arbeitgeber müssen bei Krankheit sechs Wochen Löhne und Gehälter fortzahlen. 1993 will die Bundesregierung wieder Karenztag einführen. Die erste Lesung im Bundestag soll voraussichtlich am 26. Juni stattfinden.

Der Hintergrund dafür ist die in der Koalitionsvereinbarung festgelegte Einführung einer Pflegeversicherung. (Politische Berichte 12/93) Dieses sog. „Blüm-Modell“ sieht zur Finanzierung Bundeszuschüsse aus der von Ländern und Kommunen durch die Pflegeversicherung eingesparten Sozialhilfe sowie Beiträge (1,7 % vom Bruttolohn) je zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern vor. Die Bundesregierung will die Unternehmen „zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland“ von den Sozialabgaben entlasten und die Lohnzusatzkosten „kompensieren“: Änderung des Lohnfortzahlungsgesetzes mit „Einführung einer Selbstbeteiligung bei der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall einschließlich der Beamten“ an den ersten beiden Tagen, beschränkt auf sechs Krankheitstage pro Jahr. Kranke Arbeitnehmer sollen an diesen Karenztagen keine Lohnfortzahlung erhalten. Ersatzweise wird ihnen eine Anrechnung auf den Urlaub angeboten.

Wie sieht die rechtliche Lage aus? Die Lohnfortzahlung für kaufmännische und technische Angestellte ist geregelt im Handelsgesetzbuch, der Gewerbeordnung und dem BGB, für Arbeiter im Lohnfortzahlungsgesetz von 1969. Für Beamte gibt es keine gesetzliche Regelung, hier gilt das Prinzip der Alimentation, d.h. der Staat ist verpflichtet, sie zu ernähren. Weiter gilt verfassungsrechtlich Koalitionsfreiheit und Tarifvertragsgesetz.

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB veröffentlichte in seinen WSI-Mitteilungen 8/92 eine Studie, wonach 84 % der abhängig Beschäftigten Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall allein schon durch tarifvertragliche Bestimmungen erhalten:

Für 52,2 % regeln Rahmen-/Manteltarife einen Fortzahlungsanspruch ohne Bezug auf die gesetzlichen Bestimmungen. Für 10,1 Prozent wird der Anspruch formuliert unter Bezug auf die gesetzlichen Bestimmungen. Für 23,3 % wird in den Tarifen nur auf gesetzliche Bestimmungen verwiesen, z.T. ausdrücklich auf die geltende Fassung. Das gilt für Druck- und Papierindustrie, Süßwarenindustrie sowie im Hotel- und Gaststättengewerbe. Für 14 % der Lohnabhängigen bestehen gar keine tariflichen

Regelungen. „Differenziert man die Regelungen nach ArbeiterInnen und Angestellten, so ergeben sich deutliche Unterschiede. Lediglich 40 % der ArbeiterInnen, aber mehr als 77 % der Angestellten haben einen eigenständigen Fortzahlungsanspruch ohne Bezugnahme auf die gesetzlichen Grundlagen. Umgekehrt gelten für 20 % der ArbeiterInnen keine tariflichen Regelungen, während bei den Angestellten lediglich 11,7 Prozent keine tariflichen Regelungen in Anspruch nehmen können.“

Betroffen wären neben den Bereichen, wo tariflich nur ein Bezug auf das Gesetz besteht, alle diejenigen, die in unsteten Arbeitsverhältnissen stehen oder wo die Tarifverträge keine Festlegungen zur Lohnfortzahlung enthalten. Im wesentlichen also in Niedriglohnbranchen.

Aber auch an Eingriffe in die Tarifautonomie wird von Blüm gedacht: „Zur Umsetzung der gesetzten Ziele und zur sofortigen Einbeziehung aller Arbeitnehmer ist es erforderlich, in Tarif- und Arbeitsverträge einzutragen . . . Das Bundesverfassungsgericht geht in ständiger Rechtsprechung davon aus, daß die Koalitionsvereinbarung nur in ihrem Kernbereich absolut geschützt ist. Darüber hinaus obliegt es dem Gesetzgeber, die Befugnisse der Koalitionen im einzelnen zu gestalten . . . Ohne Eingriff in entgegenstehende Tarifverträge wäre auch die Rechtssicherheit als Ausprägung des Rechtsstaatsprinzips gefährdet.“ (BMA, Pressestelle, 28.5.93)

Das Handelsblatt vom 26.5. hegt Zweifel, ob das bei der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts möglich ist: „Die Tarifvertragsparteien hätten ein Normsetzungsgesetz, das Grundgesetz wolle die autonome Ordnung des Arbeitslebens. Nur dann habe der Staat eine Eingriffsbefugnis, wenn eine allgemeine Notwendigkeit bestehe, eine gerechtere Sozialordnung herzustellen. . . geht es aber bei der Einführung eines Karenztages nur um die Überwindung politischer und finanzieller Probleme. Diese seien aber keine verfassungsrechtliche Rechtfertigung für einen Eingriff in die Tarifautonomie.“ Auch die Abwälzung des Arbeitgeberanteils als Sonderopfer gerade auf kranke Arbeitnehmer stellt einen Verfassungsbruch dar.

Unberührt davon geht die Regierung zielsstrebig an die Umsetzung ihrer Pläne. Mit der Einführung der Karenztag hat Arbeitsminister Blüm Einsparungen von 12,5 Milliarden DM für die Unternehmen errechnet. Der Arbeitgeberanteil an der Pflegeversicherung wird von ihm unter 7 Mrd. DM veranschlagt, Restbetrag rund 6 Mrd. DM. Damit werden die Unternehmen schon im Vorfeld von der von Finanzminister Waigel angekündigten Abgabenerhöhung für die Arbeitslosenversicherung um 0,5 % entlastet.

Die Unternehmensverbände befür-

worten private Pflege, anstatt Pflichtversicherung private Versicherung und Abbau der Sozialabgaben. Sie befürchten Streiks und langwierige Verfahren vor den Gerichten. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels brachte einen weiteren Vorschlag in die Diskussion: Die Feiertagszulage solle auf 80 % gekürzt werden, das brächte 11 Mrd. DM. Der Wirtschafts-Sprecher der CDU-CSU-Bundestagsfraktion, Haungs, forderte Kürzung der sechswöchigen Lohnfortzahlung auf 80 %. Der FDP-Parteitag beschloß die Unterstützung der Pflegeversicherung, wenn die Unternehmen durch Karenztag entlastet würden.

Die SPD kündigte an, sie werde einer Karenztageregelung nicht zustimmen. Radikal wurde von „Manchester-Kapitalismus“ gesprochen. Notfalls im Bundestrat werde man den Plan zu Fall bringen. Der designierte neue Vorsitzende Schärfing erklärte sich aber für eine Kompensation durch Streichung von Feiertagen bereit.

Folgenden Ablauf zur Durchsetzung von Pflegeversicherung und Karenztagen sieht die Bundesregierung (Handelsblatt, 28.5.) vor: Zunächst Verabschiebung des neuen Lohnfortzahlungsgesetzes. Dafür ist keine Zustimmung des Bundesrates erforderlich. Ein späteres Gesetz sieht die Pflegeversicherung und die Regelung der Karenztag für Beamte vor. „Die SPD-regierten Länder werden das Pflegepaket und die Karenztag für Beamte nicht kippen, wenn vorher bereits die Lohnfortzahlung für die Arbeiter und Angestellten gekürzt wurde, so die Taktik der Koalition.“

Gegen die Einführung von Karenztagen ruft der DGB zur „DGB-Offensive für soziale Gerechtigkeit“ auf. Frau Engelen-Kefer, DGB-Bundesvorstand, kündigte für den 24. Juni zur ersten Lesung des neuen Lohnfortzahlungsgesetzes einen betrieblichen Aktionstag an. Die Bundesregierung habe die Beitragszahler bei der Einheitsfinanzierung einseitig belastet und durch weiteren Sozialabbau die „Gerechtigkeitslücke“ immer weiter aufgerissen. Jetzt wolle sie durch Verfassungsbruch und Jagd auf Kranken den Sozialstaat endgültig aushebeln. Von fast allen Gewerkschaften liegen Erklärungen vor, in denen Maßnahmen bis hin zu Streiks erwogen und Verfassungsklagen angekündigt werden.

Unterm Strich ist allen Vorschlägen gemein, daß sie die Zahlung der Pflegeversicherung durch die Lohnabhängigen fordern. Besonders perfide: zahlen sollen diejenigen, die durch die Arbeitsbedingungen krank werden, und die ausländischen Arbeiter. Im wesentlichen also Leute, die dort arbeiten, wo die Löhne niedrig sind und die Arbeitsbedingungen schlecht. Die Unternehmen aber, verantwortlich für krankmachende Arbeitsbedingungen, wollen daraus noch Geld schlagen. — (rub)



Die Deutsche Bank hat am vergangenen Wochenende von ihrer „Alfred-Herrhausen-Gesellschaft für internationale Dialog“ ein „Kolloquium“ veranstalten lassen, auf dem Politiker und Konzernchefs über neue Angriffe auf Lebensansprüche der Lohnabhängigen berieten. Den Vogel abgeschossen haben anscheinend der Ex-FDPler Dahrendorf, inzwischen zum Mitglied des britischen Oberhauses aufgestiegen, und Daimler-Chef Reuter. Das Handelsblatt berichtet am 14.6. über Dahrendorfs Vortrag: „Kein Land könne sich noch das Maß an Arbeitsplatzsicherheit, Einkommensgarantien und Anrechten leisten, das in Deutschland üblich sei. Tiefe Einschnitte seien nötig.“ Daimler-Chef Reuter hält solche Angriffe auch für erfolgversprechend. Die Arbeitslosenziffer werde in der BRD noch lange Jahre über 10 % liegen.

Grüne für Militäreinsatz in Bosnien Antimilitarismus vorbei?

Ein auf dem Vereinigungsseminar in Leipzig beschlossener neuer „grüner Länderrat“ hat die Position der Grünen gegen Bundeswehreinsätze im Ausland grundlegend revidiert. Die FAZ vom 14. Juni berichtet voller Genugtuung: „In Abkehr von ihren bisherigen pazifistischen Traditionen hat die Partei Bündnis 90/Die Grünen jetzt gefordert, die vom Völkermord bedrohten bosnischen Muslimen notfalls durch militärisches Vorgehen der Vereinten Nationen gegen die Aggressoren zu verteidigen. In einem . . . mit Zweidrittelmehrheit verabschiedeten Beschuß des Länderrats der Partei . . . heißt es, . . . (das) Mandat der Schutztruppen der Vereinten Nationen sei zu erweitern, damit diese notfalls auch zur Verteidigung der Menschen dort „zurückschießen“ dürften.“

Tatsächlich ist in dem Beschuß von „zurückschießen“ nicht die Rede. Daß dies aber gemeint ist, erläuterten die Antragsteller, der Europaabgeordnete Graefe zu Baringdorf und der Stuttgarter Landtagsabgeordnete Bender, laut FAZ auf der anschließenden Pressekonferenz unmißverständlich.

Im Beschuß selbst heißt es wörtlich:

„In Fällen wie in Bosnien-Herzegowina, wo eine ethnozentrisch-imperialistische Großmachtspolitik in schrecklicher Weise wütet, kann . . . nicht jeder Einsatz von Zwang und Gewalt von vornherein völlig ausgeschlossen werden.“ Und in einer (veröffentlichten), aber nach der Abstimmung von den Antragstellern angeblich mit dem Hinweis: „soll weiter diskutiert werden“, zurückgezogenen Passage: „Eine generelle Einsatzoption für die Bundeswehr darf es nicht geben“. Schließlich: „Eine Beteiligung deutscher Soldaten verbietet sich vor allem aus historischen Gründen.“ Also keine „generelle“, wohl aber eine konkrete Einsatzoption für die Bundeswehr? Und kein Einsatz der Bundeswehr nur „aus historischen Gründen“? (Statt aus dem einfachen Grund heraus, daß deutsche Soldaten nicht im Auftrag und Interesse der deutschen Regierung in anderen Ländern Menschen umbringen dürfen?)

Stattdessen wird über die Hintergründe des Krieges auf dem Balkan dummes Zeug dahergedreht. Zum Beispiel: „Infolge der Auflösung der bipolaren Ordnung tobt zum ersten Mal nach dem

Zweiten Weltkrieg wieder ein blutiger Krieg auf dem Balkan . . . Nicht die Überlegungen über internationale Einmischung zum Schutz der Menschenrechte führen zu einer Relegitimierung des Militärs, sondern der fortdauernde Eroberungskrieg der Serben.“ Wörtlich: „der Serben“! Bis in die politisch Begrifflichkeit hinein völkisches Zeug.

Selbst wenn man den Grünen noch zu ihrem hältlosen Schluß folgen würde, daß die UNO militärisch eingreifen soll. Warum fordern sie dann nicht, daß auf keinen Fall Staaten intervenieren dürfen, bei denen Besetzungs-, Teilungs- und Eroberungsabsichten schon territorialer Nähe nicht auszuschließen sind? Warum nicht wenigstens die Festlegung: Kein europäischer Staat darf auf dem Balkan intervenieren? Ein trauriger Beschuß, der nicht einmal eine so einfache Widerstandsposition gegen Bundeswehrtruppen auf dem Balkan beinhaltet.

Mit dem Beschuß vom Wochende ist die Partei der Grünen aus der ADD-Kriegsbewegung und antimilitärischen Bewegung ausgeschieden. Die PDS/LL ist jetzt einzige im Bundesvertreteten Antikriegspartei. — (rub)

Doppelte Staatsbürgerschaft und Territorialprinzip gegen Rassismus

Die Serie von Mordanschlägen auf die ausländische Bevölkerung in unmittelbarer Folge der Verabschiedung der Asylgesetze und der Beseitigung des Asylrechts im Grundgesetz hat die Debatte um die Einführung einer doppelten Staatsbürgerschaft erneut entfacht. Bereits im Februar hatte die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Cornelia Schmalz-Jacobsen (FDP), einen Gesetzentwurf zur Änderung des noch aus dem Jahre 1913 stammenden Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vorgestellt. Bei einem Aufenthalt von acht Jahren soll danach ein Rechtsanspruch auf Einbürgerung bestehen und nach fünf Jahren die Möglichkeit auf Einbürgerung eingeräumt werden. Wichtigster Änderungsvorschlag ist aber die Einführung des Territorialprinzips (*ius solis*), d.h. Kinder, die in Deutschland geboren werden und deren Eltern ihren Lebensmittelpunkt in der BRD haben, sollen automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten können. Wenig später hat dann auch die SPD einen Gesetzentwurf vorgelegt, der allerdings hinter die Vorschläge der Ausländerbeauftragten zurückfiel, weil darin das Territorialprinzip erst für die dritte „Ausländer“-Generation vorgesehen ist, also für Kinder, deren Eltern selbst bereits in der BRD geboren wurden. Ende April hat auch die FDP-Bundestagsfraktion den Gesetzentwurf der Ausländerbeauftragten beschlossen, ebenfalls mit der Beschränkung auf die dritte „Ausländer“-Generation.

Seit Januar läuft ein von den Grünen/Bündnis 90 und vielen prominenten Einzelpersönlichkeiten initiiertes „Referendum doppelte Staatsbürgerschaft“, mit dem Ziel, hierfür eine Million Unterschriften zu sammeln. Bis Ende Mai waren rund 380000 Unterschriften zusammen. Nach dem Anschlag in Solingen, hat die Initiative die Verabschiedung eines „interfraktionellen Gruppenantrags“ im Bundestag auf Grundlage der vorliegenden Gesetzentwürfe noch vor der Sommerpause gefordert. Deshalb wurde der Stichtag für die Unterschriftenübergabe an die Bundestagspräsidenten auf den 28. Juni festgelegt. Bei einem Treffen Ende Mai haben sich die Dachverbände der ImmigrantInnen aus der Türkei dem Referendum angeschlossen und damit zum Ausdruck gebracht, daß die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft im Interesse der Einwanderinnen und Einwanderer ist. Vom 7.6. bis zum 12.6. fanden an Universitäten im gesamten Bundesgebiet Aktionstage zu dem Referendum statt.

Die Rassisten in den Unionsparteien lehnen die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft kategorisch ab. Derstellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion Johannes Gerster bezeichneten den Vorschlag der Ausländerbeauftragten beleidigend als eine „geiste Null-Lösung“, und der CDU-Faschist Heinrich Lummer verlangte von Kohl die Entlassung der Ausländerbeauftragten wegen „Ausländer-Lobbyismus“. Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU Erwin Marschewski hält den Vorschlag deshalb für untragbar, weil er „das Erfordernis der Integration des Ausländers und seiner Identifikation mit unserer Gesellschafts- und Staatsordnung vollkommen ignoriert“. Innenminister Seiers meint, Mehrstaatlichkeit laufe der Grunderkenntnis zuwider, daß die Staatsbürgerschaft „die engste und verpflichtendste Beziehung“ zwischen Staat und Bürgern sei und die Abgabe der alten Staatsbürgerschaft sei das beste Zeichen für den festen Willen zur Integration. Ähnlich argumentiert auch CDU-Fraktionschef Schäuble: „Wir schöpfen unsere Identität nicht aus dem Bekenntnis zu einer Idee, sondern aus der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Volk.“

Die Front innerhalb der Union gegen eine Einführung des Territorialprinzips ist relativ einheitlich. Sie will an dem mit Staatsangehörigkeitsrecht und Artikel 116 Grundgesetz formulierten rassistischen Staatsverständnis, wonach man durch Geburt zu einem „Deutschen“ wird, wenn auch die Eltern Deutsche sind, festhalten. Dies hat politische Gründe, denn kein Mensch kann allen Ernstes behaupten, das Blut eines Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit unterscheide sich vom Blut eines Menschen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit und begründe eine irgendwie ge-

artete Identität zu einem Volk oder einem Staatswesen. Das Festhalten der Union am Abstammungsprinzip wird durch politische Strategien begründet:

1. Sie will die durch ihre angebotsorientierte Wirtschaftspolitik verursachte Verstörung der sozialen Strukturen und die damit verbundene Entsolidarisierung der Menschen auflösen in ein Gefühl der nationalen Zugehörigkeit und vor allem der nationalen Überlegenheit und dafür auch eine weitere Polarisierung in der Gesellschaft durch soziale und politische Ausgrenzung in Kauf nehmen. Eine soziales Zusammengehörigkeitsgefühl läßt sich in einer kapitalistischen Gesellschaft nicht begründen, ein nationales schon. Aber dafür bedarf es der Abgrenzung gegenüber anderen Nationalitäten.

2. Die völkische Ausrichtung des Staatsangehörigkeitsrechts wird als unverzichtbar betrachtet für die Wahrneh-

mung von Einmischungsmöglichkeiten gestützt auf die sogenannten „Volksdeutschen“ in den östlichen Nachbarländern vor allem in Polen, der Tschechoslowakei und Rußland.

3. Sie will sich mit einer Politik der Normalisierung von fremdenfeindlichen Einstellungen und Verhaltensweisen durch Übernahme und teilweise Abschwächung faschistischer Positionen alle Optionen für die Macht ausübung offen halten. Dies bedeutet ein Bündnis mit den Republikanern ist nicht mehr grundsätzlich ausgeschlossen.

Diesen Prämissen der politischen Wirklichkeit müssen alle Überlegungen im Zusammenhang mit einer Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts untergeordnet werden. Der Vorschlag von Kohl, die doppelte Staatsbürgerschaft doch für eine fünfjährige Übergangszeit zuzulassen, nach der ein Antragssteller dann eine endgültige Entscheidung für

den einen oder anderen Paß zu fällen habe, dient wahrscheinlich im wesentlichen dazu, Zeit zu gewinnen, bis die Union in der Lage ist, entweder aus der Brutalisation und Verrohung der Gesellschaft, ähnlich wie die Faschisten dies heute schon tun, politisches Kapital zu schlagen und anderseits Konzepte zu entwerfen, die eine Integration von Ausländern auch in der Form einer doppelten Staatsangehörigkeit dergestalt ermöglichen, daß sich z.B. eine Soldnertruppe zusammenstellen ließe, die als deutsches Kontingent beispielsweise in Kurdistan eingesetzt werden könnte. Die Wehrpflicht wird von Unionspolitikern immer wieder im Zusammenhang mit der doppelten Staatsbürgerschaft problematisiert.

Die Forderungen nach einer möglichst raschen Verabschiedung einer Gesetzesinitiative zur Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes von 1913 sind also unbedingt zu unterstützen. Nach Ansicht des Verfassers ist die Änderung aber nur von Wert für den Kampf gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, wenn damit die Einführung des Territorialprinzips verbunden ist. — (rac)



Die DIDF nimmt Stellung

Die Antwort auf Nationalismus und Rassismus kann nicht ein Nationalismus unter türkischer Fahne sein!

Die Reaktionen auf die feigen Morde von Solingen drohen zu eskalieren. Nationalistische Kreise versuchen, den betroffenen Zorn von Menschen für ihre eigenen faschistischen Ziele auszuschlagen. Sie preisen ihre national-faschistischen Gedanken als Reaktion auf die Folgen des deutschen Nationalismus an. Sie predigen: Wir sollen uns ihren faschistischen, türkisch-nationalistischen Lösungen anschließen.

Wir sehen keinen Unterschied darin, ob die deutschen Nazis „Deutschland den Deutschen — Ausländer raus!“ rufen oder ob türkische Faschisten für eine Rückbesinnung auf „Tugenden der großen türkischen Nation“ plädieren.

Es wunderte uns nicht, als die Verbündeten der faschistischen „Partei der Nationalistischen Bewegung“ besser bekannt unter dem Namen „Graue Wölfe“ — zur Neonazi-Szene in Deutschland aufgedeckt wurden. Genau dieselben Kreise sind es heute, die aus der betroffenen Trauer und Wut der Menschen Kapital zu schlagen versuchen.

Die erste offizielle Reaktion der türkischen Regierung nach den Morden von Mölln war die Bildung einer parlamentarischen Kommission, die die Menschenrechtsverletzungen in Deutschland untersuchen sollte. Daß es ihr in erster Linie nicht um die Situation „ihrer Bü-

ger“ ging, sondern darum, daß sie sich für die vielen deutschen Menschenrechtsdelegationen in die Türkei „rächen“ konnte, kann sie nicht verheimlichen. Denn ihre Vertreter waren es, die das Anfang 1991 eingeführte Ausländergesetz „ihren Bürgern“ schmachaft zu machen versuchten — ein Ausländergesetz, das die Rechte „ihrer Bürger“ einschränkt und „ihre Bürger“ zu Menschen zweiter Klasse degradiert. Ihre Vertreter waren es, die bei den Gesprächen mit ihren deutschen Amtskollegen die Rechte „ihrer — ach so geliebten Bürger“ zum Gegenstand von Verhandlungen machten.

Auch nach den Morden von Solingen stehen sie Schlange, um sich bei „ihren Bürgern in der Fremde“ zeigen zu lassen, die sie bis heute lediglich als „Dukanenesel“ betrachtet haben. Auch jetzt werden sie — wie nach den Morden von Mölln — einerseits „ihre Bürger“ zur Besonnenheit aufrufen, während sie andererseits ihre national-rassistischen Gedanken predigen.

Auch die Bundesregierung ist mit ihrer menschenfeindlichen Ausländer- und Asylpolitik für die heutige fremdenfeindliche Stimmung und die unzähligen Brand- und Mordanschläge mitverantwortlich. Ihre vorgetäuschte Trauer, ihre Krokodilstränen und ihr Mitleid brauchen ihre „ausländischen Mitbürger“ nicht, denen sie seit Jahrzehnten die einfaichen Bürgerrechte verweigern. Sie sind es, die sich nur dann an „ihre ausländischen Mitbürger“ erinnern, wenn es darum geht, von ihrer eigenen Ver-

antwortung für die Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und den Sozialabbau abzulenken und Sündenböcke dafür zu finden.

Unsere Föderation teilt nicht die Ansicht der türkischen Nationalisten und Regierung, daß die faschistischen Angriffe gegen die Türken und Moslems gerichtet sind. Die Frauen und Kinder von Mölln und Solingen wurden nicht getötet, weil sie Türkinnen und Moslems waren. Sie sind Opfer faschistischer Mordanschläge, wie sie in den letzten 2 Jahren über zwei Dutzend mal verübt wurden. Viele von ihnen waren Deutsche, die sich gegen den Rassismus und Faschismus eingesetzt haben.

Wir können die Ausschreitungen der letzten Nacht von Solingen nicht gutheißen. Wir betonen aber erneut, daß sie nicht Taten von Einzelpersonen waren, die aus ohnmächtiger Wut gehandelt haben. Sie sind Folgen einer Politik, die nationalistisch-fundamentalistische türkische Gruppen in Deutschland und die Vertreter von türkischer Regierung und Parteien verfolgen, die sich in den letzten Tagen die Klinke in die Hand gedrückt haben. Wenn wir es nicht verhindern, werden sie auch in nächster Zeit die Wut der betroffenen Menschen ausnutzen, neue Ausschreitungen anzetteln und ihre nationalistisch-faschistische Propaganda weiter betreiben.

Wir fordern die Bundesregierung auf, alle — auch türkische — faschistische Parteien und Organisationen zu verbieten und aufzulösen. Das war auch eine der zentralen Forderungen der Großdemonstration am 5. Juni 1993 in Solingen, an der trotz massiver Hetze und Provokationen durch türkische Faschisten und Polizei 20000 Menschen teilnahmen.

Organisationen, die in der Tradition der NSDAP zu Rassenhäßt und Völkermord aufstacheln, können und müssen endlich verboten und aufgelöst werden. Quellen: Amfaschistische Nachrichten 12/93; Solinger Tageblatt, 5.6.; Süddeutsche Zeitung, II.6.; Kölner Stadtanzeiger, 12.6. — (wof)

Vertreibungsterror ist Völkermord!

Wiederholt hat der die Ermittlungen führende Generalbundesanwalt von Stahl einen Zusammenhang des Brandanschlags von Solingen mit dem organisierten Faschismus gelehnt. Inzwischen rollt eine Welle von Anschlägen vor allem auf Häuser von Einwohnern türkischer Nationalität durch die Bundesrepublik, wie es sie bisher noch nie gab. Allein in Nordrhein-Westfalen registrierte die Polizei in den zehn Tagen vom 29. Mai bis 9. Juni 70 „fremdenfeindliche“ Straftaten, darunter zehn Brandanschläge.

Diese Ballung von Anschlägen widerspricht dem von der Bundesanwaltschaft und anderen Behörden, darunter dem nordrhein-westfälischen Innenministerium, geschürten Bild von „spontanen“ Taten frustrierter Jugendlicher. Und gerade aus Solingen sind inzwischen enge Verbindungen der mutmaßlichen Täter zum rechtsradikalen Lager bekannt. Einer der vier Festgenommenen im Alter von 16, 20 und 23 Jahren ist Mitglied der DVU. Zum mindesten zwei weitere trainierten längere Zeit in einer Kampfsportschule, die wiederholt Saalschutz für die FAP und mindestens einmal, am 16. Juni 1992 in Köln, für die „Deutsche Liga“ organisierte.

Seit langem wirken in dieser Kampfsportschule vor allem zwei Leute, die über vielfältige Verbindungen im Netz faschistischer Organisationen verfügen und über den Verein Verbindungen zu Skinheads unterhielten. Einer von den beiden, B. Koch, war Anfang der 80er Jahre für die verbotene NSDAP/AO tätig, Mitbegründer der NPD-nahen „Bürgerinitiative für Ausländerstop“ und der „Bergischen Front“, FAP-Kreisvorsitzender und Beauftragter der „Deutschen Liga“. Nach einem Bericht des Kölner Stadtanzeigers macht er selbst keinen Hehl daraus, daß er einen der beiden 16-Jährigen in der Kampfsportschule kennengelernt und mit „nationalem Info-Material“ versorgt hat. Dazu muß man wissen, daß Koch 1983 zu 12 Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt wurde, weil er an jüdische Gemeinden und Frauenhäuser Briefe mit Mord- und Vergewaltigungsdrohungen schickte.

Darüberhinaus gibt es Zeugenaussagen, nach denen sich am Abend vor dem Anschlag rund 20 Skinheads, darunter etliche aus Düsseldorf, an einer Tankstelle in Solingen versammelten.

Wenn die Ermittlungsbehörden den inzwischen auch von der Tagespresse verbreiteten Hinweisen auf die Drahtzieher nicht nachgehen, ist das ein weiterer Freibrief für den organisierten Faschismus. Dabei wissen gerade die politischen Hintermänner der Anschläge, was sie wollen: Es geht ihnen um gezielten Vertreibungsterror, derzeit vor allem gegen die türkische Minderheit in der BRD. Wer in der BRD bleibt, muß eben damit rechnen, ermordet zu werden. Es ist kein Wunder, daß das „Rückkehrhilfe“-Gesetz, die Verschärfung der Ausländergesetze und die staatliche Abschiebepolitik von den einschlägigen Organisationen als Erfolge ihrer „Ausländer raus“-Hetzfeiern gefeiert wurden.

Warum prüfen die zuständigen Behörden bei faschistischen, rassistischen Anschlägen nicht die Anwendung des Straftatbestandes des Völkermordes? In § 220a Strafgesetzbuch heißt es: „Wer in der Absicht, eine nationale, rassistische, religiöse oder durch ihr Volkstum bestimmte Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören, Mitglieder der Gruppe tötet, verwirkt lebenslange Freiheitsstrafe“. Auch Körperverletzung und jede scheinbar unbedeutende Hilfsaktion kann auf dieser Grundlage verfolgt werden. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Freimut Duve kündigte in einem Artikel der Süddeutschen Zeitung an, daß er in den Prozessen wegen des Solinger Anschlages als Nebenkläger auftreten will, wenn von Stahl nicht selbst in dieser Richtung ermittelt.

Organisationen, die in der Tradition der NSDAP zu Rassenhäßt und Völkermord aufstacheln, können und müssen endlich verboten und aufgelöst werden. Das war auch eine der zentralen Forderungen der Großdemonstration am 5. Juni 1993 in Solingen, an der trotz massiver Hetze und Provokationen durch türkische Faschisten und Polizei 20000 Menschen teilnahmen.

Medizinische Versorgung in Nordwestkurdistan

Gespräch mit einem Vorstandsmitglied der Gesundheitsgewerkschaft und einem kurdischen Arzt aus Diyarbakir

? Könnt Ihr die Lage des Gesundheitswesens in Kurdistan kurz beschreiben?

Es gibt große Unterschiede zwischen der städtischen und der ländlichen Gesundheitsversorgung. In den Städten ist die Versorgung etwas besser. Gerade auf dem Lande ist der Personalmangel im Gesundheitswesen besonders spürbar.

Im Dorf meiner Eltern leben 2000 Menschen. In diesem Dorf ist nur eine Krankenschwester. In den kurdischen Provinzstädten mit 10000 bis 15000 Einwohnern ist nur ein praktischer Arzt.

Gerade im Winter ist die medizinische Versorgung am schlechtesten, sind die Verkehrsschwierigkeiten am größten. Ist jemand auf dem Dorfe, in der Peripherie krank, so muß der Patient auf Tieren transportiert oder getragen werden, um zum nächsten Arzt zu kommen. Bei Akutfällen, z.B. Entbindungen oder Verwundungen, sind die Leute zum Tode verurteilt. Es ist vor allem schwer, überhaupt einen Arzt zu finden. Findet man einen, dann gibt es die nächsten Schwierigkeiten, wie bekommt man die Medikamente vom Rezept usw.

? Wo liegen die wesentlichen Unterschiede im Gesundheitswesen zwischen Nordwestkurdistan und der Türkei?

Im Westen der Türkei, den türkischen Provinzen, ist die Lage ganz anders. Sowohl im Mittelmeergebiet als auch in den Städten wie Adana, Izmir, auch in Anatolien ist die Gesundheitsversorgung beinahe auf der gleichen Ebene wie in Europa.

Nach Kurdistan geht kaum ein Arzt. Allein in der Provinz Diyarbakir sind etwa 600 Plätze für praktische Ärzte im Gesundheitswesen nicht besetzt. Obwohl diese Stellen nicht besetzt sind, werden sie aber offiziell statistisch als besetzt geführt. Die Ärzte aus der Türkei fürchten in Kurdistan um ihr Leben, dort herrscht Krieg. Die Menschen in Kurdistan sind finanziell arm, die Ärzte gehen dort Tätigkeiten nicht gerne nach.

Die Personen, die in der Türkei sozialversichert sind, sind in der Minderzahl. Sie arbeiten im öffentlichen Dienst oder in der privaten Industrie. Ihre Zahl beträgt etwa drei Millionen. Aber im großen und ganzen ist die Bevölkerung von der Sozialversicherung ausgeschlossen.

? Wie ist die Ausstattung der Krankenhäuser und Gesundheitsstationen?

Die Krankenhäuser sind nicht ausreichend ausgestattet. Es fehlen neben dem technischen Fachkräften auch die medizinischen Fachkräfte. Es gibt ein paar Fachärzte. Es fehlt jede Art von Hygiene. Es fehlt die Medikamentation.

Ein Beispiel: Eine Person kommt mit einer akuten Verletzung ins Krankenhaus. Ihm wird ein Rezept ausgehändigt. Jetzt muß der Verletzte dafür sorgen, daß die angegebenen Medikamente, das Verbandsmaterial, aber auch sterile Handschuhe, herbeigeschafft werden. Erst wenn er die Sachen vom Rezept beim Krankenhaus abgegeben hat, kann die Versorgung, der Eingriff usw. stattfinden. Leute, die mit schweren Verletzungen kommen, bspw. mit schweren Schußverletzungen, sind regelrecht zum Tode verurteilt. Es gibt keine Medikamentenvorräte und Reserven in den Stationen. Es gibt keine Schränke dafür. So was einfaches wie ein Serum ist nicht als Reserve vorhanden.

Für einfache Röntgenaufnahmen werden Termine in zwei Monaten ausgebucht. Hat eine Person nach einem Verkehrsunfall ein Schädeltrauma, wird erst nach zwei Monaten eine Röntgenuntersuchung gemacht.

? Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und UNICEF berichten über hohe Kindersterblichkeit, Seuchen (Tbc, Cholera), die Augenkrankheit Trachom. Was sind dafür die Ursachen?

Man muß vor allem die Infrastruktur betrachten. Die Infrastrukturen haben immer eine parallele Bedeutung zur medizinischen Situation.

Ich will das anhand von Diyarbakir beschreiben: Vor allem im Winter, aber auch in der Sommerzeit ist die Säuglings- und Kindersterblichkeit in Diyarbakir am höchsten. Die Kanalisation in Diyarbakir ist sehr alt und sehr reparaturbedürftig. In den Siedlungen am Stadtrand befindet sich keine Kanalisation und keine Wasserversorgung. In der Winterzeit, oder wenn es stark regnet, kommt es immer wieder vor, daß die Rohre der Kanalisation platzen. Es kommt zur Vermischung von Abwasser mit der Wasserversorgung. In diesen Zeiten steigen die Übertragungs-krankheiten sprunghaft an.

Wir haben im Januar und Februar 1993 eine Untersuchung gemacht, in der

Mit einer Delegation war Mitte Mai ein Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Tüm Saglik Sendikasi (Gewerkschaft für das Gesundheitswesen) aus Diyarbakir in Hessen. Mit ihm und einem kurdischen Arzt sprachen Leute vom Kurdistan Komitee Karlsruhe über die Lage im Gesundheitswesen in Kurdistan. Die Gewerkschaft Tüm Saglik Sendikasi wurde 1991 gegründet. Sie ist eine legale Organisation. Ihre Mitglieder werden aber vom türkischen Staat verfolgt, mit Gerichtsverfahren überzogen, und einige von ihnen wurden von der Konterguerilla ermordet. Tüm Saglik Sendikasi hat über 20000 Mitglieder, allein in der Region Diyarbakir 1500, das sind 30 Prozent der Leute, die im Gesundheitswesen dieser Region beschäftigt sind. — (rub, Kurdistan Komitee Karlsruhe)

? Bei der letzten Verlängerung des Ausnahmezustands in den kurdischen Provinzen beschloß das türkische Parlament auch eine Geburtenkontrolle für Kurdistan.

Im Rahmen des jüngst beschlossenen Geburtenkontrollprogramms ist der Raum Elazig und Erzerum als Pilotenbereich von der türkischen Regierung ausgewählt worden. Das Projekt wird betreut von einer medizinischen Fakultät aus Ankara. Es gibt darüber kaum Veröffentlichungen. Aber die Sterilisation ist genauso wie in Lateinamerika Ziel des Projekts. Es wird versucht, die Jugendlichen an den Schulen und die Jungverheirateten zu manipulieren, sie psychologisch unter Druck zu setzen. Ihnen wird gesagt, daß eine Schwangerschaft sehr gefährlich sei für das Leben. Es wird Druck ausgeübt, daß sie sich einer Zwangssterilisation unterziehen.

In diesem Gebiet Elazig und Erzerum soll gleichzeitig mit diesem Projekt die Krebsvorsorge, -untersuchung und -auklärung für Frauen betrieben werden. In Kurdistan war Krebsvorsorge bisher überhaupt nicht vorhanden, auch in der Türkei ist das nur einem kleinen Kreis von Leuten mit viel Geld vorbehalten. Es wird jetzt in diesem Gebiet propagiert, daß sich die Frauen einer Krebsuntersuchung unterziehen. Vermutet wird, daß dabei auch Sterilisationen vorgenommen werden.

? Wie können wir den Aufbau einer Gesundheitsversorgung in Kurdistan unterstützen?

Bestände trotz der schlechten medizinischen Infrastruktur nicht dieser staatlichen Druck und Terror, könnte zumindest in kleinerem Maßstab eine medizinische Versorgung aufrecht erhalten werden.

Zu den Hilfsprojekten wie Notfallkoffer für Kurdistan oder Notfallwagen kann ich nur etwas aus der Sicht unserer Gewerkschaft sagen. Wenn bspw. Notfallkoffer uns erreichen oder andere Spenden, wir können dies weiterleiten. Wir verfügen dafür über genügend Personal, über Ärzte und Pflegepersonal, die auch unter dieser schwierigen Lage medizinische Versorgung leisten.

Im Raum Diyarbakir werden wir ein physikalisches Therapie- und Rehabilitationszentrum gründen. Dafür brauchen wir aber auch eure finanzielle Unterstützung für medizinische Geräte und Apparate.

Unsere entscheidende Forderung ist aber, der Krieg muß beendet werden, das kurdische Volk muß in Frieden leben können. Wird das nicht gelöst, dann können auch die meisten anderen Probleme nicht gelöst werden.



auf allen Stationen der Krankenhäuser die Patienten nach Hepatitis befragt wurden. Ca. 10000 Personen haben sich gemeldet. Über 5000 hatten einen positiven Befund von Hepatitis-A.

Eine weitere Quelle der Übertragungs-krankheiten liegt darin, daß mit dem Kanalisationswasser die Landwirtschaft und die Gartenwirtschaft rund um Diyarbakir bewässert wird. Vor allem Kopfsalat und Zwiebeln, die roh gegessen werden, sind dann Quelle für die Übertragung.

Impfungen gegen Übertragungs-krankheiten oder eine wirksame Lebensmittelüberwachung finden in Kurdistan nicht statt. Eine Trinkwasseraufbereitung gibt es nicht.

Obwohl in Diyarbakir die einzigen großen Krankenhäuser und die einzige medizinische Fakultät in Kurdistan sind, die im großen und ganzen eine Millionen Menschen zu versorgen haben, sind nur 100 Betten im Versorgungsbereich und 50 Betten im Forschungsbereich für die Kinder vorhanden.

Die Säuglings- und Kindersterblichkeit liegt ein Vielfaches über der offiziellen Statistik. Die Zahlen, die in dem Bericht angegeben sind, also 50000 Säuglinge, die an Lungenentzündung gestorben sind, und 30000, die an Durchfall gestorben sind, sind überhaupt diejenigen, die erfaßt werden konnten. Die tatsächliche Zahl der Kindersterblichkeit liegt weitauß höher.

Trachom ist eine Augenkrankheit, eine ansteckende Entzündung der Bindehaut des Auges, die zu narbiger Schrumpfung und durch Übergreifen auf die Hornhaut zum Erblinden führen kann. Einem Bericht der Augenheilkunde Bursa zufolge ist Trachom auf Vitaminmangel, nicht ausreichende Ernährung und Chemikalien zurückzuführen. Die Trachomerkrankungen haben besonders in der letzten Zeit in Kurdistan zugenommen. Die türkische Armee hat im Raum Diyarbakir und im Raum Mardin chemische Kampfstoffe im Krieg gegen die Kurden eingesetzt.

? Die Koalitionsregierung Demirels hatte ein Industrialisierungsprogramm. Was ist daraus geworden?

Die Kurden werden seit Jahrhunderten unterdrückt. Aber zum ersten Mal werden sie seit dieser Koalitionsregierung derartigen Massakern und Bombardierungen ausgesetzt. Praktisch erleben wir nur immer, daß aufgerüstet wird. Das

Militär wird verstärkt, die Gendarmerie, die Polizei werden ausgebaut, neue Munitionslager errichtet. Was in Kurdistan wirtschaftlich angestellt wird, ist im wesentlichen Ausbau des Militäraparates.

Es gibt viele Ärzte und Leute kurdischer Abstammung, die im Gesundheitswesen tätig sind. Viele von ihnen versuchen, der Bevölkerung zu helfen. Sie werden staatlicher Repression ausgesetzt und in den Westen der Türkei verbannt, d.h. sie müssen ihren Arbeits-

platz in Kurdistan verlassen auf staatlichen Befehl. Allein aus Diyarbakir wurden 35 Leute aus dem Gesundheitswesen, Ärzte, Pfleger, Krankenschwestern und Laboranten 1992 nach Westen verbannt. Oder sie werden gezielt getötet. Einer der Getöteten ist der Facharzt Mehmet Emin Ayhan aus Silvan. Ein anderer ist Hasan Kaya, der von Sirnak nach Elazig verbannt und dort ermordet wurde. Er war einer derjenigen, der bei der Zerstörung von Sirnak 1992 und dem Massaker an der Bevölkerung aktiv Hilfe geleistet hatte.

? Wie ist die Situation im Gesundheitswesen in Kurdistan unter dem Spezialkrieg der Türkei? Wie ist die Situation der vielen Flüchtlinge?

In einer Wohnung, wo fünf Menschen leben, sind jetzt oft 30 Personen untergebracht. Andere gehen in die entstandenen Slums an der Peripherie von Diyarbakir, sie leben dort unter den unmenschlichsten Bedingungen. Das große Problem der Bevölkerung ist die wirtschaftliche Lage. Diejenigen, denen die Wohnung und die Felder zerstört, denen die Tiere erschossen wurden, verfügen über kein Einkommen. Diese Menschen sind durch den Staatsterror arm gemacht worden. Wenn ans Essen nicht zu denken ist, dann ist auch kein Geld für die medizinische Versorgung, für die Gesundheit da.

Spendensammlung Notfallkoffer für Kurdistan

Für die Versorgung der Bevölkerung im türkisch besetzten Teil Kurdistans werden dringend Notfallkoffer benötigt.

Noch nie war die Türkische Republik bereit, eine medizinische Versorgungsstruktur in Kurdistan zu entwickeln. Für die Menschen in den entlegenen Dörfern gibt es keine ärztliche Hilfe. Viele Menschen — besonders Kinder — sterben, obwohl man ihnen mit einfachen Mitteln helfen könnte. Diese Situation hat sich durch den Krieg und die Politik der Türkischen Republik, die Menschen in den entlegenen Dörfern zu transportieren ist. Damit können versorgt werden

— die Menschen in den strukturschwachen entlegenen Gebieten,

— die obdachlosen Menschen, die aus ihren Dörfern vertrieben worden sind,

— die Menschen, die durch die türkische Armee oder Spezialeinheiten verletzt worden sind.

in den Westen der Türkei rechnen. Viele kurdische Ärzte sind in der letzten Zeit entlassen worden, weil sie sich geweigert haben, Kurdistan zu verlassen.

Zur Ausrüstung der Ärztinnen und Ärzte wird dringend eine medizinische Mindestausrüstung gebraucht, die leicht zu transportieren ist.

Damit können versorgt werden

— die Menschen in den strukturschwachen entlegenen Gebieten,

— die obdachlosen Menschen, die aus ihren Dörfern vertrieben worden sind,

— die Menschen, die durch die türkische Armee oder Spezialeinheiten verletzt worden sind.

Spendenkonto: HEVKOM (Kontoinhaber) „Notfallkoffer für Kurdistan“, Sparkasse Bochum Konto-Nr. 434 00 589 * BLZ 430 50 001

Neben Geldspenden werden auch Ausrüstungsgegenstände für die Notfallkoffer (keine Medikamente) gesammelt. Eine Liste von Sachen, die benötigt werden, kann bei uns angefordert werden.

Zu der Spendsammlung Notfallkoffer für Kurdistan rufen bisher auf:

Dr. med. Detlev Feldmann (Duisburg), Prof. Dr. Peter Kühne (Hochschullehrer, Dortmund),

Dr. med. Helga Bürgel (Weinheim), Dr. med. Jürgen Tempel (München), Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik medico international, Arbeitskreis Botan Berlin, Palästinagruppe Westberlin, Freunde des kurdischen Volkes Rendsburg, Freunde des kurdischen Volkes Hamburg, Kurdistan Solidarität Hannover, Kurdistan Solidarität Osnabrück, HEVRA Duisburg, Solidaritätskomitee Kurdistan Ruhr, Deutsch-kurdischer Kulturverein Essen e.V., Deutsch-Kurdischer Freundschaftsverein Köln, Freundinnen und Freunde des kurdischen Volkes Gießen, Arbeitskreis gegen den Kurdenprozeß Frankfurt/M., Freunde und Freunde des kurdischen Volkes Mainz-Wiesbaden, Freundeskreis des kurdischen Volkes Mannheim, Freundeskreis des kurdischen Volkes Stuttgart, Kurdistan Komitee Karlsruhe, Kurdistan-Solidarität Freiburg, Kurdistan-Solidarität Freiburg, Kurdistan-Solidarität Nürnberg/Erlangen, AK Kurdistan München Heyva Sor a Kurdistan (Kurdischer Roter Halbmond)

Träger der Spendsammlung Notfallkoffer für Kurdistan: HEVKOM, IHD — Menschenrechtsvereine in Kurdistan

Kontaktadressen:

HEVKOM, Von-Gall-Str. 2, 4480 Bochum Tel.: 0234-95361 01 Fax: 0234-541245

Kurdistan Komitee Karlsruhe, o.O. GNNAG, Postfach 2748, 76127 Karlsruhe

Belgrad: Streit in der herrschenden Schicht

Vor zwei Wochen erlebte die serbische Hauptstadt Belgrad einen Sturm der Entzerrung. Zu Tausenden stürmten die Menschen zum Parlament. Vorausgegangen war die putschartige Absetzung des gesamtjugoslawischen Staatspräsidenten Čosić und eine Ohrfeige, die ein Abgeordneter der faschistischen Radikalen Partei einem Oppositionellen im Parlament gab. Als Folge der harten Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten wurde mehrere Dutzend Menschen festgenommen, unter ihnen der Vorsitzende der Serbischen Erneuerungsbewegung Vuk Drašković mit seiner Frau. In einem Schnellverfahren wurde beide zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Seitdem entwickelt sich im Ausland eine breite Solidaritätskampagne für die Freilassung der Draškovićs. Die Aktionen der Opposition bergen ein ziemlich dickes Dilemma. Man ist gegen die Abwahl von Ex-Staatspräsident Čosić. Dieser aber ist taktisch der intellektuelle Vordenker des großserbischen Nationalismus. Mit seinen Blut- und Bodenromänen hetzte er gegen das sozialistische Jugoslawien und war Wegbereiter des jetzigen serbischen Präsidenten Milošević. Als Čosić bei den serbischen Präsidentschaftswahlen vom Januar auf den Gegenkandidaten

Panić setzte, zeigte sich ein Bruch in der herrschenden Bürokratie Serbiens. Dieser hat sich, seitdem das verschärft Wirtschaftsembargo die Ökonomie Serbien erheblich durcheinanderbrachte, noch verschärft. Breite Teile der serbischen Bourgeoisie steht nicht mehr hinter dem Kriegskurs Milošević. Dieser reagierte auf dieses Stimmung mit der Einstellung der Wirtschafts- und Militärhilfe an die bosnischen Serben. Bei den letzten Parlamentswahlen in der BR Jugoslawiens ging dann aber die Radikale Partei als Gewinner hervor, was Milošević zu einem Bündnis mit dieser rassistischen und nationalistischen Partei zwang, wenn er im Parlament mit Mehrheiten regieren will. Die Radikale Partei steht im wesentlichen hinter dem Sturz von Čosić. Die Belgrader Opposition steht nun mitten in der Auseinandersetzung innerhalb der herrschenden Bürokratie und muß, da selbst weitgehend uneinig, hierbei unter die Räder kommen. Ihr nun verhafteter Sprecher Vuk Drašković hat nicht weniger polemisch als Čosić für ein neues Serbien plädiert. Für die wenigen oppositionellen linksliberalen Intellektuellen, die sich weder für Drašković noch für Čosić einspannen lassen wollen, ein fast unlösbares Problem. — (hav)

Waffenstillstand in Kurdistan beendet

Unter dem Eindruck anhaltender türkischer Militärangriffe hat die Arbeiterpartei Kurdistans am 8. Juni den von ihr Mitte März proklamierten einseitigen Waffenstillstand im Kampf gegen das türkische Kolonialregime für beendet erklärt. Seit März waren durch militärische Aktionen des türkischen Staates 250 Guerilleros und Zivilisten getötet, 44 Dörfer entvölkert und über 3500 Personen verhaftet worden.

Öcalan erklärte u.a.: „In den letzten Tagen haben heftige Gefechte stattgefunden, es herrscht eine Kriegssituation vor ... derzeit werden an 10 bis 15 Fronten Operationen durchgeführt, die von massiven Kämpfen begleitet werden ... In der nächsten Zukunft stehen Kämpfe an, die die bisherigen Gefechte um ein Vielfaches übersteigen und immer mehr in die Türkei übergreifen werden ...“ Die türkische Regierung habe fälschlich behauptet, der Waffenstillstand sei ein Zeichen der Schwäche der PKK. In Wirklichkeit habe sie jedoch kein Interesse an der von der PKK angebotenen politischen Lösung. „Natürlich wird eine Bewegung wie wir, die den Krieg in solch großen Ausmaßen führt, auf dieses Verhalten mit Gegenreaktionen antworten. Und sie wird die militärische

Lösung, die sie nie gewollt hat und an die zweite Stelle gestellt hat, nun doch in einem noch größeren Ausmaße auf die Tagesordnung bringen.“ Die PKK bleibt jederzeit zu Verhandlungen bereit. Der frühere Staatspräsident Özal habe „einige mutige Schritte unternommen“ wollen: „Leider ist durch seinen Tod diese Chance verpaßt.“

Die Neuauflage des bewaffneten Kampfes könnte zu Zehntausenden von Toten führen. „Sind wir die Verantwortlichen dafür? Nein! Wir wollen eine gleichberechtigte Basis für die Einhaltung der Menschenrechte und unserer nationalen und demokratischen Rechte.“ Und: „Wir wollen die überall stationierten türkischen Soldaten nicht töten ... Welche Kräfte stecken dahinter, die diese Leute in den Krieg schicken? Das türkische Volk muß sich Gedanken darüber machen, wer für die Zuspitzung dieses Krieges verantwortlich ist, welche Kräfte hinter dieser Kriegspolitik stehen, wessen Interessen in diesem Krieg vertreten werden ...“ Die türkische Öffentlichkeit, Demokraten, Sozialisten und jeder, der sich für Menschenrechte einsetzt, muß sich Gedanken darüber machen und diese Leute stoppen.“ Quelle: *Kurdistan-Rundbrief* 13/93 — (alk)

Nahost-Verhandlungen: Israel will „Reserve“

Am Dienstag hat in Washington die zehnte Verhandlungsrunde der Nahost-Konferenz unter Schirmherrschaft der USA und der GUS begonnen. Grundlage sind drei Vorschläge, die von der palästinensischen, der israelischen und der US-Delegation zuletzt vorgelegt worden waren. Gegenstand ist die Frage, wann und in welcher Form die 1967 von den Zionisten besetzten Gebiete Westbank und Gaza-Streifen an die Palästinenser übergeben werden sollen. Weitgehende Einigkeit besteht über eine fünfjährige Übergangsphase, während der administrative Befugnisse übergeben werden und abschließende Regelungen beschlossen werden sollen. Israel fordert jedoch, daß ihm die Aufsicht über die gesamte „innere Sicherheit“ (Armee usw.) zunächst verbleibt. Vermutlich beabsichtigt es damit, während der Übergangsphase linke palästinensische Gruppen zu zerschlagen, um zu verhindern, daß diese in den zu wählenen palästinensischen Parlamenten Macht erhalten. Streitpunkt der langfristigen Perspektive ist nach wie vor die zionistische Weigerung, die UNO-Resolutionen 242 und 338 anzuerkennen,

nach denen ein kompletter Rückzug aus den 1967 besetzten Gebieten gefordert wird. Die israelische Delegation fordert, die zionistischen Siedlungen in Westbank und Gaza-Streifen erhalten und ausbauen zu können und diese weiterhin israelischer Hoheit zu unterstellen. Das würde faktisch eine Überlassung lediglich einiger „Reserve“ an das palästinensische Volk bedeuten, die ökonomisch in keiner Weise zur Selbstständigkeit fähig und völlig abhängig von der zionistischen Staats- und Wirtschaftsstruktur (den wichtigen Wasserleitungen etwa) wären. Die USA sind offenbar nicht bereit, Druck auf die israelische Delegation zur vollständigen Anerkennung der UNO-Resolutionen auszuüben. Angesichts dieser festgefahrenen Situation und der anhaltenden zionistischen Provokationen in Palästina (verstärkte Raketenangriffe auf palästinensische Häuser) warnte der Leiter der palästinensischen Delegation, Husseini, daß der bewaffnete Kampf nach wie vor eine zwar unerwünschte, aber gegebene Option des palästinensischen Volkes sei. Quellen: *Palästina-Bulletin* Nr. 10 und 11/93; *Süddeutsche Zeitung* v. 14. 6. 93 — (uga)

Internationale Umschau



10000 Gewerkschafter demonstrierten am 26. Mai in der belgischen Hauptstadt Brüssel gegen neue Versicherungskürzungen, die die Regierung vorbereitet. Die Demonstration wurde von den beiden großen belgischen Gewerkschaftsbünden, ACV und ABVV, gemeinsam organisiert. Die belgische Regierung will die Arbeitslosengeldzahlungen für Teilzeitbeschäftigte drastisch verringern. Viele der Demonstranten fürchten, daß am Ende das Arbeitslosengeld für Teilzeitbeschäftigte so niedrig sein wird, daß sie gleich auf Sozialhilfe angewiesen sind. Mit Transparenten wie „Ich verliere 10000 Franc im Monat“ (umgerechnet ca. 700 DM) griffen die Demonstranten die Regierungspläne an. — (rül, Bild: Solidair)

Soziale und nationale Forderungen in der Ukraine

Seit Anfang Juni streiken in den Bergwerken im Osten der Ukraine nahezu alle Bergarbeiter. Auslöser war die Erhöhung der Preise für Grundnahrungsmittel; die Gewerkschaften sprechen von einer Kluft zwischen dem staatlichen festgesetzten Mindestlohn von 6900 Karbowanzen (Rubel) und den monatlichen Lebenshaltungskosten von durchschnittlich 22 100 Karbowanzen. Neben Lohn erhöhung fordern die Bergarbeiter mehr regionale Autonomie. Sie vermuten, daß ungefähr 70 Prozent der Einnahmen aus den Bergwerken des Ostens an die Zentrale fließen; allerdings dürfte eine tatsächliche Autonomie und Abkopplung von der übrigen Wirtschaft wegen der einseitigen entwickelten Wirtschaftsstrukturen größte Probleme schaffen, z.B. für die Versorgung mit Lebensmitteln. Ein großer Teil der in den Bergwerken beschäftigten Arbeiter stammt aus Rußland; zunehmend kommen jetzt auch Forderungen nach einem Anschluß der Ostukraine an Rußland oder nach der Wiederherstellung der alten UdSSR. — (alk)

USA bringen Truppen nach Mazedonien

Nach dem Außenministertreffen der Nato gab der US-Staatssekretär Christopher bekannt, daß die USA 300 Mann Friedenstruppen nach Mazedonien entsenden werden. Sie werden dort zu den bisher schon stationierten 700 Uno-Beobachtern vor allem aus skandinavischen Ländern dazukommen. Die Gefahr einer Ausdehnung des Jugoslawien-Krieges wächst damit: Statt, wie behauptet, ein „Stolperdraht“ für eventuelle serbische Übergriffe auf Mazedonien darzustellen, bilden sie eher ein Schutzschild für Provokationen mazedonischer Nationalisten. — (alk)

Niederlage für „Schweiz ohne Armee“

Bei der Volksabstimmung über die Anschaffung moderner Kampfflugzeuge und die Anlage von Waffenplätzen erlitten die Gegner dieses Projektes eine deutliche Niederlage. Bei einer Beteiligung von 55 Prozent lehnten 57,1 Prozent bzw. 55,3 Prozent die Initiativen „Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge“ bzw. „40 Waffenplätze sind genug — Umweltschutz auch beim Militär“ ab. Die Initiativen waren ausgegangen von der „Gruppe für eine Schweiz ohne Armee“, die sich erhofft hatte, durch finanzielle bzw. ökologische Argumente eine breitere Basis zu finden als bei der Abstimmung vor einigen Jahren, die sich grundsätzlich gegen die Armee richtete. Mehrheiten fanden sich aber nur in Basel, Genf, dem Tessin und Jura. Wahrscheinlich haben Ängste angehoben des Krieges in Jugoslawien und des stärkeren militärischen Auftretens der BRD bei der Entscheidung eine Rolle gespielt. Die bürgerlichen Kräfte wollen die Volksabstimmung jetzt nutzen, um für die „Einbindung der Schweiz in europäische Sicherheitskonzepte“ zu werben. — (alk)

Lega Nord in Mailand stärkste Partei

Mit den Wahlen vom 6. Juni (eine Reihe von Provinzräten, Gemeinderäten und Bürgermeistern bei ca. 10 Mio Wahlberechtigten) haben die politischen Umstüchtungen in Italien angehalten. Die Aufmerksamkeit für die Ergebnisse war angesichts der politischen Krise groß. Wenn auch von den Kommunal- und Provinzresultaten nicht einfach auf nationale Verhältnisse geschlossen werden kann und außerdem am 19. 6. die Stichwahlen bei den Entscheidungen über die Bürgermeister stattfinden, so sind doch einige Entwicklungen deutlich.

Im Norden hat der Zustrom zur rechtsautonistischen Lega Nord angehalten. Wo in der Lombardei (Hauptstadt Mailand) und in Piemont (Hauptstadt Turin) zu wählen war, wurde die Lega Nord stärkste Partei. In Mailand erhielt sie 40,9 %, in Turin 23,4 % der Stimmen. In der Metropole Mailand geht der Bürgermeisterkandidat der Lega, Formentini, mit ca. 38 % der Stimmen als Favorit in die Stichwahl. Er will aus Mailand eine „grandiose Stadt“ machen, die im übrigen für die Immigranten keine Lira ausgibt. Mit den Erfolgen im Norden — und der Parteichef Bossi registriert auch den Rückzug des Widerstands der katholischen Kirche und der Medien gegen die Lega — sieht sich die Lega Nord ihren Zielen der Aufspaltung des Landes näher.

Gleichzeitig sind die am stärksten von den Korruptionsskandalen betroffenen Parteien, Christdemokratie und Sozialistische Partei, stimmenmäßig ein- bzw. zusammengebrochen. In Mailand z.B. ist die Christdemokratie von 20,7 auf 9,4 % gefallen. (Zum Unterschied: In Catania ist sie mit 26,9 % stärkste Partei geblieben.) Die Sozialistische Partei, die in Mailand ihr Zentrum hatte und traditionell den Bürgermeister stellte, ist von 19,4 auf 1,6 % gelandet.

In etwa gehalten hat sich die Demokratische Partei der Linken (PDS), die Mehrheit der früheren KP. Die Partei der kommunistischen Neugründung (Rifondazione Comunista), die aus der Minderheit hervorging, hat in den beiden Zentren des Nords über alle Erwartungen gut abgeschnitten: Mit 11,4 % in Mailand und 14,6 % in Turin ist Rifondazione dort nicht nur deutlich vor dem PDS geblieben, sondern in beiden Fällen zur zweitstärksten Partei hinter der Lega geworden. — (rok)

Frankreich: Widerstand gegen Ausländergesetz

In Frankreich formiert sich Widerstand gegen die Verschärfung des Ausländergesetzes durch die bürgerliche Regierung Balladur. Der Leiter des Einwanderungsamtes, Pierre-Louis Remy, ist zurückgetreten. Die Nationale Beratungskommission für Menschenrechtsfragen kritisiert ebenfalls die Regierung.

Die Regelungen, die den Erwerb der französischen Staatsbürgerschaft und die Einwanderung erschweren, seien schädlich für den sozialen Frieden. Gegen das neue Gesetz, das bisher erst in der Regierung beschlossen wurde und noch durchs Parlament muß (wo aber die bürgerlichen Parteien über eine große Mehrheit verfügen), wollen rund hundert Organisationen eine Aktionswoche mit Demonstrationen durchführen. — (alk)



Mit Warnstreiks und Protestkundgebungen wehren sich die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst in Belgien gegen Privatisierungspläne der Zentralregierung und der regionalen Regierungen. Am 19. Mai streikten die Beschäftigten der Verkehrsunternehmen in Ost-Flandern und Limburg gegen Privatisierungspläne für ihre Verkehrsunternehmen. Anfang Juni sollte in ganz Flandern gestreikt werden. Die Regierungen wollen die Verkehrsunternehmen inkl. Bahn zu sogenannten „autonomen“ regionalen Verkehrsunternehmen zusammenfassen, die „wie private Unternehmen“ geführt werden sollen, d.h. Streckenstilllegungen, Entlassungen, Lohnsenkungen. Bild: Protest von Brüsseler Postbeschäftigte gegen Privatisierung und Lohnsenkung bei den Postbetrieben. — (rül, Bild: Solidair)

Tarifflucht erfolgreich verhindert

Heilbronn. „Aufgrund des Verbandswechsels (vom VMI zum Groß- und Außenhandel) ist den Betriebsvereinbarungen die Geschäftsgrundlage entzogen, sind sie somit unwirksam.“ Mit dieser „Begründung“ wurden von der Geschäftsleitung von New Holland (ehemals Fiatgeotech) fast alle Betriebsvereinbarungen einseitig außer Kraft gesetzt. Vorausgegangen war Ende März eine gutbesuchte, ganztägige Betriebsversammlung. Von Betriebsrat und IG Metall wurden dort die Unterschiede zwischen den Tarifen in der Metallindustrie und im Groß- und Außenhandel ausführlich verglichen (Arbeitszeit: 38,5 statt 36 Std., geringeres Tarifeinkommen, kein Urlaubsgeld usw.).

Die Rechtsauffassung von IG Metall und Betriebsrat baute vor allem auf einen Schiedsspruch des DGB. Auf Antrag der IG Metall hat die DGB-Schiedskommission entschieden, daß nicht die HBV, sondern die IG Metall die zuständige Gewerkschaft ist. Dieser Rechtsauffassung wollte die Geschäftsleitung bis heute nicht folgen.

Am bundesweiten Aktionstag der IG Metall zum Streik in Ostdeutschland am 12. Mai wurde eine Kundgebung („Solidarität gegen Tarifvertragsbruch“) vor den benachbarten Betrieben Fiatgeotech und Drögmöller gemeinsam organisiert.

Der Betriebsratsvorsitzende von New Holland, Müllerschön, führte in seiner Kundgebungsrede vor dem Werkstor aus: „Wenn die IG Metall behauptet, daß der Tarifvertragsbruch in Ostdeutschland das bestehende und bewährte Tarifvertragssystem auch im Westen aushöhlen soll, dann sind wir bei Fiatgeotech alias New Holland das beste Beispiel für diese Tatsachenbehauptung... Es ist lange her, seit geltende Tarifverträge einseitig von Arbeitgebern gekündigt wurden, in Sachen Tarifvertragsbruch sage ich deshalb laut und deutlich: Wehret den Anfängen! Am halbstündigen Warnstreik und der Kundgebung beteiligten sich ca. 60 Leute von New Holland und 100 von Drögmöller. Der Betriebsrat beschloß im Mai einen unbefristeten Überstundenboykott, wohl wissend, daß dieser aufgrund der herannahenden saisonbedingten Mehrarbeitsphase im Servicebereich für Mährescher und Erntemaschinen einen gewaltigen Druck auf die Geschäftsführung bedeutet. Ende Mai blies die Geschäftsführung dann zum Rückzug. Die Anwendung der Tarife des Groß- und Außenhandels wurde rückgängig gemacht. Gegenüber der IG Metall erklärte die Geschäftsführung schriftlich, daß sie die Kündigung beim Arbeitgeberverband VMI rückgängig macht. — (N.H.)

Hamburg. Der Betriebsrat der Jungheinrich AG hat einen offenen Brief anlässlich der Morde in Solingen an Bundeskanzler Kohl beschlossen und auch im Betrieb verteilt. Darin heißt es unter anderem:

„... Von staatlichen Stellen verlangen wir jetzt keine gefühlvollen Worte, sondern das konsequente Verbot der politischen Betätigung aller rechtsradikalen und faschistischen Parteien und Organisationen. Das von diesen Gruppen verbreitete Gedankengut wie: „Das Boot ist voll!“ und „Ausländer raus!“ liefert die Rechtfertigungsgrundlage für Verbrechen, wie sie nicht nur in Mölln und Solingen, sondern auch durch unzählige Brandanschläge auf Flüchtlingsheime geschehen sind.“ — (hel)

Lohnabschluß Seehäfen: Reallohn nicht gehalten

Hamburg. Mit einem Schlichterspruch wurde der Lohnkampf im Bereich der deutschen Seehäfen mit einer Lohnhöhung von 3,55 Prozent bei 12 Monaten Laufzeit abgeschlossen. Damit war der von der Bundesarbeitskommission aufgestellte Mindestbetrag unter die Räder gekommen. Darüber hinaus war es seit Jahren üblich, daß von der ursprünglichen Forderung im Rahmen der Verhandlungen nicht mehr als ein Drittel aufgegeben werden darf. Bei einer 6,5 %-Forderung wäre das eine Vier vor dem Komma gewesen. Trotzdem muß festgestellt werden, daß die Hafenkapitalisten nicht mehr als 3,2 % zahlen wollten und erklärtermaßen deutlich unter der Preissteigerungsrate abschließen wollten. Das Ergebnis wurde im wesentlichen von den Hafenarbeitern akzeptiert.

tier, weil doch die seit der Forderungsaufstellung im November getätigten Abschlüsse in anderen Bereichen und die andauernde Pressehetze gegen höhere Lohnabschlüsse eine Wirkung hatten. — (obj)

30% Eigenbeteiligung bei Ausbildungsmaßnahmen

Karlsruhe. Seit dem 1. April müssen Leute, die eine vom Arbeitsamt geförderte Umschulung, Weiterbildung oder Fortbildung bei einem Schulungsinstitut antreten, 30 Prozent der Kosten dafür selbst bezahlen. Dies soll erst der Anfang sein, diskutiert wird eine „Eigenbeteiligung“ von 50 Prozent und mehr. Wer ohne ein gut gepolstertes Bankkonto soll das noch zahlen? Der Arbeitsamtsbezirk Karlsruhe ist von dieser Regelung drastisch betroffen. Durch die hohe Anzahl von geförderten Maßnahmen wurden mehr Gelder verausgabt als in anderen baden-württembergischen Großstädten. Der Etat soll jetzt schon bis 1995 ausgeschöpft sein.

— (Kommunale Berichte Karlsruhe, bi.)

Widerstand gegen Rechts, gerade im Wahljahr 1994

Essen. Am Tag der Demonstration in Solingen beteiligten sich rund 130 Leute am 5.6.1993 auch an der 16. Landeskonferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen NRW in der Essener Volkshochschule. Eröffnet wurde die Konferenz vom DGB-Kreisvorsitzenden aus Essen, es folgte ein Grußwort der Oberbürgermeisterin. Anschließend fand im Plenum eine kontroverse Diskussion um die dringendsten Konsequenzen aus dem Solinger Anschlag statt. Mehrheitlich verabschiedet wurde schließlich eine

Resolution, die die Forderungen nach dem sofortigen Verbot der Drahtzieher faschistischer Anschläge — gerade auch der FAP, DVU, NPD und REP — und nach der doppelten Staatsbürgerschaft und Wahlrecht für Ausländer bekräftigt. Darüber hinaus hält die Konferenz es für notwendig, auf einer möglichst breiten Grundlage gegen die Kandidatur faschistischer Organisationen zu den Wahlen im nächsten Jahr anzugehen und das Zusammenwirken rechtsradikaler und konservativer Kräfte zu stören. Die Vorbereitung einer solchen Kampagne war auch Thema in den acht Arbeitsgruppen, die stattfanden. Mittags fuhren die meisten Teilnehmer zur Kundgebung nach Solingen. Die Ergebnisse der Essener Konferenz werden veröffentlicht. Dazu gehört auch eine Resolution, in der die Stadtbibliothek von Essen aufgefordert wird, faschistische Literatur aus der öffentlichen Ausleihe zu nehmen. Bisher kann man dort u.a. Bücher von David Irving ausleihen. Die nächste Konferenz findet schon im Herbst statt. — (wof)

Städtische Beschäftigte „in Trauer“

Stuttgart. Zur letzten Gemeinderatssitzung am 27.5.93 konnten die Gemeinderatsmitglieder nur durch ein Spalier aufgebrachter städtischer Beschäftigter gelangen, einige CDU-Mitglieder und OB Rommel unter Buh-Rufen. Ca. 300 Angestellte und Arbeiter von den Ämtern und Abteilungen, die nach den Plänen des Gemeinderats von Stellenstreichungen betroffen sein werden, hatten sich in Trauerkleidung versammelt, um so ihren Unmut kundzutun. Wie hinterher bekannt wurde, erklärte sich OB Rommel bereit, mit dem Gesamtpersonalrat eine Vereinbarung zum Kündigungsschutz zu treffen. — (mok)

Streiks und Abschlüsse im West-Einzelhandel

Karlsruhe. Bei Redaktionsschluß lagen aus den Tarifbezirken in Baden-Württemberg (200000 Beschäftigte) und Berlin-West (80000 Beschäftigte) im Einzelhandel Tarifabschlüsse von je 3,3 Prozent und 100 DM für die Endstufe der Verkäufer/innen für 1993 und 1994 vor. In Berlin-West wurde zudem die bestehende Regelung über Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die Karenztag ausschließt, sowie gleiche Kündigungsfristen für Arbeiter und Angestellte vereinbart.

In Niedersachsen (230000 Beschäftigte) stimmte die DAG einem Abschluß von 3,3 Prozent mit einjähriger Laufzeit zu, die HBV lehnte ihn als „völlig unzureichend“ ab. Die HBV erklärte am Samstag in Niedersachsen die Verhandlungen für gescheitert. Wesentlich seien u.a. die Anhebung des Endgehalts für Verkäufer/innen auf 3000 DM noch in diesem Jahr sowie die Absicherung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

In den Tarifbezirken Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz setzte die HBV die Streikabstimmungen und die Warnstreiks fort. In Hamburg hatten über 90 Prozent, in Schleswig-Holstein in 50 Betrieben 96 Prozent der Mitglieder für Streik gestimmt.

In Hamburg begannen am Montag, 14.6., Streiks in Karstadt-Kaufhäusern und im Karstadt-Zentrallager Billbrook. Ab Mittwoch sollen die Streiks auf Karstadthäuser in der Innenstadt ausgedehnt werden. Am 18. Juni wird weiterverhandelt. In NRW wird am 14. Juni weiterverhandelt. Sollte am Montag dort kein akzeptables Angebot vorliegen, soll gestreikt werden.

Die Lage ist recht schwierig. Die Abschlüsse aus Baden-Württemberg und Berlin-West kamen für alle anderen Tarifbezirke überraschend. Mit den Abschlüssen in Baden-Württemberg und Berlin-West liegen für die übrigen Tarifgebiete des Einzelhandels und für alle anderen Branchen mit niedrigen Löhnen und Gehältern Lohnleitlinien vor. Im Einzelhandel sind davon 2,3 Millionen Lohnabhängige betroffen. In den Abschlüssen wurde keines der gesteckten Ziele in den Entgeltverhandlungen für dieses Jahr durchgesetzt: Statt 200 DM mehr für alle gibt es jetzt mit Erhöhungen in den unteren Einkommensgruppen von 63 bis 100 DM einen Abschluß unter der offiziellen Preissteigerungsrate von 4,4 %. Rund 2/3 der Beschäftigten sind Verkäuferinnen. Für sie hatte die HBV 3000 DM in der Endstufe (nach sechs Jahren) gefordert. Sie erhalten in diesem Jahr 3,5 % = 100 DM mehr (2960 DM). Dazu kommt noch, daß mit dem Abschluß über 3,3 % für 1994 bis zum April 1995 weitere Reallohnsenkungen

festgeschrieben sind. In Baden-Württemberg wurde ohne neue Regelung der Sonderzulagen, Zulagen, Karenztageregelung und Kündigungsfristen im Manteltarif abgeschlossen. Hier wird im September weiterverhandelt. Ein solcher Abschluß während der Ankündigungen der Bundesregierung, Karenztag und Pflegeversicherung einzuführen und Arbeitslosenversicherung, Rentenversicherung, Mineralölsteuer usw. zu erhöhen? Eine mehrjährige Laufzeit gab es seit Jahren im Einzelhandel nicht mehr. Dem Abschluß vorhergegangen war ein Angebot der Einzelhändler von je 2,3 % für 1993 und 1994, wogegen sich zahlreiche Warnstreiks richteten.

Daß mehr möglich war, zeigten die Angebote in Hamburg und in Bayern ebenso wie der Einzelhandelskonzern Lidl & Schwarz, der nach Warnstreiks die Einkommen um fünf Prozent ab 1. September '93 erhöht.

Das Tarifgebiet Hamburg (77000 Beschäftigte) sollte nach Vorstellungen der HBV als Leitegebiet fungieren. Hier hatten die Einzelhändler nach der erfolgreichen Urabstimmung und den ersten Streiks in der 7. Verhandlungsrunde Vorschläge wie 3000 DM für das Endgehalt der Verkäufer/innen ab 1.12.93 (eine der zentralen Forderungen der HBV), leicht verbesserte Angebote zum Urlaubsgeld ab 1995, ebenso zur Sonderzahlung (Weihnachtsgeld) und der Weiterführung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gemacht. Es war also „Bewegung“ in der Verhandlung. Dann kam der Abschluß Baden-Württemberg. Sofort zog die Unternehmerseite alle Angebote zurück und war nur noch zu einem Abschluß wie in Baden-Württemberg bereit. Ähnliche Angebote lagen in Bayern vor.

In Nordrhein-Westfalen (400000 Beschäftigte) und Bayern werden ebenfalls parallel zu den Einkommen Teile des Manteltarifs verhandelt. Auch hier geht es um wesentliche Lohnbestandteile wie Zuschläge, Sonderzahlung und Urlaubsgeld sowie um Kündigungsfristen und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Die Kapitalisten verlangten frech, daß die Zuschläge für Wochenendarbeit an Bahnhöfen und Flughäfen gestrichen werden. In Bayern verlangten sie zudem die Anrechnung der Krankheitszeiten auf Urlaubsdauer und Urlaubsgeld.

Der Abschluß aus Berlin-West, besonders aber aus Baden-Württemberg belastet. Es bleibt zu hoffen, daß in den anderen Tarifgebieten zumindest die zweijährige Laufzeit nicht abgeschlossen wird — und wenn, dann mit anderen Zahlen, der Erreichung der 3000 DM für Verkäuferinnen und der Absicherung von Lohnbestandteilen im Manteltarif. — (rub)

Armutsberichterstattung auf kommunaler Ebene gefordert

Goslar. Ende Mai hat der „Linke Dialog“ zu einer Veranstaltung zum Thema „Armut in Deutschland“ eingeladen, die mit mehr als 20 Teilnehmern recht gut besucht war. Als Referentin war Barbara Goebel vom DPVV Landesverband Niedersachsen eingeladen. Sie war an der Erstellung des ersten Armutsberichts („... Wessen wir uns schämen müssen in einem reichen Land!“) beteiligt, den der Paritätische Wohlfahrtsverband Ende 1989 in Ermangelung staatlicher Armutsberichterstattung vorgelegt hat. Ziel der Armutsberichterstattung ist die Analyse und Dokumentation von Armut und Unterversorgung sowie die Erstellung einer verlässlichen Datenbasis als Handlungsgrundlage für eine wirksame Armutsbekämpfung. Gegenwärtig wird ein zweiter Armutsbericht erstellt, der sich schwerpunktmäßig mit der Lage in den neuen Bundesländern beschäftigt.

Zum Jahreswechsel haben sich die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege sowie einschlägige Fach- und Selbsthilfeorganisationen zur Nationalen Armutskonferenz in der Bundesrepublik zusammengeschlossen. DGB und Kirchen nehmen als ständige Gäste teil. Diese Armutskonferenz versteht sich als Parallelorganisation zu den nationalen Armutsnetzwerken in den übrigen EG-Mitgliedsländern.

Die Zahl der Sozialhilfeempfänger hat sich in der „alten“ BRD im Vergleich

zum Jahr 1980 auf ca. 4 Millionen Menschen verdoppelt. 1,5 Millionen Haushalte können ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. 150000 Menschen sind obdachlos, 800000 leben in Notunterkünften. Barbara Goebel warf der Bundesregierung vor, durch Einschränkung von Sozialhilfeleistungen den drückenden Leistungsverpflichtungen des Staates entkommen zu wollen und durch Sparprogramme weitere Armutsschichten zu schaffen. Sowieso werden die Sozialhilfe, mit dem Anspruch geschaffen, den soziokulturellen Mindestbedarf sicherzustellen, diesem immer weniger gerecht.

Dem Armutsbericht liegt ein Lebenslagenkonzept zugrunde, das Armut nicht auf den Einkommensaspekt reduziert (Armutsgrenze 50 % des durchschnittlich verfügbaren Haushaltseinkommens), sondern Unterversorgungsbereiche wie Nahrung, Kleidung, Wohnung, Gesundheit, Bildung, Arbeitsbedingungen usw. mit einbezieht. Der Armutsbericht kritisiert niedrige Einkommen in unteren Lohngruppen und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse außerhalb der Sozialversicherungspflicht. Nur wer auf der Basis eines Normalarbeitsverhältnisses eine qualifizierte und gut bezahlte Tätigkeit ausübt und eine ununterbrochene Erwerbsbiographie aufweise, finde beim Eintreten allgemeiner Existenzrisiken ausreichenden Schutz. Durch die sich abzeichnende Aushöhlung

des Normalarbeitsverhältnisses werde das Fundament der Sozialversicherung zunehmend schmäler. Barbara Goebel wies auf den eklatanten Zuwachs der Quote der geringfügig Beschäftigten auf 9,0 Prozent in 1991 (knapp 3 Millionen) hin. Diese Zahl sei unter armutspolitischen Gesichtspunkten alarmierend. U.a. deshalb fordert die Nationale Armutskonferenz die Einführung einer existenzsichernden Grundsicherung.

Der Paritätische Landesverband hat im Herbst 1992 die niedersächsische Landesregierung aufgefordert, einen niedersächsischen Armutsbericht zu erstellen und an die Kommunen appelliert. ebenfalls derartig tätig zu werden.

Dies entspricht der Absicht des Linken Dialogs, der sich im Anschluß an diese Informationsveranstaltung darum bemühten will, weitere Fakten über die Armuts situation in den Städten und Gemeinden des Landkreises Goslar zusammenzutragen. Auf der Veranstaltung wurde die Unterversorgung an bezahlbarem Wohnraum in der Stadt Goslar (50000 Einwohner) angesprochen. Die Zahl der Wohnungssuchenden bewegt sich auf 2000 zu, während es Ende der 80er Jahre „nur“ einige Hundert waren. 70 Prozent sind einheimische Wohnungssuchende. Nach dem Sommer sollen Vorarbeiten für eine kommunale Armutsberichterstattung erfolgen. Es sollen Anfragen in den Kommunalparlamenten vorbereitet werden. — (mok)



Türkische „Graue Wölfe“ überfallen DIDF-Büro

Köln. Eine Gruppe von etwa 20, mit Schlagstöcken und Messern bewaffneten türkischen faschistischen „Grauen Wölfen“ überfiel am 12. Juni in Köln das Büro der türkischen antifaschistischen Organisation DIDF. Vier von 14 Personen, die sich während des Überfalls im Büro aufhielten, wurden verletzt, einer davon durch einen Messerstich in die Hand. An einem sofort organisierten Stadtteilfest nahmen am nächsten Tag etwa 300 Personen teil (Bild). Deutlich sichtbar hing dabei in der Öffentlichkeit das Transparent von DIDF: „Verbot aller faschistischen Organisationen“. — (rül)



Solingen. 20000 Teilnehmer kamen zu der Großdemonstration am Samstag, dem 5. Juni in Solingen. Bei der Abschlußkundgebung gelang es türkischen Faschisten, massiv zu provozieren; die Polizei machte Jagd auf Autonome. Trotzdem war die von einem breiten Bündnis getragene Aktion des „Solinger Appells“ die größte Aktion gegen die Welle faschistischer Anschläge. — (wof)

Teilerfolg im Handwerk Streik ausgesetzt

Kiel. Vier Tage vor dem zum 1. Juni angekündigten Streikbeginn haben sich Firmen in Schleswig-Holstein wieder zum Industrieverband Heizung/Klima/Sanitär Nord e.V. zusammengefunden. Sie machen der IG-Metall ein Verhandlungsangebot. In den 19 davon betroffenen Betrieben wurde vom 2. bis 4. Juni abgestimmt. Der Streik wurde vorerst ausgesetzt.

Das Verhandlungsergebnis: Die Löhne aller Beschäftigten werden ab dem 1. 1. 1993 vorab um 0,06 DM erhöht, darauf erfolgt ab 1. 1. 1993 eine Erhöhung von 6 Prozent (neuer Ecklohn = 19,08 DM). Zusammen 6,35 Prozent. Die Gehälter werden ab dem 1. 1. 1993 um 6 Prozent erhöht. Der Auslösungsatz wird ab dem 1. 1. 1993 auf 62 DM erhöht.

Die IG-Metall hatte 11,5 Prozent und einen Auslösungsatz von 65 DM gefordert.

In der Urabstimmung stimmten jetzt 78,8 Prozent für diesen Abschluß, 15 Prozent stimmten dagegen. Die IG-Metall hat den Handwerksfachverband in Schleswig-Holstein aufgefordert, die Abschluß Folge zu leisten. — (kag)

Oberbürgermeister verbietet Fest der Rep

Tübingen. Zwei Kreisverbände der Rep wollten am 6. Juni ein Sommerfest durchführen — es fand aber nicht statt. Der Oberbürgermeister hatte die zunächst genehmigte Veranstaltung untersagt: „Seit Erteilung der Erlaubnis haben sich die Verhältnisse infolge des Brand- und Mordanschlags am 29. Mai auf ein von Türken bewohntes Haus in

Solingen wesentlich geändert ... Es ist mit beträchtlichen, auch gewalttätigen Störungen zu rechnen ...“ Diese Entscheidung dürfte wesentlich durch die Protestaktionen nach dem Anschlag beeinflußt worden sein; mehrere tausend Menschen demonstrierten für eine Verhinderung der Rep-Veranstaltung.

— (aus: Kommunale Berichte Stuttgart)

Brennende Kerzen — eiskalte Köpfe

Marbach. Unter diesem Motto demonstrierten ca. 500 Antifaschisten am Montag, den 7. Juni gegen den Besuch von Innenminister Seiters. Er war dort zu einer CDU-Veranstaltung erschienen. Im Flugblatt der Organisatoren hieß es: „Wir demonstrieren heute gegen die Heuchelei der Biedermann und der Brandstifter, die mit Begriffen wie „Asylantenflut“, „Wirtschaftsflüchtling“ oder „Ausländerkriminalität“ ständig Öl ins Feuer gießen und sich dann von den Folgen entsetzt zeigen und es nicht gewesen sein wollen“. Auch in ihren Reden brachten alle zum Ausdruck: Die Brandspur führt nach Bonn. Die Regierungspolitik wurde scharf kritisiert.

Jutta Ditfurth, die wegen Erkrankung nicht persönlich ihren Redebeitrag halten konnte, ließ eine Grußadresse verlesen, in der sie unter anderem auch Teile der Ökologie-Bewegung angriff, die mit ihren Thesen zur Überbevölkerung der Dritten Welt auch Nährboden für rechte Auffassungen böten. Shahla Blum, im Stuttgarter Gemeinderat als Ausländerin mit deutschen Paß, rief dazu auf, nicht noch einmal mit Lichterketten den Regierenden aus ihrer politischen Verantwortung zu helfen. Keine Kundgebungen mehr mit Flammen, forderte sie. — (unb)

Verschärfster Druck auf minderjährige unbegleitete Flüchtlinge

Hamburg. Afghanistan: Die beiden Brüder, 9 und 13 Jahre, kommen von der Schule nach Hause. Ihr elterliches Wohnhaus ist zerstört, sie finden ihre Eltern nicht mehr. Von Bekannten erfahren sie, daß ihre Eltern nach Pakistan geflohen sind und von dort weiter in die USA wollen. Die Kinder sollen nachkommen. Auf der Flucht nach Pakistan verlieren sich die beiden Brüder. Von Fluchthelferorganisationen wird der Jüngere nach Prag gebracht. Und von dort weiter nach Hamburg. Nachdem er zwei Tage am Hauptbahnhof sitzt, wird er von einem Afghanen, der schon länger in Hamburg lebt, angesprochen und zu einer Jugendhilfeeinrichtung gebracht. Zwei Monate später kommt auch sein älterer Bruder hier an, da die Stellen in Prag den Aufenthaltsort seines Bruders inzwischen kannten. Der Internationale Sozialdienst bemüht sich, die Eltern der Kinder aufzufinden zu machen.

In Hamburg gab es im Dezember 1992 etwa 3000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (1989: 882, 1990: 1079, 1991: 1327). Zwei Drittel sind über 16, ein Drittel ist unter 16 Jahre alt. Die größte Gruppe bildeten lange Zeit kurdische Kinder türkischer Nationalität, inzwischen kommen die meisten aus verschiedenen Ländern Afrikas. Aber viele kommen auch aus Iran und Afghanistan.

In der Senatsdrucksache vom 9. 2. 93 wird festgestellt, daß Unterbringung und Versorgung der minderjährigen Flüchtlinge bisher nicht sichergestellt sind. 264 der unter 16-jährigen waren obdachlos, viele hatten ohne jegliche Betreuung nur Gutscheine für Hotels

und Pensionen. Wenn man erwartet, daß die reiche Stadt Hamburg mit dem SPD-Senat bei der Betreuung von minderjährigen Flüchtlingen die gesetzlichen Vorgaben zugunsten dieser besonders schutzbedürftigen Gruppe auslegt, so täuscht man sich. Der Senat sieht sich zwar gezwungen, die Kinder von der Straße zu bringen, und schafft bei verschiedenen freien Trägern Erstversorgungseinrichtungen. Aber wie die Bundesregierung vertritt der Senat, daß aus der UNO-Kinderrechtskonvention die minderjährigen Flüchtlinge keine subjektiven Rechtsansprüche herleiten können bezüglich ihrer Versorgung und Betreuung. Der Artikel 22 der UNO-Kinderrechtskonvention, die von der BRD nach hundert anderen Ländern endlich im November 1991 ratifiziert wurde, verpflichtet die BRD, minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen die Einreise und den Aufenthalt zu gewähren und sie u.a. in jugendhilferechtlicher Hinsicht wie Inländer zu behandeln. Den Rechtsanspruch der Kinder aus dieser Konvention wollte die Regierung mit einer Protokollnotiz, die bei der Ratifizierung verfaßt wurde, aushebeln. „Nichts in dem Übereinkommen kann dahin ausgelegt werden, daß die widerrechtliche Einreise eines Ausländer in das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland oder dessen widerrechtlicher Aufenthalt dort erlaubt ist; auch kann keine Bestimmung dahin ausgelegt werden, daß sie das Recht der Bundesrepublik Deutschland beschränkt, Gesetze und Verordnungen über die Einreise von Ausländern und die Bedingungen ihres Aufenthalts zu er-

lassen oder Unterschiede zwischen Inländern und Ausländern zu machen.“ Auf diese Protokollnotiz stützt sich der Senat ausdrücklich in der oben genannten Drucksache, obwohl Flüchtlingsorganisationen wie terre des hommes diese Protokollnotiz kritisieren (I). So soll das internationale Abkommen dem Ausländergesetz und dem Asylverfahrensgesetz untergeordnet werden, so daß Maßnahmen aus dem Kinder- und Jugendhilfegesetz den minderjährigen Flüchtlingen nur zustehen, wenn sie sich rechtmäßig oder mit ausländerrechtlicher Duldung in der BRD aufhalten.

Weiterhin unternimmt der Hamburger Senat folgendes, um die Ausgaben zu begrenzen: Die minderjährigen Flüchtlinge werden in zwei Gruppen geteilt: die unter 16-jährigen und die über 16-jährigen. Damit sollen teure Maßnahmen der Jugendhilfe und der schulischen Betreuung möglichst nur auf die unter 16-jährigen beschränkt werden. Ein Erziehungsbedarf für die 16- bis 18-jährigen bestehe nicht. „Wer eine so weite Flucht hinter sich bringen könne ...“ Sie sollen wie Erwachsene behandelt und dem allgemeinen Umverteilverfahren von Asylbewerbern auf alle Bundesländer unterworfen und in der Regel in Sammelunterkünften untergebracht werden. Kulturwechsel, traumatische Kriegs- und Fluchterlebnisse, Sprache, Ausbildung und Berufsorientierung machen auch bei Jugendlichen in diesem Alter Erziehungs- und Betreuungsmaßnahmen unbedingt nötig.

(I) Rechtsgutachten von Dr. Bertold Huber, Osnabrück September 1991 — (hao)



Streik im Kfz-Handwerk 35 Stunden verweigert

Kiel. In Schleswig-Holstein ist der Streik der Lohnabhängigen im Kfz-Handwerk (Streikbeginn war am 13. Mai) ausgeweitet worden. Insgesamt befinden sich jetzt über 350 Kfz-Handwerker in 28 Betrieben im Streik. Die Forderungen: 7,5 Prozent Lohnerschöpfung, die Einführung der 35-Stunden-Woche und die Verteilung der Arbeitszeit von Monat bis Freitag. Der Landesinnungsverband des Kraftfahrzeuggewerbes erhöhte nach 14-tägigen Streik sein Angebot von 3 auf 4 Prozent. Im Schreiben an die IG-Metall nannte der Verband seine Bedingungen: „Wir verknüpfen dieses Angebot damit, daß Sie die Forderung zur Arbeitszeitverkürzung zurückziehen.“ Der Kfz-Bundesverband hat eine weitere Arbeitszeitverkürzung zum Tabu erklärt und seine Regionalverbände auf diese Verweigerungsposition eingewichen.

Die IG-Metall weist in ihren Veröffentlichungen immer darauf hin, daß die Kfz-Handwerker keineswegs zu den Spitzenverdienern gehören. Um nur zwei Beispiele zu nennen: Ein Junge mit 21 Jahren bekommt einen Stundenlohn von 16,31 DM, was ein Bruttoverdienst von 2.612,86 DM ausmacht. Nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben verbleiben ihm 1.726,48 DM. Ein verheirateter Kfz-Handwerker mit zwei Kindern im Alter von 30 Jahren erhält einen Stundenlohn von 17,69 DM, was einen monatlichen Bruttoverdienst von

2833,93 DM ausmacht. Nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben verbleiben ihm 2.164,23 DM.

In Hamburg hat der Streik im Kfz-Handwerk mit 250 Beteiligten am 2. Juni begonnen. In einer Urabstimmung stimmten 78,5 Prozent für Kampfmaßnahmen. Nach einer Urabstimmung in 14 Betrieben streiken seit dem 8. 6. vier Betriebe in Baden-Württemberg. In weiteren 18 Betrieben finden noch Urabstimmungen statt. In Nordrhein-Westfalen sind die Urabstimmungen in 50 Betrieben bereits abgeschlossen. Der Streikbeginn ist noch für die 24. Woche geplant.

Mit verschiedenen Aktionen versuchen die streikenden Kfz-Handwerker in Schleswig-Holstein Druck auszuüben. In Kiel demonstrierten am 3. Juni 350 Metaller aus ganz Schleswig-Holstein vor dem Sitz des Verbandes des Kfz-Gewerbes in Kiel. Die Gewerkschafter hatten ein ausrangiertes Auto vom Schrottplatz mitgebracht. In der Kundgebung rief dann der IG-Metall-Verhandlungsführer Peter Wolf der Arbeitgeber an: „Ihre Politik ist wie dies Auto, nämlich einfach nur Schrott“. Am 10. 6. demonstrierten 950 Metaller aus Hamburg und Schleswig-Holstein gemeinsam vor dem Haus „Autohaus“ des Verhandlungsführers Grüning und forderten ihn auf, die Tabu-Politik aufzugeben und an den Verhandlungstisch zurückzukehren.

— (kag)

Die NPD-Verstrickung im Mölln-Prozeß steht bisher nicht zur Debatte

Schleswig. Am 17. Mai begann in Schleswig vor dem Oberlandesgericht der Prozeß gegen die mutmaßlichen Brandstifter und Mörder von Mölln, Michael Peters (25) und Lars Christiansen (19). Anders als vorhergegangene Prozesse zu Nazi-Gewaltverbrechen finden die Verhandlungstage, die den Tod von drei Türkinnen am 23. November 1992 aufzuklären sollen, ein starkes Echo in den Medien, das sich Anfang Juni, nach dem Brandanschlag von Solingen, noch einmal steigerte.

Parallel dazu laufen gegenwärtig noch zwei andere Prozesse in Norddeutschland, die mit dem von Schleswig in einer Beziehung stehen. Seit April läuft vor dem Schweriner Landgericht ein Prozeß gegen 12 junge Leute, die unter Anleitung der NPD-Kreisvorsitzenden von Lauenburg und Hagenow, Förster und Klasen, im Sommer 1992 ein Asylbewerberheim bei Boizenburg überfallen haben sollen. Der Prozeß gegen Förster ist abgetrennt worden. Gegen Klasen hat die Anklage 5 Jahre und drei Monate Haft beantragt. Mit Förster hat auch NPD-Mitglied Peters zusammengearbeitet.

Ein weiterer Prozeß begann jetzt in Lübeck, wo gegen 10 Jugendliche aus dem Raum Wittenburg, Mecklenburg, wegen zweier Brandanschläge vom September 1992 im Lauenburgischen verhandelt wird. Wegen dieser Anschläge wird auch gegen Peters in Schleswig

verhandelt. Seine Beteiligung hat er bereits zugegeben. Er wird von den Angeklagten als Führer bezeichnet. Auch Christiansen soll nach den bisherigen Ermittlungen dabei gewesen sein.

Zum bisherigen Prozeßverlauf in Schleswig ist zu berichten: Bis Mitte Juni fanden neun Verhandlungstage statt, an denen die beiden Beschuldigten zur Person und zur Sache gehörten, am Beginn der Beweisaufnahme standen danach die Zeugenvernehmungen der polizeilichen Vernehmungsbeamten. Bis Ende Juni ist der Prozeß terminiert.

Mit Prozeßbeginn zog auch der zweite Angeklagte, Peters, sein Geständnis zurück und klinkte sich in die Verteidigungsstrategie von Christiansen und seinem hochdotierten Anwalt Bossi ein. Dieser wollte seinen Mandanten als geschrauchtes Problemkind verkaufen, der sich bereits von der lokalen Skin-scene abgesetzt hatte und nur unter dem Ermittlungsdruck der Bundesanwaltschaft seine Täterschaft zugegeben hatte.

Als er mit verschiedenen Anträgen, die eine weitere Nutzung der Geständnisprotokolle verbieten sollten, vor Gericht nicht durchkam, zog sich Bossi medienwirksam und unter Revisionsdrohungen aus dem Verfahren zurück.

Der Verteidigung war es zeitweise gelungen, im Publikum Zweifel an der Täterschaft Christiansens zu wecken. Die-

ses u.a. auch deswegen, da einige Umgemeindtheiten bekannt wurden. So befanden sich z.B. Rasierklingen in Christiansens Zelle, mit denen er einen Selbstmordversuch verübt.

War es in vergleichbaren Verfahren bisher oft so, daß erst linke Prozeßbesucher versuchen mußten, eine Öffentlichkeit zu schaffen für mangelnden Verurteilungswillen der Gerichte und für menschenverachtende Ignoranz der beschuldigten Nazis, so haben sich die Vorzeichen in Schleswig umgekehrt: eine große Koalition aus Bundesanwaltschaft und dem ehemaligen Grünen-MdB Christian Ströbele als Anwalt der Nebenkläger arbeitet für die Bestrafung der mutmaßlichen Mörder, und die Weltresse schaut ihnen dabei auf die Finger.

So kam es bisher lediglich außerhalb des Verhandlungssaals zu einer Kundgebung am ersten Prozeßtag sowie einer Demonstration in der Schleswiger Innenstadt mit knapp 100 Teilnehmern, die womöglich selber noch ein gerichtliches Nachspiel haben wird: Gegen Ende des lautstarken Umzugs provozierten zwei Skinheads mit Reichskriegsflaggen; weil die reichlich anwesenden Ordnungshüter trotz Aufforderung diese verfassungsfestlichen Symbole nicht einziehen wollten, ergripen einige Antifa die Initiative.

Dafür gab es dann eine Festnahme wegen Diebstahls und einige Personenfeststellungen. — (mat, ale)

Kurz berichtet**Kritik an der Olympia-Bewerbung Berlins**

Berlin. Immer neue Olympia-Befragungen bringen immer mehr Befürworter zustande. Trotzdem gelingt es nicht, die Berliner Bevölkerung als begeisterte Olympiaanhänger darzustellen. Nach wie vor sind die Ostberliner mehrheitlich dagegen. Auch in den Betrieben regt sich Unmut, insbesondere gegen die verordnete Olympia-Beflaggung öffentlicher Gebäude. So hat ein Bezirksamt in Ostberlin die Beflaggung abgelehnt, ebenso eine Grundschule in Reinickendorf. Der Landesschulbeirat protestierte gegen die Abordnung von vier Lehrern zur Olympia GmbH; sie sollen auf Schul- und Sportfesten Olympia-2000-Artikel verkaufen.

An der Technischen Universität ließ der Präsident ein Transparent mit der Aufschrift „Heil Samaranch“ abhängen. Nach heftiger Debatte im Akademischen Senat wurde folgende Resolution mehrheitlich verabschiedet: „... sieht einen Zusammenhang zwischen den der TU auferlegten Sparwängen und den Bewerbungskosten für Olympia. Er hält Investitionen in den Bildungssektor jedoch für langfristig sinnvollere Maßnahmen im Hinblick auf die Perspektiven der Region Berlin/Brandenburg. Die TU Berlin ist deshalb nicht bereit, einen Sparbeitrag für Olympia zu leisten, sondern appelliert an die zuständigen Politiker, auf die Bewerbung für Olympia 2000 zu verzichten. Die TU Berlin wird sich nicht weiter an der Werbung für Olympia 2000, etwa durch Beflaggung mit den einschlägigen Flaggen, beteiligen.“ — (har)

Massenentlassungen bei der Reichsbahn?

In einem jüngst bekanntgewordenen Schreiben des Bundesrechnungshofes an das Bundesministerium für Verkehr vom März dieses Jahres heißt es u. a.: „Vor dem Hintergrund der sich drastisch verschlechternden Ertragslage der DR, ihres erheblichen Produktivitätsrückstandes gegenüber der deutschen Bundesbahn (DB) und bei gleichzeitig ansteigenden Personalkosten wäre es dringend notwendig, alle Möglichkeiten zu einem beschleunigten Personalabbau zu berücksichtigen. Dies geschieht nach unseren Feststellungen nicht. (...) Eine Beschleunigung des Personalabbaus wäre dringend erforderlich. Die Regierungskommission Bahn ging davon aus, daß die DR ihre Leistung mit rd. 7000 Mitarbeitern erbringen könnte, wenn ihr technischer Standard dem der DB entsprechen würde. (...) (Der Beschäftigungsstand der DR betrug zum Ende des Jahres 1992 174 000, der Verf.) Die gegenwärtig praktizierte Beschäftigungsgarantie behindert nach unseren Feststellungen eine Beschleunigung des Personalabbaus erheblich. Die DR nutzt im

Gegensatz zu allen anderen Verwaltungen die im Arbeits- und Tarifrecht sowie insbesondere im Einigungsvertrag festgelegten Möglichkeiten nicht, wegen fehlenden Bedarfs bzw. aus Rationalisierungsgründen überzähliges Personal ordentlich zu kündigen. (...) Der Einigungsvertrag bestimmt: Die ordentliche Kündigung eines Arbeitsverhältnisses in der öffentlichen Verwaltung ist auch zulässig, wenn

1. der Arbeitnehmer wegen mangelnder Qualifikation oder persönlicher Eignung den Anforderungen nicht entspricht oder
2. der Arbeitnehmer wegen mangelnden Bedarfs nicht mehr verwendbar ist oder
3. die bisherige Beschäftigungsstelle ersatzlos aufgelöst wird oder bei Verschmelzung, Eingliederung oder wesentlicher Änderung des Aufbaus der Beschäftigungsstelle die bisherige oder die anderweitige Verwendung nicht mehr möglich ist.“

Der Vorwurf des Rechnungshofs lautet auf Finanzierung verdeckter Arbeitslosigkeit. Der „Lösungsvorschlag“ lautet: Beschleunigte Personalfreisetzung. Quelle: Flugschrift der Kommunistischen Plattform der PDS und der DKP Berlin-Brandenburg. — (brr)

Hungerstreik beendet

Der Hungerstreik des PDS-Abgeordneten Klaus-Jürgen Dahler in Berlin-Hellersdorf gegen die Ignoranz des Berliner Senates wurde mit einem Teilerfolg beendet. Der Senat von Berlin mußte seine willkürliche getroffene Entscheidung zur Sperrung einer für den Stadtbezirk lebenswichtigen Straße zurücknehmen und gewährleisten, daß Notfahrzeuge die Strecke passieren dürfen. In seltener Einmütigkeit unterstützte die Bezirksverordnetenversammlung von Hellersdorf die Aktion des PDS-Mannes und setzte beim Bezirksamt und Senat ihre Forderung nach Aufhebung der Vollsperrung durch. — (abe)

Aussperrungen in ostdeutschen Kugellagerfabriken

Leipzig. Drei Wochen lang hat die Belegschaft der Leipziger Kugellagerfabrik ihre Geschäftsführung am Betreten des Betriebes gehindert und die Produktion ohne Management fortgesetzt. Diese Aktion gegen rund 700 ausgesprochene Kündigungen wurde zum Politikum. Vom Leipziger Oberbürgermeister Lehmann-Grube bis zum Sächsischen Wirtschaftsminister Kajo Schommer gaben sich die Besucher die Klinke in die Hand und versprachen den Beschäftigten Unterstützung in ihrem Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze.

Die Beschäftigten sehen in den Kündigungen zielgerichtete Bestrebungen, den Betrieb plattzumachen. Gekündigt wurden vor allem Spezialisten aus Vertrieb und Konstruktion, ohne die der Betrieb nicht lebensfähig ist. Auch wurde der Traditionsnname „DKFL“ immer nur als Zweitmarke gehandelt, (Siehe auch Bildmeldung) — (sta)

Seit dem 26. Mai ist die Geschäftsführung der Deutschen Kugellagerfabriken in Leipzig von der Belegschaft vor die Tür gesetzt. Mit dieser Aussperrung wollen die Beschäftigten die Rücknahme der Entlassungen von 700 Beschäftigten in den Betrieben Leipzig, Zella-Mehlis, Fraureuth und Mittweida erreichen. Die Produktion läuft planmäßig weiter. Die FAG Kugelfischer Georg Schäfer KGaA Schweinfurt hatte den Betrieb von der Treuhand gekauft und will jetzt per 1. Oktober die Belegschaft der vier Produktionsstätten von 2108 auf 1400 reduzieren. — (sta)



Berlin im Wandel — Probleme der Hauptstadt

Sein Mitte Mai liegt der Vorentwurf des Flächennutzungsplanes (FNP) für Berlin zur frühzeitigen Bürgerbeteiligung vor. Damit sind Fragen der Stadtentwicklung noch stärker als in den vergangenen Monaten in das Zentrum der politischen Auseinandersetzungen gerückt.

Schweinsgalopp mit dem Flächennutzungsplan

Wie abzusehen war, hat die Opposition den Vorentwurf heftig kritisiert: Abschied vom ökologischen Stadtumbau, Landschaftsplanung zur Drittklassigkeit verurteilt, Import andererorts gescheiterter City-Modelle, Flächenmissbrauch, die Beurteilungen des FNP seitens Bündnis 90/Grüne und PDS sind pauschal ablehnen.

Ungeachtet aller inhaltlichen Einwände versucht der Senat von Berlin, den FNP in einer Art Schweinsgalopp mit Scheuklappen (W. Lehmann Bündnis 90) zu verabschieden. Der Senat spricht das auch ganz offen aus. Der FNP darf nicht zu einem Wahlkampfthema werden. Seine Verabschiedung setzt eine breite politische Mehrheit voraus, diese ist mit der großen Koalition gegeben. Die Berücksichtigung von Bürgermeinungen scheint aus dieser Sicht auch fraglich. Der Entwurf ist das Kompromißpapier zwischen CDU und SPD. Veränderungen stellen den Kompromiß infrage.

Ist unsere Meinung denn wirklich gewünscht, ist denn auch eine der ersten Fragen in den Bürgerforen zum FNP vor allem in den Ostbezirken, in denen man mit Bürgerbegehren zu Mietpreisstoppen erst kürzlich bittere Erfahrungen machen mußte. Seit einem Jahr liegen hier die Listen mit der notwendigen Zahl von Unterschriften ohne Reaktion auf dem Tisch des Regierenden Bürgermeisters.

Bürger wollen Beteiligung

Die Bürgerbeteiligung an der Flächennutzungsplanung, vor allem in den Ostbezirken, ist dennoch groß, was kaum zu erwarten war. Dabei spielen nicht einmal die Konflikte die zentrale Rolle, die sich aus der Gesamtplanung für den einzelnen Kiez ergeben. Insbesondere die Verkehrsplanung ist das Feld, auf dem die heftigste Kritik geäußert wird und auf dem die vielfach gegensätzlichen Meinungen aufeinanderprallen. Die Erfordernisse des Autoverkehrs haben die Ausarbeitung des FNP bestimmt, ist der schwerwiegendste und berechtigste Kritikpunkt zur Planung, die in anderen Feldern durchaus Kriterien für eine wünschenswerte Stadtentwicklung folgt.

Allerdings sind Flächennutzungsplanung und Vorgaben zur Stadtentwicklung einerseits und tatsächliche Stadtentwicklung andererseits zwei verschiedene Dinge. Das zeigt sich nicht nur in der verbalen Hervorhebung des ÖPNV bei gleichzeitiger Initiierung eines gigantischen Straßenbauprogramms. Verbal wird auch eine polyzentrale Struktur befürwortet. Real werden durch die gigantomanischen City-Projekte und die Trassenführungen der neu zu errichtenden Autobahnen und Stadtstraßen die östlichen Außenbezirke von der Stadtentwicklung abgekoppelt. Die Stadt beginnt offensichtlich nach Vorstellungen des Senats nicht an der Stadtgrenze, sondern zehn Kilometer davon entfernt Richtung City.

Linke Opposition und Hauptstadtpläne

Die Debatte um konkrete Fragen der Flächennutzungen in Berlin verläuft vor dem Hintergrund der Kontroversen um die politische Gestaltung der Rolle Berlins als deutsche Hauptstadt und Regierungssitz. Diese Themen bestimmten auch den jüngsten Landesparteidag der PDS in Berlin am 30. April und 2. Mai. Der Landesvorstand hatte zwei Arbeitsgruppen mit der Vorbereitung von Anträgen zur Berlin-Politik beauftragt, die erwartungsgemäß in der Arbeitsphase keine Notiz voneinander nahmen und die Auseinandersetzung auf den Parteidag verschoben. Da zwar zwei verschiedene Arbeitsaufgaben hinter den Anträgen standen, die politischen Auffassungen der Arbeitsgruppen deutlich voneinander abwichen, entwickelte sich der Parteidag zu einer Auseinandersetzung

um das politische Profil der PDS, die wie inzwischen üblich nicht entschieden, sondern von den Delegierten auf den nächsten Parteidag vertagt wurde.

Dabei waren in beiden Anträgen durchaus wichtige Ansätze für eine sozialistische Oppositorpolitik in der Stadtentwicklung vorhanden, wodurch selbst die Redaktionskommission auf den abwegigen Gedanken kam, einen Konsens zu suchen.

Die Arbeitsgruppe um den Abgeordneten Harald Wolf bestimmt die Senatspolitik als einen Versuch, ein kapitalistisches Metropolenkonzept auf Berlin zu übertragen, eine Verkehrs-, Handels- und Dienstleistungsmetropole gegen einen ökologischen Stadtumbau zu errichten, die ihre Konkurrenz in Paris, Mailand und London findet. Die Dienstleistungsmetropole polarisiert die Menschen, hinsichtlich ihres sozialen Status, der Arbeit und der Wohnung. Verdänglungen der sozial Schwachen in die Außenbezirke, deren Abkopplung von der Entwicklung der Stadt, eine City-Gestaltung, die wenig Raum für urbanes Leben gibt, sind nur einige der Folgen. Die Konsequenz aus der Entwicklung kann für eine linke Opposition nur die Forderung nach sofortigem Umzugsstopp, der Rücknahme des Hauptstadtvertrages und einer Neentscheidung der Frage des Regierungssitzes per Volksentscheid sein.

Zentraler Gedanke der Arbeitsgruppe der früheren Vorsitzenden der Fraktion der PDS/LL im Abgeordnetenhaus, Gesine Lötzsch, dagegen ist, zwei politische Grundlinien, Berlin als Stadt ihrer Bürgerinnen und Bürger und Berlin als demokratische Metropole für Europa, durch konkrete Vorschläge miteinander zu verbinden, und so den Erwartungen der Wähler an die Politik der PDS zu entsprechen. Gesezt wird auf einen neuen politischen Willen, eine neue politische Beteiligungskultur und folglich auf das Ringen um neue gesellschaftliche Mehrheiten in der Stadt.

Die Chance, die sich mit beiden Ansätzen bot, die seit Gründung der PDS geführte, wenig fruchtbare Debatte um Radikal- oder Realopposition weiterzuführen, wurde denn auch genutzt. Allerdings, wie bereits gesagt, ohne Entscheidung.

Knappe Haushaltsplanung

Dabei ist die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Berlin alles andere als positiv zu bewerten. Den Bezirken und den Senatsverwaltungen wurde für die nächsten zwei Jahre ein Null-Haushalt verordnet, dennoch steht die Frage des haushaltswirtschaftlichen Ungleichgewichts im Raum. Die Forderung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Staffel nach massiver Erhöhung der öffentlichen Investitionen und damit nach Erhöhung der Neuverschuldung kann nur als Versuch des Umgangs mit einer solchen Situation interpretiert werden. Sparen will der Senat vor allem bei den Personalausgaben. Die Liste der Wegfallvermerke in den Stellenplänen wird so immer länger; die Privatisierung von Seniorenhäusern, Kinderheimen und Kindertagesstätten wird forciert. Letzteres bringt zwar kaum finanzielle Einsparungen, der Stellenabbau kann jedoch kaschiert werden.

Auch auf anderen Gebieten versucht der Senat, finanziellen Spielraum zu gewinnen. Ob eine dritte Grundmieten erhöhung durch die Bundesregierung vor den Bundestagswahlen für die neuen Bundesländer beschlossen wird, ist fraglich. Eher wahrscheinlich ist, daß diese undankbare Aufgabe an die Länder delegiert wird. Pflöcke für ein solches Herangehen werden schon mit dem Alt schulden-Gesetz eingerammt. Der Senat von Berlin hat nun bereits einen zusätzlichen Weg gefunden, um an weitere Gelder zu gelangen. Bekanntlich haben die in der DDR mit Staatsgeldern gebauten Wohnungen nicht den Status von Sozialwohnungen zugesprochen bekommen. Demzufolge, so die Überlegung des sozialdemokratischen Bausenators, könnte der Senat doch die in Berlin ortsüblichen Mieten fordern, selbstverständlich nur für die, die über ein entsprechendes Einkommen verfügen. Nach der Verdammung der Plattenbauten in Ostberlin werden diese nun als qualitativ hochwertiges Wohnen gehan-

delt. Mit diesem Herangehen werden nicht nur die Einnahmen kräftig erhöht, es wird auch der aufwendige Weg der Erhebung von Fehlbelegungsabgaben umgangen.

Demokratie in Frage gestellt

Der Druck, der über die Finanzen auf politische Intentionen ausgeübt wird, zeigt sich am deutlichsten im Umgang mit dem zweiten Arbeitsmarkt. Nach dem ABM-Stopp hing für viele Beschäftigte in ABM-Projekten ihre Existenz am Faden des § 249 h des AFG. Nach drei Monaten hat sich der Senat nach einer Sonderrunde beim Regierenden Bürgermeister nun auf Eckdaten geeinigt. Die Regelungen haben allerdings nicht nur für die Beschäftigten der Projekte, die nicht weitergeführt werden, einen bitteren Beigeschmack. Nicht nur, daß die in § 249 h enthaltenen Regelungen (90 % Gehalt oder 80 % Arbeitszeit) Einkommen schmälern, der Senat hat seine Zuschüsse ebenfalls pro Arbeitsplatz begrenzt. Das hat zur Folge, daß neben der großen Zahl von Arbeitslosen nun auch immer mehr Beschäftigte auf dem zweiten Arbeitsmarkt mit Niedrig einkommen leben müssen. Die von der Bürgermeisterin und Senatorin für Arbeit und Frauen favorisierte Umwandlung von ABM-Projekten in Sozialbetriebe hat sich inzwischen auf wenige Pilotvorhaben reduziert. Eine wirkungsvolle Mittelstandsförderung mit einem insbesondere von den konservativ-liberalen Parteien propagierten Zuwachs an Arbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt durch den Mittelstand ist in Berlin zur Zeit nicht zu finden. Bis auf wenige hilfreiche und sinnvolle Bundesratsinitiativen zur Mietpreisbegrenzung für Gewerbeimmobilien, die den Bundestag nicht oder wenn dann viel zu spät passieren werden, ist ein effizienter Wirtschaftsförderung lediglich das Flächenvorsorgeprogramm für verarbeitendes Gewerbe zu erwähnen. Da von der Wirtschaft in der nächsten Zeit kaum Impulse für eine Verbesserung der Beschäftigungs situation ausgehen können, werden die sozialen Probleme in Berlin zunehmen. Daß die CDU/SPD-Koalition in dieser Situation auf Hauptstadteffekte setzt und Interessen Berlins und seiner Bürger hinenansetzt, erscheint folgerichtig. Zumal dem Senat durch eine strukturpolitische Expertenkommission bestätigt bekommen hat, daß die Alternative zu einer „Normalentwicklung“ mit allen Effekten des Regierungssitzes nur die einer finanzschwachen Großstadt in einem wirtschaftsschwachen Umfeld sein kann. Endogene Potentiale für eine Wirtschaftsentwicklung, die auch für eine soziale und ökologische Modernisierung erforderlich sind, sind in Berlin nicht bzw. nicht mehr vorhanden.

Die politisch eigentlich relevante Frage ist gegenwärtig nicht die, ob Regierungssitz ja oder nein. Die Frage ist, in welchem Maße der Senat die Interessen der Berliner dem Wunsch nach einem schnellen Umzug unterordnet, inwie weit Interessen von Investoren Vorrang vor einer geordneten Stadtentwicklung gewinnen. Daß die CDU/SPD-Koalition des Senats mit dem Ziel der Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit Berlins gegenüber den anderen europäischen Metropolen braucht ein Gegenkonzept, das auf demokratische Mitwirkung aller bei der Gestaltung eines neuen Gesichts der Stadt setzt. In der gegenwärtigen Diskussion um den Flächennutzungsplan setzt vor allem die PDS ihr in Ost-Berlin vorhandenes organisatorisches und fachliches Potential für eine breite Bürgerbeteiligung ein. Was dabei fehlt, sind fundierte Leitbilder einer alternativen Stadtentwicklung. — (WF)

Information zum FNP

Der Flächennutzungsplan für Berlin wird als Vorentwurf des Senates vom 17.5. bis 28.6. in der Friedrichstraße 104 (nahe S-Bahnhof Friedrichstraße) vorgestellt. Die Informationstelle ist geöffnet: Montag-Freitag von 11-19 Uhr, Donnerstag von 11-19 Uhr und Samstags von 11-14 Uhr. Weitere Informationen sind über die Bezirksämter bzw. bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz zu erfragen.

Ostdeutscher Standpunkt: Paragraph 218 — Frauensache?

Die vom Bundesverfassungsgericht zur Modifizierung des § 218 gefällte Entscheidung reiht sich in eine Reihe reaktionärer und restriktiver Maßnahmen ein, die in jüngster Zeit in diesem Lande getroffen wurden.

Der enge politische Zusammenhang zwischen Beschniedung von Grundrechten, Sozialabbau, Asylrechtsänderung und Bundeswehreinsatz außerhalb der NATO wird von den oppositionellen und linken Kräften nur ungenügend in gemeinsamen Aktionen gegen einen Rückfall in die Verhältnisse der Weimarer Republik reflektiert. Statt dessen funktioniert die „Salamitaktik“ der Herrschenden bestens, weil Betroffenheit und Aktionen sich auf einzelne Frauen reduzieren. Bisher ist offensichtlich keine politische Kraft in der Lage, den stattfindenden Rechtsruck zu bremsen und den Widerstand zu bündeln.

Das Ansehen gegen den § 218 wird weitgehend als Angelegenheit der Frauenebung verstanden, ebenso wie die Neufassung des Grundgesetzes in Bezug auf die Gleichstellung der Frauen.

Ich möchte daran erinnern, wie umstritten die Quotierung auch unter den Linken ist. — Können wir ernsthaft erwarten, daß Bundesverfassungsgericht, Bundestag oder Regierung menschengerechte Entscheidungen treffen, wenn Frauen fast ausgeschlossen sind? Und können wir etwas fordern, dem wir selbst nur unwillig nachkommen?

Wir leben in einer Welt, die von den Moral- und Wertvorstellungen der Männer geprägt ist. Dabei geht es letztlich schlicht und einfach ums Geld. Wer es hat, braucht keine Moral. Wer es nicht hat, dem ist nicht einmal selbstbestimmte Sexualität erlaubt. Auch Familienplanung hat ihren Preis. Die Zeiten der kostenlosen Verordnung von Kontrazeptiva sind ohne erkennbaren Widerstand der DDR-Frauen (und Männer!) vorbeigegangen. Nun ist die nächste Etappe erreicht, und es finden sich reichlich Leute, die einen kostenpflichtigen Schwangerschaftsabbruch befürworten. Seltsam nur, daß die gleichen Menschen nicht verlangen, daß die Kriegsspiele in Somalia von denen bezahlt werden, die ihnen zustimmen.

Ich habe mich über 20 Jahre lang ganz

bewußt entscheiden können, ob und wann ich Kinder haben wollte. Und ich habe vier Kinder. Der Älteste wird bald gemustert und seine Entscheidung, nicht zur Bundeswehr zu gehen, steht fest. Ich habe nie bereut, die Fristenregelung in der DDR für mich nicht in Anspruch genommen zu haben. Aber ich wollte auch nie einen Soldaten in die Welt setzen und hoffte auf eine bessere, friedlichere Welt für meine Kinder. Es gab schon die Diskussion, ob man angesichts der Atomkriegsgefahr und der ökologischen Probleme Kinder haben sollte. Aber es gab in der DDR nie ernsthaft die Frage, ob man sich Kinder leisten kann. Bekanntmaßen war nicht alles Gold, was glänzt, und es war nicht immer einfach vier Kinder großzuziehen, auch in materieller Hinsicht nicht. Aber es war möglich, Beruf und Mutterschaft besser zu vereinbaren als heute, und das Wecken und die Befriedigung kultureller Bedürfnisse meiner Sproßlinge weit weniger kostenintensiv.

Das größte Verdienst der Fristenlösung in der DDR bestand unzweifelhaft darin, daß Frauen eigenverantwortlich über ihre Schwangerschaft entscheiden konnten. Niemand, der als Arzt den Schwangerschaftsabbruch vorgenommen hat, wurde als Mörder diffamiert. Sehr wohl wurden auch die konservativen Wertvorstellungen diskutiert, die die Entscheidungen des BVG geprägt haben. Aber jede Frau, jede Familie hat letztlich ihre eigene Entscheidung ohne Zwangsberatung getroffen.

Das Urteil des BVG ist nicht für uns Ostdeutsche ein Rückfall in eine längst vergangene geglaubte Epoche, sondern auch eine Verurteilung der in einigen alten Bundesländern bereits liberaleren Praxis des Schwangerschaftsabbruches nach der Indikationsregelung.

Eine solche Verschärfung gab es schon einmal — nach der Machtergreifung Hitlers — der Führer brauchte Soldaten.

— (Petra Uther-PDS/Berlin-Hellersdorf)



Was verbirgt sich hinter der Sekte ZEGG?

Immer mehr Sekten versuchen, in gesellschaftlichen Kreisen bis hin zu Universitäten Fuß zu fassen. Allein in Berlin sollen inzwischen ca. 400 Sekten und sektenähnliche Verbündungen tätig sein, deren Wirken z. T. bis weit in linke Kreise geht.

Eine dieser Sekten ist das ZEGG (Zentrum für experimentelle Gesellschaftsgestaltung). Sie versuchen, Menschen mit gesellschaftlich relevanten Themen wie Humanismus, Ökologie und „Freie Sexualität“ anzulocken, um sie dann für ihre strategischen und kommerziellen Zwecke zu missbrauchen. Das Ziel von ZEGG ist dabei, „Neue Formen des Zusammenlebens und ein neues Konzept für die Liebe“ zu entwickeln. In ihrem politischen Manifest heißt es dazu: „Sex und Liebe ist das unlöste Thema Nummer eins.“ Ihrer Ansicht nach ist dieser Umstand für jegliche Art von Krieg, Elend und ökologischer Katastrophe ursächlich. So ist im ZEGG-Info 4/92 zu lesen: „Der reale Hunger in den Trikontländern wird nicht beseitigt werden, solange der Hunger nach Liebe in Europa und Amerika nicht gestillt ist.“

Um diesen Hunger zu stillen, hat sich das ZEGG eigens ein 15 ha großes Grundstück für 2,15 Mio. DM in Belzig (ca. 60 km südöstlich von Berlin) gekauft. Dabei haben sie sich nicht gescheut, noch 600.000 DM aus dem Aufbauprogramm Ost einzusacken, mit der fadenscheinigen Begründung, 50-60 Arbeitsplätze zu schaffen. Tatsache ist jedoch, daß sie gerade mal 2-3 Menschen aus der Region eingestellt haben. Alle anderen „Arbeitsplätze“ werden von eigenen Sektenmitgliedern aus dem Westen in Anspruch genommen. Dieses mit einem Zaun umgebene Anwesen ist zugleich Koordinationspunkt und ideologisches Schulungszentrum. Regelmäßige Referenten an dieser, wie aus ihren Publikationen hervorgeht, ZEGG-Universität sind u. a. der Sexualwissenschaftler Ernst Bornemann, der Findhorn-Gründer Peter Caddy und Bernd Senf, der seit Jahren an der FHW in Schöneberg Vorlesungen über Wilhelm Reich hält. Zusätzlich werden an der ZEGG-Uni kostspielige „Schnupperwochenenden“ mit verschiedenen Workshops angeboten, sie dienen sowohl als wichtige Einnahmequelle (ein Wochenende ca. 300 DM pro Person) wie auch als ideologische Wegbereitung zur angeblichen sexuellen Freiheit.

Wie lukrativ dieses Unternehmen ist, zeigt schon allein die Tatsache, daß laut ZEGG für 1993 mit 20000 Übernachtungen gerechnet wird. Weitere Projekte und Einahmeketten, die von dem konzernartig organisierten ZEGG unterhalten werden sind:

- Projekt Meiga — wurde 1978 von Duhm gegründet, dazu gehört das Eros-Projekt Casa Las Piteras
- Meiga 3000 — hier geht es um die Gründung einer Stadt von ca. 20000 Menschen, die als weltweites Pilotmodell fungieren sollen.
- Verlag Meiga — dort erscheint Grundlagenliteratur von D. Duhm, S. Lichtenfels u. a.
- Jetz e.V. — Jugend entwickelt Zukunft — hiermit sollen junge Menschen an ZEGG gebunden werden
- Aktion Perestroika e.V. — gegründet unter dem Vorwand, Initiativen in der Ex-UdSSR zu unterstützen, hier wird aber nur Geld für die Sekte gesammelt
- Forschungsschiff Kairo — hier soll versucht werden, Kommunikation mit Delphinen aufzunehmen
- Casa Las Piteras — ist die „Erotische

Akademie“ auf Lanzerote

- Sex-Peace — bekannt geworden durch sexuellen Mißbrauch von ErzieherInnen an Kindern (vor allem in Köln)
- Haven artica — zur Rettung der Arkis auf spirituellem Wege
- Theatergruppe „Die Unerlösten“
- Brezelvertrieb Friedelstr. 27 in Neukölln
- Ökotec GmbH Seydelstr. 27 in Berlin-Mitte.

Alle diese bisher bekannten Organisationen werden vom ZEGG aus gesteuert und koordiniert. Auch im ideologischen Bereich genießt das ZEGG den alleinigen Führungsanspruch. Dabei fungiert Dieter Duhm als Visionär, Sabine Lichtenfels regiert im Bereich Spiritualität & Eros, Sten Linnander ist Chef des Arktis Projekts und Dolores Richter Leiterin der ZEGG-Uni in Belzig.

Auffallend ist hierbei, daß alle oben genannten bis auf D. Richter sowohl ideologisch wie personell in der Tradition der AAO-Kommunen (Aktionsanalytische Organisation) stehen. Deren Führer Otto Muehl wurde 1991 zu 7 Jahren Haft wegen Kindesmißhandlung verurteilt. Sowohl in der AAO als auch im ZEGG gehören „Freie Sexualität“ und „Selbstdarstellung“ zu den Eckpfeilern ihrer Ideologie. Wie reaktionär mit solchen populistischen Themen umgegangen wird, bzw. wie sie benutzt werden, um Menschen zu instrumentalisieren und sie psychisch abhängig zu machen, soll im folgenden aufgezeigt werden.

Auf der einen Seite werden diese Menschen durch die kostspieligen Seminare (siehe oben) materiell ausgebeutet, auf der anderen Seite wird die psychische Abhängigkeit dadurch erreicht, daß Menschen zum Zwecke ihrer „Selbstdarstellung“ sich in die Mitte

Kreisgebietsreform von der CDU durchgedrückt

Mit den Stimmen der CDU-Mehrheitsfraktion beschloß der Sächsische Landtag am 25. Mai die lang diskutierte und umstrittene Kreisreform. Aus bisher 48 Landkreisen und fünf kreisfreien Städten werden am 1. August 1994 23 Landkreise und 7 kreisfreie Städte.

Damit es keinem der bisherigen CDU-Mitstreiter schlecht geht, wurde mit der Reform auch gleich über die Weiterverwendung der freigesetzten Landräte und Beigeordneten per Gesetz entschieden. Die Landräte können für sieben Jahre in einer leitenden Beamtentätigkeit in den beteiligten Landkreisen eingestellt werden.

Die bisherigen Kreisstädte erhalten für ihren Statusverlust fünf Jahre lang eine zusätzliche Finanzspritzte.

Kernproblem war gegen Ende der zwei Jahre geführten Diskussion, daß nicht mehr logische, sondern machtpolitische Gesichtspunkte entschieden. Entgegen aller Logik wurde die Kreisreform vor einer beabsichtigten Gemeindegebietsreform in Gang gesetzt.

Der Sächsische Innenminister rechnet erst einmal das Positive auf: „In den nächsten fünf bis sechs Jahren werden wir ungefähr 2000 bis 2500 Stellen abbauen. (...) Damit werden — legt man die unterste Lohnstufe zugrunde — 130 Millionen Mark jährlich gespart.“

Den Standpunkt der Fraktion Linke Liste — PDS im Sächsischen Landtag legte Dr. Michael Friedrich dar. Im folgenden geben wir diesen Beitrag gekürzt wieder. — (sta)

Kreisstrukturen sind Jahrhundertwerke, wenn sie gut funktionieren und von den BürgerInnen angenommen werden. Das war eine große Chance, die jedoch verloren wurde. Die LL-PDS lehnt die Bezeichnungswahl zu den neuen Kreisstrukturen als völlig ungenügend ab. Das Reformvorhaben ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt politisch gescheitert, damit auch kurzfristig nicht reparabel.

Erklärtes Hauptziel der Kreisgebietsreform sollte die Schaffung annähernd gleichwertiger Lebensräume und damit die nachhaltige Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen sein. Durch das Zusammenlegen von Kreisen bzw. Teilen von ihnen sollten größere

Planungs-, Entwicklungs- und Verwaltungsräume geschaffen werden, die sich in dem Sinne als lebensfähig erweisen, als sie die Ausprägung der kommunalen Selbstverwaltung Freiheit und Gestaltungsmöglichkeiten lassen, den Erfordernissen einer modernen technisch hochentwickelten Kommunikationsgesellschaft gerecht werden, die ehrlichen Gefühle der Landsmannschaftlichen Verbundenheit und der Heimatliebe der Menschen achten und — dies wirklich als letztes — auf eine effiziente Verwaltung hinwirken. All diese Ziele, die letzten davor ausgefallen, daß Planung und Verwaltung den Menschen dienen müssen und nicht umgekehrt, hat die LL-PDS von Anfang an unterstützt und tut dies nach wie vor.

Fatal ist: Im Entwurf des Gesetzes stehen die richtigen Ziele und die richtigen Kriterien, die bereits bei Vorlage des ersten „Denkmodells“ vom Juni 1991 noch allgemein anerkannter Anspruch waren. Was jedoch nach der nunmehr fünften Modellvariante und unsäglichem, für die BürgerInnen kaum mehr nachvollziehbaren parteiegoistischen Hickhack herausgekommen ist und unter Mißbrauch der CDU-Mehrheit im Innenausschuß festgeklappt wurde, entspricht — von wenigen Ausnahmen abgesehen — keineswegs mehr den ursprünglichen Zielen und Kriterien.

Es gibt einige wenige positive Ausnahmen, bei denen sich teilweise auch eine erfolgreiche Zusammenarbeit und ein freiwilliges Zusammengehen in den letzten Monaten gestaltet hat, etwa in den künftigen Kreisen Sächsische Schweiz, Muldentalkreis, auch Mittweida, Freiberg, Weißenitzkreis, Delitzsch und anderen. Das sind aber nur maximal acht der zukünftig angedachten 23 Landkreise. In mindestens zehn bis zwölf neu zu bildenden Landkreisen beträgt die Vorbereitungsrate — wohl besser: die Ablehnungsrate — nach Bevölkerungsanteilen zwischen 33 % im Westerzgebirgskreis bis hinauf zu 80 % wie z. B. in Dresden, Meißen oder im Vogtland. Das widerspricht der Demokratie, und ein solches Ergebnis stellt eine Karikatur auf das dar, was mit der Kreisgebietsreform eigentlich erreicht werden sollte.

der Vergabe und des Entzugs von Privilegien aufrechterhalten wird“ (Contraste 7/8, 92).

Wieweit das ZEGG auch in faschistischen Kreisen tätig wird, zeigt die persönliche und ideologische Nähe zu dem bekannten Ökofaschisten Rudolph Bahro. Dieser fordert unter anderem einen „Grünen Adolf“ und die Rückkehr zum spirituellen Reichtum des Nazifaschismus. Er hat seit etwa einem Jahr einen Lehrstuhl an der Berliner Humboldt Universität. In seiner Vorlesungsreihe „Neue Politeia“ hat er unter anderem D. Duhm und S. Lichtenfels eingeladen. Sie sollten zu dem Thema „Auf dem Weg in eine neue Kultur: Gestaltungsformen für Sexus, Eros, Liebe“ referieren. Doch durch den Druck verschiedener Gruppen und massiver Öffentlichkeitsarbeit wurde ihr Auftritt durch die Präsidentin der Humboldt Uni untersagt (Umbrüche Nr. 5/6/93, Artikel von Peter Kratz).

Nichtsdestotrotz sah sich Bahro dazu genötigt, sich und das ZEGG von allen gegen sie erhobenen Vorwürfen freizusprechen. Nach wie vor ist das ZEGG für ihn das beste Beispiel für eine funktionierende, alternative, humane Subsistenzwirtschaft.

Das Erschreckende ist daran, daß Sekten wie das ZEGG, wenn sie nicht auf genügend Gegenwehr stoßen, an Universitäten ein Forum für ihre Propaganda erhalten. Schon allein die Tatsache, daß Menschen wie Bahro einen von öffentlichen Geldern finanzierten Lehrstuhl erhalten, ist ein Skandal.

Weitere Informationen: Antifaschistische Initiative Moabit AIM, Postfach 210 235, 1000 Berlin 21
AG Sekten vom ASTA der FU Berlin, Kiebitzweg 23, 1000 Berlin 32
Pfarrer Thomas Gandow, Heimat 27, 1000 Berlin 37

Quellen: Flugblatt AIM, Contraste 7/8 92, verschiedene ZEGG Publikationen, Flugblatt Freie ArbeiterInnen Union (FAU), Kassel — (pag)
Nachdruck aus: Frontblatt 6/93

Der „erste Schritt in der Arbeitervision“ (ist) die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie“, heißt es im Manifest der Kommunistischen Partei von 1848. Jedoch seit langem schon ist die Vorstellung verbreitet, daß Sozialdemokraten für Demokratie, nicht für wirklichen Sozialismus, die Kommunisten für den Sozialismus, aber nicht für richtige Demokratie eintreten würden.

Die SED-Bibel „Wörterbuch des wissenschaftlichen Kommunismus“ bestätigt nur diesen Eindruck, denn weder sind dort Menschenrechte erwähnt, noch gibt es Stichwörter für Freiheit, Emancipation oder Unterdrückung. Demokratie erscheint als „sozialistische Demokratie“, von der es dort heißt: „Sie ist der höchste Typ der politischen Demokratie, den die Geschichte kennt. Durch sie werden die formale bürgerliche Demokratie überwunden und erstmals die reale Volksherrschaft verwirklicht ... Voraussetzung und höchster Ausdruck der sozialistischen Demokratie ist die Verwirklichung der wachsenden Führungsrolle der marxistisch-leninistischen Partei.“ (1)

Sozialistischer Vater Staat

Die SED-Herrschaft in der früheren DDR ließ sich nur unter Vergewaltigung der Vernunft als Verwirklichung wahrer Demokratie ausgeben. Gegenüber dem heutigen China machen Sinologen und „Chinawatchers“ viel Aufhebens von der Feststellung, daß politische Strukturen und politisches Denken im sozialistischen China stark vom Konfuzianismus und der Tradition des Kaiserhofes beeinflußt sind. Daß der chinesische Kaiser ein „Mandat des Himmels“ gehabt habe, entsprach ungefähr der europäischen Vorstellung vom Gottesgnadentum des Herrschers. Anders als in der europäischen Geschichte billigten die chinesischen Gelehrten den Bauern jedoch ein Recht auf Revolution zu, falls der Kaiser und sein Beamtenapparat besonders korrupt waren. Dann fiel das himmlische Mandat in die Hände von aufständischen Bauernführern, die eine neue Kaiserdynastie begründeten. Sie stürzten den Kaiser, aber nicht den Kaiserturon.

Patriarchalisch Denken durchdringt heute noch öffentliches und privates Leben in China. In den Familien werden Kinder nicht mit ihrem Namen, sondern mit der Rangfolge ihrer Geburt gerufen, die ihren Einfluß in der Familie begründet: großer Bruder, große Schwester, zweiter Bruder, zweite Schwester, dritter Bruder usw. In vielen Fällen entscheiden Eltern noch über Hochzeitspartner ihrer Söhne und Töchter. Die Bezeichnung „Kind“ wird frühestens mit der Eheschließung abgelegt. Selbst für 30jährige ist es nichts Ungewöhnliches, wenn sie in der Öffentlichkeit als „Kinder“ bezeichnet werden, vor allem, wenn es sich um Frauen handelt.

In der Armee-Zeitung schrieb kürzlich ein Kommentator: „Als China noch feudalistisch war, bezeichneten einfache Leute die Beamten als ihre „Eltern“. Sie hatten die Macht von Halbgöttern und kleinen Kaisern und trafen lebenswichtige Entscheidungen für ihre Untertanen genau wie Eltern gegenüber ihren Kindern. Zu meinem Erstaunen haben auch heute noch viele Leute dieselbe Vorstellung. Einige Zeitungen haben sogar Kolonnen eröffnet, die zum Beispiel heißen: „Städtische Beamte — unsere Eltern“. Statt sich wie Eigentümer des Staates aufzuführen, sollten sich die Beamten auf den verschiedenen Verwaltungsebenen des Staates besser wie Dienstleister des Volkes verhalten.“ (2)

Mit der Feststellung, daß politische Strukturen und Gewohnheiten im Feudalismus wurzeln, ist nicht viel an Analyse gewonnen. Diese Sinologen tun so, als stammten die westlichen Regierungsformen aus dem Jahr 1945. Die europäischen Parlamente gehen auf alte Aristokratieversammlungen zurück und haben bisher wenig von ihrer Volksferne verloren. Die Büttel, Schergen und Lakaien, der ganze Beamtenstand stammt aus der Zeit des europäischen Absolutismus, und noch immer haben diese „Staatsdiener“ soviel Privilegien, aber auch so wenig Freiheiten, daß sie als botmäßiges Werkzeug jeder Regierung dienen. Dieselbe Beamtenchaft folgte Hitler bis zum letzten Atemzug und diente anschließend herüber Adenauer

Wer herrscht in China? Kommunismus und Demokratie

und Erhard und drüben Ulbricht und Honecker. Das deutsche Offizierskorps schließlich geht auf das mittelalterliche Ritterheer zurück und bewahrt immer noch so sehr seine Sonderexistenz gegenüber der Gesellschaft, daß sein Vordasein und seine Tätigkeit sorgsam aus den Zeitungsspalten ferngehalten werden.

Sowohl in der absurd Theorie von der „realen Volksherrschaft“ in der DDR wie bei den vordemokratischen Verhältnissen in China fallen Kommunismus und Demokratie auseinander. Allerdings führen Rückschlüsse von den politischen Verhältnissen in der DDR auf das heutige China fast immer in die Irre: In der DDR war auf Seiten der Obrigkeit wie bei den „Untertanen“ die Situation eher schlimmer als in China: Die Macht der SED war von außerhalb, von Moskau aus, begrenzt, was die Machtkontrolle von Seiten der Bevölkerung nur erschwerte. Und die DDR-Bevölkerung bewahrte besonders brav ihren preußischdeutschen, nationalsozialistisch geformten Untertanengeist.

In China dagegen fürchten die Parteoberen „ihr“ Volk um so mehr, als sie einerseits nicht mit der Intervention sozialistischer Panzer drohen können, und andererseits viele Chinesen noch eine anarchische Spontaneität besitzen, die nicht davor zurückschreckt, unliebsame Entscheidungen der Parteiführung dadurch unwirksam zu machen, daß die lokalen „Volksdiener“ verprügelt werden. Viele Dekrete und Bestimmungen in China gelten wie die Verkehrsregeln nur in Sichtweite der Vorgesetzten.

Friedrich Engels definierte einmal einen „Staat mit despatischer Regierung“ als den Staat, der „frei gegenüber seinen Bürgern ist“ (3), so daß die Bürger dem Willen der Regierung schutzlos ausgeliefert sind. Nach diesem Kriterium war die SED-Regierung mindestens so despatisch wie das heutige China.

Einige Schlaumeier verfielen auf die Idee, allen Ländern, die nicht ihrem Demokratieverständnis entsprachen, den sozialistischen Charakter abzusprechen. Entweder ist das nur ein Streit um Worte oder diese Leute glauben, Staatsformen wälzen sich im Gleichschritt zusammen mit den Eigentumsverhältnissen um, und jede Produktionsweise würde jeweils nur einen bestimmten Staatsotyp zulassen. Lenin sprach sogar von der Möglichkeit, „daß im Kommunismus nicht nur das bürgerliche Recht eine gewisse Zeit fortbesteht, sondern sogar auch der bürgerliche Staat — ohne Bourgeoisie!“ (4)

Die blutige Niederwerfung der Protestbewegung von 1989 konnte im Ausland den falschen Eindruck erwecken, die Macht der chinesischen Kommunisten stütze sich hauptsächlich auf Panzer und Angst. Solange die chinesische KP erfolgreich die wirtschaftliche Rückständigkeit Chinas beseitigt und den Lebensstandard hebt, hat sie die Unterstützung der großen Mehrheit, auch wenn niemand daran zweifeln kann, daß die gleiche Mehrheit mit den politischen Verhältnissen unzufrieden ist. In einer Umfrage von 1992 unter 50000 chinesischen ArbeiterInnen äußerten 77 Prozent die Ansicht, daß „politische Demokratie die Wirtschaftsentwicklung fördere“. (5)

Parlamentarismus . . .

Als zu Beginn die europäische Arbeiterbewegung darum stritt, ob sie eine eigene Partei benötige, hing die Antwort davon ab, ob die ArbeiterInnen und Lohnabhängigen sich auf den wirtschaftlichen Kampf beschränken sollten oder nicht. War diese Frage geklärt, mußten die politischen Ziele der Arbeiterpartei benannt werden. Solange Bismarck und preußischer Despotismus in Deutschland herrschten, wurden von Bürgerlich-Radikalen wie von SozialistInnen fast die gleichen parlamentarischen Rechte gefordert. In seiner Kritik des sozialistischen Gothaer Programms von 1875 verspottet Marx das als „die alte weltbekannte demokratische Litanei: allgemeines Wahlrecht, direkte Gesetzgebung, Volksrecht, Volkswehr etc.“

... Es sind lauter Forderungen, die, soweit nicht in phantastischer Vorstellung übertrieben, bereits realisiert sind ... Diese Sorte „Zukunftsstaat“ ist heutiger Staat, obgleich außerhalb „des Rahmens“ des Deutschen Reiches existieren.“ (6)

Die 3. parlamentarische Republik in Frankreich bezeichnete Marx als ein „anonymes Zwischenreich, in dem alle die verschiedenen Fraktionen der herrschenden Klasse miteinander konspirierten zur Unterdrückung des Volkes, und gegeneinander, jede zur Wiederherstellung ihrer eigenen Monarchie“. (7) Die moderne zentralisierte Staatsmacht entwickelte sich nach Marx „zu einem Treibhaus für kolossale Staatsschulden und erdrückende Steuern und wurde vermöge der unwiderstehlichen Anziehungskraft ihrer Amtsgewalt, ihrer Einkünfte und ihrer Stellenvergebung der Zankapfel für die konkurrierenden Fraktionen und Abenteurer der herrschenden Klassen“. (8) Die parlamentarische Kontrolle der Regierung war dabei die „direkte Kontrolle der besitzenden Klassen“. (9) „Wenn ... die parlamentarische Republik (die 3. Republik in Frankreich, wb) die Staatsform war, die die Fraktionen der herrschenden Klasse am wenigsten trennen, so eröffnete sie dagegen einen Abgrund zwischen dieser Klasse und dem ganzen, außerhalb ihrer dünn gesäten Reihen lebenden Gesellschaftskörper.“ (10)

Wenn der Parlamentarismus für Marx und Engels nicht das politische Ziel der Arbeiterbewegung sein konnte, müssen sie dazu eine Alternative gesucht haben. Sind sie die geistigen Väter der kommunistischen Parteiherren?

1891 beendete Engels die Einleitung zur deutschen Ausgabe des „Bürgerkriegs in Frankreich“, der marxistischen Analyse der Pariser Kommune aus dem Jahr 1871, mit den Worten: „Der sozialdemokratische Philister ist neuerdings wieder in heilsamen Schrecken geraten bei dem Wort: Diktatur des Proletariats. Nun gut, ihr Herren, wollt ihr wissen, wie diese Diktatur aussieht? Seht euch die Pariser Kommune an. Das war die Diktatur des Proletariats.“ (11)

... oder Rätedemokratie

Was war die Pariser Kommune? „Die zerschlagene Staatsmaschinerie wurde also von der Kommune scheinbar „nur“ durch eine vollständigere Demokratie ersetzt: Beseitigung des stehenden Heeres, vollkommene Wählbarkeit und Absetzbarkeit aller Amtspersonen ... Die mit dieser denkbaren größten Vollständigkeit und Folgerichtigkeit durchgeföhrte Demokratie verwandelt sich aus der bürgerlichen Demokratie in die proletarische ... Es ist immer noch notwendig, die Bourgeoisie und ihren Widerstand niederzuhalten ... Aber das unterdrückende Organ ist hier schon die Mehrheit und nicht, wie dies bisher immer ... der Fall war, die Minderheit der Bevölkerung. Wenn aber die Mehrheit des Volkes selbst ihre Bedrücker unterdrückt, so ist eine „besondere Repressionsgewalt“ schon nicht mehr nötig! In diesem Sinne beginnt der Staat abzusterben. Anstelle besonderer Institutionen einer bevorzugten Minderheit (privilegiertes Beamtenamt, Offizierskorpse des stehenden Heeres) kann das die Mehrheit selbst unmittelbar besorgen, und je größeren Anteil das gesamte Volk an der Ausübung der Funktionen der Staatsmacht hat, um so weniger bedarf es dieser Macht.“ (12)

Und in seiner Einleitung von 1891 warnt Engels auch speziell vor allen späteren Stalinisten, Trotzkisten und Realsozialisten, wenn er betont: „daß diese Arbeiterklasse (in der Pariser Kommune, wb), um nicht ihrer eignen, erst eben eroberten Herrschaft wieder verlustig zu gehen, einerseits alle die alte, bisher gegen sie selbst ausgenutzte Unterdrückungsmaschine beseitigen, andererseits aber sich sichern müsse gegen ihre eigenen Abgeordneten und Beamten, indem sie diese, ohne alle Ausnahme, für jederzeit absetzbar erklärt.“ (13) (Hervorhebung von wb)

Trotz der eindeutigen Stellungnahmen von Marx und Engels in dieser Frage

blieb die politische Alternative Parlamentarismus oder Rätedemokratie in der europäischen Arbeiterbewegung unklar. In der deutschen Sozialdemokratie ergriff Bernstein um die Jahrhundertwende offen für den Parlamentarismus Partei und erhielt auf Grund der langen relativ friedlichen Entwicklungsperiode des Kapitalismus trotz anfänglicher heftiger Ablehnung immer mehr Anhänger in der SPD. Nach seiner Meinung sollten die Lohnabhängigen die politische Macht in Parlamentswahlen gewinnen und den Kapitalismus per Parlamentsentscheid abschaffen. Gleichzeitig entwickelten sich bürokratische Vorstellungen vom sozialistischen Staat, für die die ArbeiterInnen zwar zu Revolutionssoldaten taugten, aber zu „ungebildet“ waren, um Staatstätigkeiten auszuüben.

Die heute bekannteste Gegnerin Bernsteins, Rosa Luxemburg, verteidigte zwar illegale und spontane Kampfformen der Arbeiterbewegung, stellte aber dem Reformismus vor allem Revolutionspathos entgegen und konnte daher keine Übergangsforderungen angeben, die der Arbeiterbewegung auf dem Weg zur Macht schrittweise Erfolge ermöglicht hätten. In ihrer Programmrede (14) zur Gründung der KPD 1918/19 beruft sie sich ausdrücklich auf die politischen Forderungen des Kommunistischen Manifests von 1848, nicht auf die Kommune und den „Bürgerkrieg in Frankreich“, als wäre in den dazwischenliegenden 23 Jahren nichts dazugelernt worden.

Innerhalb der kommunistischen Bewegung wäre der Gedanke der Arbeiterselbstverwaltung auf Einzelpersonlichkeiten wie Gramsky oder Karl Korsch beschränkt geblieben, wenn nicht Lenin in den Revolutionsmonaten von 1917 das Buch „Staat und Revolution“ als politisches und wirtschaftliches Programm der kommenden sozialistischen Revolution geschrieben hätte. Darin wurde die vollständige marxistische Staatstheorie wieder hergestellt.

Heute ist in jedem Schulbuch nachzulesen, daß Lenin erst mit der Lösung „Alle Macht den Räten“ die Oberhand in der Oktoberrevolution gewann, aber anschließend die Grundlagen für die kommunistische Parteiherren in der Sowjetunion legte. Nicht in den Schulbüchern steht jedoch, daß Lenin selber ein ganz klares Bewußtsein darüber hatte, daß er gezwungen waren von den richtigen Prinzipien der Rätedemokratie abwich. In den „nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“ von 1918 spricht er z.B. von so einer „Abweichung von den Prinzipien der Pariser Kommune und jeder proletarischen Macht“ (15) und fordert für den Sowjetstaat wenigstens eine „vom ganzen Volk getragene Rechnungsführung und Kontrolle von unten“. (16)

Kurz vor seinem Tod zieht Lenin in seinem Schreiben an den 12. Parteitag ein düsteres politisches Resümee: „Unser Staatsapparat ist ... zum größeren Teil ein Überbleibsel des Alten, an dem nur zum geringeren Teil einigermaßen ernsthafte Veränderungen vorgenommen worden sind. Er ist nur äußerlich leicht übertrügt worden, im übrigen aber stellt er etwas ganz typisch Altes aus unserem alten Staatsapparat dar.“ (17) Also keine vollständigere Demokratie, keine umfassendere Beteiligung der Werktagen an den Staatstätigkeiten, keine Kontrolle der Beamten und Abgeordneten von unten!

Lenin und die russische Revolution wurden von westlichen Kritikern mit den gleichen Vorwürfen überhäuft wie später Mao Zedong und die VR China: Ihre Länder seien nicht reif für den Sozialismus gewesen. Darauf hatte Lenin im Jahr 1923 geantwortet: „Wenn zur Schaffung des Sozialismus ein bestimmtes Kulturniveau notwendig ist ..., warum sollten wir dann nicht damit anfangen, auf revolutionären Wege die Voraussetzungen für dieses bestimmte Niveau zu erringen und dann schon ... vorwärtschreiten und die anderen Völker einholen.“ (18)

Diese Rechtfertigung von 1923 ist auch das Programm der chinesischen Kommunisten von 1993. Aber es wäre für die spätere UdSSR wie für das heutige China zutreffender gewesen, wenn Lenin statt „auf revolutionären Wege“ geschrieben hätte: „auf despotischem Wege“.

Das Dilemma einer sozialistischen Revolution in einem rückständigen, vom Kapitalismus noch nicht entwickelten Land beschrieb Lenin so: „Uns mangelt es ebenfalls an Zivilisation, um unmittelbar zum Sozialismus überzugehen, obwohl wir die politischen Voraussetzungen haben.“ (19)

Als einen Ausweg schlug er im gleichen Text vor, die „Arbeiter- und Bauerninspektion“, das letzte wirksame rätedemokratische Kontrollorgan der UdSSR, mit der Parteiführung zu verschmelzen und damit deren Aufgaben faktisch auf die Partei zu übertragen. Von da an wurde der sowjetische Staatsapparatur in zunehmendem Maße nur noch von der kommunistischen Partei kontrolliert. Lenin, der Theoretiker der Rätedemokratie, wurde zum Vater der kommunistischen Parteiherren.

Die kommunistische Parteiherren in der Sowjetunion wie in China ist die einzige mögliche Regierungsform zu einer Zeit, wo die Rückkehr zur bürgerlichen Republik, zum Kapitalismus, nicht mehr gewollt, aber das Fortgehen zum entwickelten Sozialismus, zur Rätedemokratie noch nicht möglich ist. Sie ist die Regierungsform einer bürokratischen sozialistischen Planwirtschaft auf rückständiger wirtschaftlicher Grundlage mit dem Ziel, „vorwärtszuschreiten und die anderen Nationen einzuholen“.

Fälscher Stalin . . .

Was für Lenin eine bittere Notlage war, machten Stalin und alle seine „realsozialistischen“ Nachfolger zu ihrer Tugend. Schon wenige Wochen nach Lenins Tod benutzte Stalin dessen Worte, der unter Berufung auf Marx geschrieben hatte: „Die Kommune ist die von der proletarischen Revolution endlich entdeckte Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollzieht“ (2) und fälschte diese Feststellung in seinem Sinne so ab: „Die Republik der Sowjets ist also jene gesuchte und endlich gefundene politische Form, in deren Rahmen die ökonomische Befreiung des Proletariats, der vollständige Sieg des Sozialismus erreicht werden muß. Die Pariser Kommune war die Keimzelle dieser Form. Die Sowjetmacht ist ihre Entwicklung und Vollendung.“ (21)

Das bedeutete, daß nicht mehr die Pariser Kommune, eine Arbeiterregierung in einem entwickelten kapitalistischen Land, das Modell für den proletarischen Staat abgegeben soll, sondern die rückständige Sowjetunion, die nicht genügend Zivilisation besaß, um direkt zum Sozialismus überzugehen!

Indem die Kontrolle der Staatsmacht auf die Partei übertragen wurde anstelle auf die Masse der werktätigen Bevölkerung, verwandelte sich die kommunistische Partei der Sowjetunion aus einer freiwilligen Selbstorganisation der Arbeiterschaft in ein über der Arbeiterschaft und der Gesellschaft stehendes Machtkörper. Die sowjetischen Kommunisten verwandelten sich aus Organisatoren der Arbeiterbewegung, die immer auf freiwillige Zustimmung der ArbeiterInnen angewiesen waren, in bürokratische Machthaber, in Herren über die Arbeiterschaft und alle anderen Werktagen.

. . . und seine Erben

Die spätere Kritik Trotzkis an der Politik Stalins verfestigte nur dieses schreckliche Dogma von der kommunistischen Parteiherren als einzige und beste sozialistische Staatsform, denn Trotzki trat zwar für Demokratie in der Partei, aber nicht im Staat ein. Er war wie Stalin prinzipiell davon überzeugt, daß politische Freiheit im Kapitalismus unmöglich, im Sozialismus aber unnötig sei.

Zwar konnte das ebenfalls rückständige China mit Erfolg die Russische Revolution und die UdSSR zum Vorbild nehmen, aber in den entwickelten kapitalistischen Ländern des Westens mußte dieser Staatstyp nicht nur für Kapitalisten abschreckend wirken. Der Begriff „Diktatur des Proletariats“ genet so in Verzug, daß ihn immer mehr Arbeiterparteien aus ihrem Programm strichen.

In die vormaligen kapitalistischen Länder Osteuropas wurde der despotische Kommunismus mit sowjetischen Panzern exportiert. Es ist wenig verwunderlich, daß er zusammengeschrumpft ist. Viel-

Zusammenarbeit von BWK und PDS in Hamburg

Die Delegiertenkonferenz des BWK hatte im März über die Entwicklung der Zusammenarbeit mit der PDS beraten und festgestellt, daß die „Anerkennung von Landesverbänden des BWK als Arbeitsgemeinschaften bei den entsprechenden Landesverbänden der PDS eine erfreuliche Perspektive böte“. Der Arbeitsausschuß der PDS/Linke Liste Hamburg faßte in der Folge einen Beschuß, in dem er eine solche Verbindung des BWK Hamburg mit der PDS/Linke Liste Hamburg begrüßte; eine Mitgliederversammlung der PDS/LL stellte mit großer Mehrheit fest, daß der Anerkennung des BWK Hamburg als Arbeitsgemeinschaft nichts im Wege stehe.

Am 5. Juni hat nun die Mitgliederversammlung Hamburg des BWK beschlossen, sich mit der Arbeitsgemeinschaft BWK in der PDS/LL – Mitglieder des BWK in der PDS/LL hatten diese Arbeitsgemeinschaft nach dem Beschuß der PDS-Mitgliederversammlung gebildet – zur Arbeitsgemeinschaft Bund Westdeutscher Kommunisten bei der PDS/LL Hamburg zu verschmelzen. Für den Beschuß stimmten sechzehn Mitglieder, dagegen drei, ein Mitglied nahm an der Abstimmung nicht teil. Damit wird entsprechend der Satzung des BWK die Urabstimmung eingeleitet, die den Beschuß bestätigen muß, damit er in Kraft treten kann.

Die Gespräche zwischen BWK und PDS/LL Hamburg haben noch nicht alle Fragen abschließend geklärt, in denen heiderseits Klärungsbedarf besteht. Die Mitgliederversammlung hat die „Satzung der Vereinigung“ als Grundlage der weiteren Diskussion und der endgültigen Beschlusssfassung nach der Urabstimmung ohne Gegenstimme gebilligt. Trotz bestehender unterschiedlicher Auffassungen darüber, ob der Landesverband Hamburg des BWK die enge Verbindung mit der PDS/Linke Liste eingehen soll, besteht große Einmütigkeit über die politischen Zwecke und Aufgaben, die wir weiterhin gemeinsam verfolgen wollen. Dafür die PDS/Linke Liste Hamburg diese Zwecksetzung respektiert, macht die Verbindung – wenn die Urabstimmung sie bestätigt – überhaupt erst möglich. – (scc)

Satzung der Vereinigung

§ 1 Name und Sitz

(1) Die Vereinigung führt den Namen „Bund Westdeutscher Kommunisten bei der PDS/LL Hamburg“ und hat ihren Sitz in Hamburg. Ihr Tätigkeitsgebiet ist das Bundesland Hamburg. (Sie ist in das Vereinsregister einzutragen. Nach der Eintragung wird dem Namen der Zusatz e. V. beigefügt.)
(2) Die Vereinigung ist gemäß dem Statut der PDS und der Landessatzung der PDS/Linke Liste Hamburg eine Arbeitsgemeinschaft in und bei der PDS/Linke Liste Hamburg.

§ 2 Zweck und Aufgaben

(1) 1. Die Vereinigung setzt sich die Aufklärung politischer Wirkungszusammenhänge der bürgerlichen Gesellschaft zum Ziel.

Die entwickelte bürgerliche Gesellschaft, die durch extreme ökonomische und gesellschaftliche Ungleichheit der Menschen gekennzeichnet ist, schließt große Bevölkerungsgruppen von der Mitwirkung an den öffentlichen Angelegenheiten faktisch aus, beraubt sie ihres Rechts auf Selbstbestimmung, entfremdet ihnen Arbeit, Arbeitsprodukte und Leben. Die Vereinigung unterstützt die Bestrebungen jener Bevölkerungsgruppen, die durch soziale Stellung, durch politische und ideologische Diskriminierung unterdrückt sind, aktiv am politischen Leben teilzuneh-

men. Sie sieht in den artikulierten Interessen der arbeitenden Klassen, in den Erkenntnissen und Zielvorstellungen, die diese aus der Kritik ihrer Lage gewinnen, eine wesentliche Grundlage emanzipatorischer Politik.

2. Linke Programm- und Grundsatzdiskussion, auch und gerade die wissenschaftlich geführte, lebt von Beiträgen, die aus konkreten Erfahrungszusammenhängen gewonnen wurden. Die Vereinigung will, wie zuvor der Parteiverband BWK HH, weiterhin politische Erfahrungen verbindlich und öffentlich verarbeiten und nachvollziehbar machen. Zu diesem Zweck beteiligt sie sich auch an der BWK-Bundesdelegiertenkonferenz und wirkt bei der Erarbeitung von Positionen mit, die auf den in der Sammlung „Standort des BWK in der Programmdiskussion“ veröffentlichten Positionen aufzubauen und die ebenfalls dort veröffentlicht werden sollen.

3. Die Vereinigung sieht ihre besondere Aufgabe in theoretischer, publizistischer und Bildungsarbeit. Sie legt großen Wert auf die Selbstbetätigung aller jener, die im bürgerlichen Medienbetrieb stets nur als Objekte vorkommen und denen das herrschende Bildungswesen und ihre soziale Stellung den Zugang zur Entfaltung ihrer Fähigkeiten sperren. Sie legt ferner großen Wert auf die Selbstäußerung (schriftliche Verständigung) all jener, die gegen Unterdrückung Widerstand leisten, weil der Dialog zwischen den verschiedenen sozialen und politischen Widerstandsbewegungen unverzichtbar ist und weil keine Erfahrung verlorengehen darf.

In ihrer theoretischen, publizistischen und Bildungsarbeit sucht die Vereinigung die Zusammenarbeit und kritische Auseinandersetzung mit anderen Richtungen, die sich zur Begründung sozialistischer und überhaupt emanzipatorischer Politik herausgebildet haben und durch politische Praxis ausgewiesen sind.

4. Die Vereinigung beteiligt sich an der Formulierung praktischer politischer Ziele. Dabei tritt sie dafür ein, daß sich sozialistische Politik in ihrer ganzen Breite, im Zusammenwirken unterschiedlicher sozialer Kräfte, weltanschaulicher Strömungen und historischer Erfahrungen in einer Partei im Sinne des Parteidengesetzes entwickeln kann.

Aufgrund der emanzipatorischen Zielsetzung der PDS, aufgrund der programmatischen und statuarischen Sicherung innerparteilicher, organisierter Meinungsvielfalt und aufgrund tatsächlich vorhandener Pluralität verfolgt die Vereinigung ihre Ziele in organisatorischer Verbindung mit der PDS, als AG der PDS, und tritt für die Mitarbeit ihrer Mitglieder wie auch anderer sozialistischer Kräfte in der PDS ein.

Für die gesamte Tätigkeit der Vereinigung ist die Einsicht von großer Bedeutung, daß die Hierarchie des Lohnsystems eine beständige Quelle von Diskriminierung ist. Die Herrschaft des Eigentums über die Arbeit führt zu einer Ordnung von Vorgesetzten und Untergebenen, zu einem System abgestufter Kompetenzen in der Organisation der Arbeit, wobei der Lohn in der Regel um so niedriger ist, je geringer die Einflußmöglichkeiten der Lohnabhängigen auf die Gestaltung des Arbeitsprozesses sind. Die Vereinigung verfolgt das Ziel der Emanzipation der Arbeit und läßt sich dabei von der Überzeugung leiten, daß diese keine nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, die Solidarität, theoretisches und praktisches Zusammenwirken der emanzipatorischen Bewegungen in allen Ländern erfordert.

Soziale Befreiung oder Diskriminierung – in diesem Gegensatzpaar sieht sie einen grundlegenden Maßstab zur Beurteilung praktischer politischer Schritte, in der BRD wie in den internationalen Beziehungen. Soziale Befreiung ist Selbstdurchsetzung. 5. In der Auseinandersetzung mit dem politischen System der BRD setzt die Vereinigung den Grundsatz von Einwohnerrechten gegen die völkerliche Bestimmung der bürgerlichen Rechte, den Grundsatz uneingeschränkter, materiell gesicherter individueller und kollektiver Rechte gegen Diskriminierung jeder Art; den Grundsatz der Selbstverwaltung gegen politische Entrichtung und die Tendenz zu zentralisierender Gleichschaltung;

den Grundsatz der Gewaltenteilung gegen die Tendenz zu Diktatur, zum Ausweichen insbesondere der staatlichen Exekutive.

(2) Hieraus ergeben sich insbesondere folgende Aufgaben:

1. Die Vereinigung unterstützt die Beteiligung ihrer Mitglieder an den sozialen und politischen Widerstandsbewegungen.
2. Die Vereinigung beteiligt sich an der Formulierung politischer Ziele, an der Auseinandersetzung mit der Politik der Bundesregierung und des Hamburger Senats und insbesondere an der Erarbeitung von Wahlprogrammen und an der Wahlkampfführung im Rahmen der PDS/LL Hamburg.

3. Sie beteiligt sich an der Meinungsbildung im Rahmen der BWK-Bundesdelegiertenkonferenz.

4. Sie pflegt und entwickelt die gewachsene Zusammenarbeit mit Organisationen, die sich als antifaschistisch, antimilitaristisch, antiimperialistisch verstehen und die sich im Konflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital bewußt auf die Seite der Lohnarbeit stellen.
5. Sie führt Bildungsveranstaltungen durch. Dabei geht es ihr um eine kritische Verarbeitung von Themen, wie sie durch das gemeinsame Studium von Menschen unterschiedlicher linker Richtungen erleichtert wird.

6. Sie beteiligt sich an der Herausgabe der *Lokalberichte Hamburg*.

7. Sie unterstützt, insbesondere durch ihre Beteiligung am GNN-Verlag, emanzipatorische Veröffentlichungstätigkeit.

8. Sie stellt zur Durchführung dieser Aufgaben nach ihren mobilisierbaren Kräften ideelle und materielle Mittel zur Verfügung.

9. Sie arbeitet nach dem Grundsatz der Selbstfinanzierung.

§ 3 Mitgliedschaft, Aufnahme, Austritt

(1) Mitglied der Vereinigung kann werden, wer das Statut anerkennt und einen Beitrag zahlt.

(2) Der Eintritt erfolgt durch Eintrittserklärung gegenüber einem Organ der Vereinigung. Die Mitgliedschaft wird gültig, sofern der Vorstand der Vereinigung nicht Einspruch einlegt. Die Einspruchsfrist beträgt vier Wochen. Die Entscheidung über einen Einspruch fällt die Mitgliederversammlung.

(3) Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschuß oder Tod.

(4) Der Austritt eines Mitglieds erfolgt durch seine schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand der Vereinigung.

(5) Ein Mitglied, das mit der Zahlung des Mitgliedsbeitrages vier Monate im Verzug ist, wird durch den Vorstand gemahnt.

Wenn das Mitglied zwei Monate nach Erhalt der Mahnung nicht gezahlt hat, wird es von der Mitgliederliste gestrichen.

(6) Ein Mitglied kann ausgeschlossen werden, wenn es vorsätzlich, grob und anhaltend gegen die Satzung oder den Satzungszweck der Vereinigung verstößt. Über Anträge auf Ausschuß entscheidet die Mitgliederversammlung, wenn

– der Antrag die Unterschrift von mindestens 15 % der Mitglieder trägt,

– sechs Wochen vor der MV beim Vorstand eingegangen ist,

– der Vorstand dem Betroffenen (ggbf. einem von diesem gewählten Beistand) Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben hat.

Der Vorstand ist verpflichtet, zu dem Antrag und der Stellungnahme des Betroffenen ein Votum abzugeben. Der Ausschuß wird wirksam, wenn eine 2/3-Mehrheit der MV dafür stimmt.

§ 4 Rechte und Pflichten der Mitglieder

(1) Jedes Mitglied hat das Recht, Arbeitsvorschläge vorzuschlagen, Mittelzuweisungen im Haushalt zu beantragen und für Beteiligung zu werben.

(2) Jedes Mitglied hat das Recht, am Meinungs- und Willensbildungsprozeß der Vereinigung teilzunehmen, insbesondere dadurch, daß es

– sich an der Mitgliederversammlung und allen von der Vereinigung durchgeführten Veranstaltungen sowie an anderen Vereins-

aktivitäten beteiligen kann,

– Anträge an die Mitgliederversammlung und den Vorstand richten kann,
– Arbeitsgruppen der Vereinigung nach thematischen, örtlichen (Bezirke) oder anderen Gesichtspunkten bilden kann,
– in Publikationen, die von der Vereinigung (mit)herausgegeben werden, eigene Beiträge veröffentlichen kann.

In der Mitgliederversammlung kann das Stimmrecht nur persönlich ausgeübt werden.

(3) Jedes Mitglied hat die Pflicht, die Regeln des Statuts zu beachten, den Zweck der Vereinigung anzuerkennen und einen Mitgliedsbeitrag zu entrichten.

(4) Die Vereinigung lehnt fraktionsmäßiges Arbeiten ihrer Mitglieder in anderen Organisationen und Zusammenschlüssen ab, d.h. sie faßt keine Beschlüsse darüber, wie ihre Mitglieder in diesen Organisationen tätig sind. Stattdessen setzt sie sich für die Einhaltung und Stärkung demokratischer Prinzipien in diesen Organisationen ein.

(5) Jedes Mitglied der Vereinigung regelt sein Verhältnis zur PDS/LL Hamburg individuell. Wer einen Mitglieds- oder Förderbeitrag an die PDS/LL Hamburg zahlt, kann eine Beitragsermäßigung beantragen.

(6) Eine Diskriminierung von Mitgliedern aufgrund besonderer persönlicher Verhältnisse (z.B. Einkommen, Ausbildung, berufliche Tätigkeit, Staatsangehörigkeit, Geschlecht, Familienstand, Alter, Geburts- bzw. Wohnort, Muttersprache) ist unzulässig.

§ 5 Mitgliedsbeiträge und Spenden

(1) Die Höhe des Beitrags regelt eine Beitragsordnung, die von der Mitgliederversammlung beschlossen wird.

(2) Den Mitgliedern wird zur MV ein Haushaltplan vorgelegt, der durch Beiträge gedeckt wird, und ein Zusatzaushalt, der durch Zeichnung von Spenden gedeckt wird.

§ 6 Organe der Vereinigung

Organe der Vereinigung sind

(1) die Mitgliederversammlung

(2) der Vorstand

§ 7 Die Mitgliederversammlung

(1) Die Mitgliederversammlung ist mindestens zweimal pro Kalenderjahr, möglichst einmal im Halbjahr, durch den Vorstand einzuberufen. Der Termin wird auf der jeweils vorhergehenden regelmäßigen MV bekanntgegeben. Weitere Mitgliederversammlungen werden durch Beschuß des Vorstandes oder auf Verlangen der Mitglieder (20 %) einberufen; der Vorstand ist verpflichtet, entsprechende Anträge den Mitgliedern zur Kenntnis zu bringen.

(2) Die Mitglieder sind zu allen Mitgliederversammlungen unter Bekanntgabe der Tagesordnung und Einhaltung einer Frist (mindestens zwei Wochen, bei Satzungsänderungen oder Vereinsauflösung ein Monat) schriftlich durch den Vorstand einzuladen. Bei Satzungsänderungen sind die zu ändernden Paragraphen bzw. Bestimmungen der Satzung in der Einladung mitzuteilen. Die Mitgliederversammlung ist beschlußfähig, wenn ordentlich eingeladen wurde.

(3) Die Mitgliederversammlung wählt eine Versammlungsleitung und einen Protokollführer. Vorstandsmitglieder können nicht in die Versammlungsleitung gewählt werden. Die Mitgliederversammlung beschließt über die Tagesordnung.

(4) Über alle Mitgliederversammlungen wird eine Niederschrift angefertigt, die von der Versammlungsleitung sowie dem Protokollführer zu unterzeichnen ist.

(5) Die Mitgliederversammlung beschließt

a) mit 2/3-Mehrheit der abgegebenen Stimmen über

– die Wahlordnung für den Vorstand

– die Beitragsordnung

– Grundsätze und Richtlinien für Vereinstätigkeiten

– Satzungsänderungen

– die Auflösung der Vereinigung.

b) mit einfacher Mehrheit über die weiteren Angelegenheiten, insbesondere über

– Haushalt und Zusatzaushalt entsprechend dem Vereinzweck

– Anträge betreffend die Tätigkeit der Vereinigung

– Anträge an die PDS/LL Hamburg

– Anträge an die Bundesdelegiertenkonferenz

(13) MEW 17, Seite 623

(14) R. Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 4, Seite 486 ff

(15) Lenin, AW in 3 Bde, Band 2, Seite 744

(16) ebd., Seite 746

(17) Lenin, AW in 3 Bde, Band 3, Seite 871

(18) Lenin: Über unsere Revolution, AW in 3 Bde, Band 3, Seite 869

(19) Lenin: Lieber weniger, aber besser, AW in 3 Bde, Band 3, Seite 889

(20) Lenin: Staat und Revolution, AW in 3 Bde, Band 2, Seite 364

(21) Stalin: Über die Grundlagen des Leninismus (1924), Pekinger Ausgabe, 1972, Seite 59

— (Wal Buchenberg, 8. Mai 1993)

renz des BWK

– die Entlastung des Vorstandes

– ggf. Beschwerden gegen Ausschlüsse von Mitgliedern

– ggf. Einrichtung von Kommissionen (Beschwerdekommission)

(6) Die Mitgliederversammlung entsendet Mitglieder in die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK entsprechend den Statutenbestimmungen des BWK.

(7) Die Beschußfassung erfolgt grundsätzlich in offener Abstimmung. Die Wahl zum Vorstand erfolgt geheim, bei den übrigen Wahlen kann offen abgestimmt werden, wenn keiner der Stimmberechtigten auf Befragung diesem Verfahren widerspricht.

§ 8 Der Vorstand

(1) Der Vorstand besteht aus einem geschäftsführenden Mitglied, einem stellvertretenden Mitglied, einem kassieführenden Mitglied und weiteren Mitgliedern. Über ihre Zahl entscheidet die Mitgliederversammlung. Je zwei Vorstandsmitglieder vertreten den Vorstand.

(2) Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung für die Dauer von einem Jahr gewählt.

(3) Der Vorstand führt die Geschäfte der Vereinigung entsprechend dem Zweck der Vereinigung. Er ist an die Beschlüsse der Mitgliederversammlung gebunden und berichtet ihr. Er ist verpflichtet, Anträge zu behandeln. Er gibt mindestens zweimal jährlich einen Mitteilungsdienst heraus.

(4) Er legt gegenüber der PDS/LL Hamburg Rechenschaft über die Verwendung der Finanzmittel ab.

§ 9 Kassenprüfung

(1) Die Vereinigung führt über Ausgaben und Einnahmen entsprechend den Erfordernissen des Parteidengesetzes Buch.

(2) Die Mitgliederversammlung wählt zwei Kassenprüfer auf die Dauer von zwei Jahren. Darüber hinaus bemüht sie sich um die Prüfung ihrer Finanzen durch die Finanzprüfungskommission der PDS/LL Hamburg.

„Falling Down“: Eine umstrittene Kritik an der US-Gesellschaft

„Bin ich der Böse?“ fragt der amoklaufende Bürger und erfährt: Ja, er ist der Böse. Der im Rüstungskonzern seinem Land dienende und seine Familie liebende D-Fens (englisch: defense = Verteidigung) wird entlassen und verlassen, verzweifelt daran

und dreht durch. Er wütet, schlägt und schießt gegen Angehörige sozialer und ethnischer Minderheiten, gegen einen faschistischen Waffendealer, gegen Golfspieler und Bauarbeiter. Er sei „kein Arschloch“ und kein Rassist, sagt er, sondern

Amerikaner. Er will „nach Hause“ — aber ein Zuhause gibt es in einer Gesellschaft, die Menschen — zunehmend auch Angehörige der Mittelschicht — ausgrenzt, entwürdigt und kaputt macht, nicht mehr.

In den USA ist der Film sehr umstritten. Warnung, Darstellung der Realität und Anregung zum Nachdenken sagen die einen; ein roher Gewaltfilm, faschistoid, gefährlich und moralisch fragwürdig, die anderen. Joel Schumacher, der Regisseur, hat in einem Interview geäußert, er wollte die Bedrohung der „urbanen Apokalypse“, die Verslumung und Vereelung mit ihrem wachsenden sozialen Sprengsatz zeigen und aufrufen, sich das Leben nicht unnötig schwer zu machen und nett zum Nachbarn zu sein.

Bei mir hat der Film sehr unterschiedliche Eindrücke hinterlassen. Die Form der Satire, die durchgängig in ganz verschiedenen Szenen verwendet wird, paßt zum Stau auf der Autobahn oder zum Fast-Food-Restaurant, wo mit der Waffe Frühstück zur

Mittagessenszeit geordert und der Plakat-Hamburger mit dem realen verglichen wird. Schwer erträglich ist diese Form, wenn der gewaltsame Tod von Menschen gezeigt wird. D-Fens handelt brutal und gefühllos, bleibt dabei immer Herr der Lage und hat manchmal eher Züge einer Comicgestalt, die stets einen bösen Witz parat hat. Das macht die Figur des Amokläufers eher oberflächlich, Wahnsinn und Verzweiflung werden ihm nicht so richtig abgenommen. Leider tritt damit auch die Kritik an der brutalen sozialen Wirklichkeit in amerikanischen Großstädten, die vor allem im ersten Teil des Films mit verschiedenen Bildern vermittelt wird, in den Hintergrund.

Der „Gute“ ist der Polizist Prendergast, der friedlich und freundlich bleibt, obwohl er es auch schwer hat. Auch als er schließlich doch grob wird und sich gegen Chef und Frau durchsetzt, bleibt er zivilisiert und hat vor allem bei letzterem unverhörlbar die Sympathie vieler Kinosbesucher. — (evc)



In einer Drehpause des Films



Amoklauf in Los Angeles

Ein Humorfilm: „Wir können . . . anders“

Mal wieder ein Film aus deutschen Landen in unseren Kinos! Dazu noch einer von Detlev Buck, der schon mit „Karniggels“ einen Achtungserfolg hatte. Diesmal geht es um die Geschichte zweier „Wessies“, die im Osten eine Erbschaft antreten wollen, aber aufgrund ihrer Naivität in allerlei turbulenten Abenteuer verwickelet werden.

Die zwei ungleichen Brüder, der eine klein und schmächtig und ständig im Anzug (dargestellt von Joachim Krol) und der andere eher dick und im Monsteraanzug (dargestellt von Hans Krause), fahren mit ihrem uralten Kleinlaster vom Münsterland über die ehemalige Grenze bis in die Gegend von Schwerin. Beide können weder lesen noch schreiben, tragen aber die Erbschaftspapiere mit sich herum. Unterwegs werden sie von einem flüchtenden russischen Soldaten überfallen, der sie mit angehälterner Waffe zwingt, ihn mitzunehmen. Die Verständigung zwischen ihnen kommt erst langsam in Gang, aber man kommt sich näher. Später werden sie von einer Bande „Wegelegerer“ angehalten, aber dank der Waffe des Soldaten können sie sich aus dieser Lage befreien. Aufgrund ihrer Naivität und Unbeholfenheit kommen sie immer wieder in prekäre Situationen, aus denen sie sich nur befreien können, indem sie eine noch größere Dummheit begehen. So stolpern die drei durch den gesamten Film, stehlen noch einen nagelneuen Mercedes und nehmen ei-

ne Gastwirtin als Geisel. Als die Polizei ihnen näherrückt, reiten sie auf Pferden davon, um schließlich ein Boot zu kapern, das sie später in die russische Heimat des Soldaten bringt.

Der Film wurde als „Film mit entwaffnendem Linkshumor“ angekündigt. Was tatsächlich auffällt, ist die originelle Einfachheit des Films, sowie eine tüchtige Portion Mutterwitz. Es fehlen alte abgegriffene Pointen und gerade dadurch wirkt der Film ehrlich. Einige Erinnerungen an Laurel & Hardy werden wach. Von dieser Seite her wirkt der Film erfrischend. Dazu kommt, daß es sich um relativ unbekannte Schauspieler handelt.

Von anderer Seite her ist zu kritisieren, daß dem Publikum ein wenig der Eindruck vermittelt wird, daß im Osten unserer Republik rein gar nichts funktioniert. So schaffen es die Polizisten nicht, ein Gebäude zu umstellen und auf einem Grundstück wichtige Spuren zu sichern, so daß ein Polizist sagt: „Das ist doch Wildwest hier!“

Über den Film „Swing Kids“ äußert Günter Discher sich anerkennend: „Das Drehbuch wurde in Hollywood erstellt und in Prag in Szene gesetzt. Ein Film, der nicht vor Ort und ohne noch lebende Zeugen produziert wird, verliert immer an Authentizität.“

Dennoch finde ich ihn insgesamt gut gemacht. Die Konflikte zwischen der Hitlerjugend und der Swing-Jugend, besonders die Razzien und Verhaftungen Ju-

Hamburg 1939: „Swing Kids“

Günter Discher, den die deutschen Faschisten 1942 ins Durchgangskonzentrationslager Fuhlsbüttel sperrten, bis er 1945 von den Briten befreit wurde, gehörte zu den Organisatoren der „Swing-Jugend“, die sich ab 1939 in Hamburg zusammensetzten, um amerikanische Swing-Musik zu hören, berühmte Musiker wie Benny Goodman, Duke Ellington und Louis Armstrong, und die sich abends traf, um zu dieser Musik zu tanzen.

Er berichtet in einem Interview mit der Zeitschrift Cinema: „Zunächst war die Swing-Jugend nur eine Gruppe von jungen Leuten, die gerne das Tanzbein schwangen. Als die Swing-Musik dann zu Beginn des Zweiten Weltkrieges zur „Feindmusik“ deklariert wurde, demonstrierten die Jugendlichen auch durch ihre äußere, betont anglophile Erscheinung ihre Ablehnung der herrschenden Politik.“

Die Hitlerjugend überfiel ihre Tanzlokale mit Razzien und ließ die rebellierenden Jugendlichen einsperren.

Über den Film „Swing Kids“ äußert Günter Discher sich anerkennend: „Das Drehbuch wurde in Hollywood erstellt und in Prag in Szene gesetzt. Ein Film, der nicht vor Ort und ohne noch lebende Zeugen produziert wird, verliert immer an Authentizität.“

Dennoch finde ich ihn insgesamt gut gemacht. Die Konflikte zwischen der Hitlerjugend und der Swing-Jugend, besonders die Razzien und Verhaftungen Ju-

gendlicher durch die Gestapo, werden sehr glaubwürdig dargestellt.“

Bedauerlicherweise hält es Klaus Dahm von Cinema, der das Interview macht, in seiner Besprechung des Films für richtig, den Widerstand der damaligen Jugendlichen in Zweifel zu ziehen: „Aber wer weiß, vielleicht sind europäische Zuschauer . . . eher für diese musikalische Anekdote aus unserer Vergangenheit zu begeistern. Bis dahin dürfen wir darüber rätseln, ob Swing Kids Widerständler oder Vergnügungssüchtige waren, wo die Mode endete und die Politik begann.“



Verbotene Swing-Musik

Eine ähnliche Ausgrenzung des Widerstandes Jugendlicher gegen das faschistische Regime kennen wir von der staatlichen Haltung gegenüber den „Edelweißpiraten“, denen bis heute die Anerkennung als Teilnehmer am Widerstand verweigert wird.

Der Film erfaßt zumindest den schwierigen Kampf der Jugendlichen gegen die Unterdrückung ihrer Wünsche, wie sie leben wollen, und gegen den Zwang in der Hitlerjugend, durch den sie den Zwecken der Faschisten unterworfen werden sollen. — (an)

Über einen, der sich selber kennenlernenlernte

Man sollte sich vom Titel des Films „. . . und täglich grüßt das Murmeltier“ nicht abschrecken lassen. Es handelt sich um keinen Gebirgsheimatfilm. Die meiste Zeit spielt er in einem kleinen Städtchen im winterlichen Nevada, an einem einzigen Tag, dem 2. Februar.

Mit einem gekonnten Trick wird hier die wundersame Wandlung eines Reporters abgespielt, der sich vom gelangweilten, frustrierten, vom Leben nichts mehr Erwartenden zum vielseitig interessierten, liebenswürdigen und hilfsbereiten Menschen entwickelt.

Ein Märchen? Vielleicht, aber keines mit triefender Moral. Der Held wird nicht belehrt, er lehrt sich selber. Daß er dann auch noch mit der Frau seiner Träume die Geschichte enden darf, sei ihm und der Geschichte gegönnt.

Der Held des Films ist der Wetterfernsehreporter Phil, der sich selbst als Wettermann von Kanal 9, Pittsburgh, bezeichnet. Seit ein paar Jahren sendet er auch einen Bericht vom jährlichen Murmeltierfest aus dem Nevada-Städtchen, weil das Erwachen der Murmeltiere nach al-

tem Brauch entscheidend für den Verlauf des Winters ist.

Lustlos macht er sich zur Routefahrt auf, zusammen mit der Projektleiterin und dem Kameramann. Alles läuft nach Plan und wie im täglichen Leben ab, einschließlich dem Begrüßungsremoniell der Hauswirtin und Alltagsszenen.

Wie eine alte Schallplatte, die dahinleiert. Bis etwas Ungewöhnliches geschieht. Die Platte bekommt einen Sprung. Einen Zeitsprung. Die zuletzt gespielte Rille wird immer und immer wieder wiederholt.

Das ist der Trick des Films, daß dieser 2. Februar sich immer von neuem wiederholt. Aber nur ein einziger, Phil, der Wettermann, macht diese Wiederholung durch. Alle anderen erleben den Tag jedesmal zum ersten Mal. Die Reflexion über einige typische menschliche Verhaltensweisen ist meist recht amüsant.

Auch das Publikum wird — ohne daß ihm das so recht bewußt wird — an der Nase herumgeführt. Es lacht auch dann noch, wenn der Traum längst zum Alpträum geworden ist. — (ccs)

Politische Berichte zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich . . . Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

- 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- im Halbjahres-/Jahresabo (32,50 bzw. 65,- DM je Einzelabo)
- im (Halbjahres)-Förderabo (39,- DM je Einzelabo).
- Halb-/Jahresabo für neue Länder (19,50 bzw. 39,- DM im Jahr)

o Bankenzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:
Straße:
Postleitzahl/Ort:
Konto-Nr./BLZ:

(Bank) Unterschrift

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7, Tel.: 0221/21 64 42. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdisch-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 6800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christian Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 22087 Hamburg), Herbert Stasch (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Werner Thümmler (über: GNN, Czerninskystr. 5, 10829 Berlin). Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 50674 Köln, Zülpicher Straße 7, Tel. 0221/21 1658, Datentelefon: 0221/24 6915, Telefax: 0221/21 5373. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11443 936 00.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 65,- DM (Förderabo 78,-

DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,20 DM; das Halbjahresabo kostet 19,50 DM/Jahresabo 39 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rudiger Lötzier; für Auslandsberichterstattung: Alfred Kuster; für Reportagen und Berichterstattung: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stasch; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverbund niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverbund baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverbund bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 45135 Essen.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 50674 Köln, Zülpicher Straße 7

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 8a, 22087 Hamburg

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czerninskystr. 5, 10829 Berlin

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 30165 Hannover

GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zülpicher Straße 7, 50674 Köln

GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 11 08 22, 60045 Frankfurt

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart

GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Schwanthaler Str. 139, 80339 München

für Bezieher aus Ostdeutschland

GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz